HOLTZENDORFF, Hanshenning von GenMaj. a. D.

Korrespondenzen

1) Borcke-Stargordt, Henning Dr. Graf v.

2) Conze, Werner Prof. Dr.

3) Draeger, Heinrich Dr. (darin: Vorwort Dr. Wagemann u. Vorwort Dr. Draeger z. e. geplanten Veröffentl. betr. Arbeitsbeschaffungsprogramm; graph. Darst. üb. 25 Jahre Theorie u. Praxis v. konjunkturbelebenden Maßn.)

4) Foertsch, Hermann

5) Gablentz, Otto Heinrich v. d. Dr.

6) Görlitz, Walter

7) Kuntzen, Adolf Maj.

8) Manstein, Erich von GFM

9) Meinecke, Friedrich Prof. Dr.

10) Noeldechen, Ferdinand Hptm.

11) Nolte,

12) Ott, Eugen Botsch. (darin: Korr'n Ott m. [Dr. Adolf v.] Carlowitz, [Prof. Dr. Theodor Eschenburg], Dr. Wilhelm Grotkopp)

13) Schwerin-Krosigk, Lutz Graf RMin.

14) Sethe, Paul

15) Vogelsang, Thilo (darin: "Erste Erfahrungen m. d. Dorfgemeinschaftsschulen" v. Heinz Bockhop (Mitteilung: Generalversammlung d. Verbandes d. europ. Landwirtschaft - CEA, v. 30.9. - 4.10.1963/Cannes Unterlagen v. Dr. Heinrich Dräger betr. Arbeitsbeschaffung u. Kreditschöpfung)

16) Widder, Erwin

17) GStA b. OLG München

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Borcke-Stargordt, Henning Dr. Graf v.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

HOLTZENDORFF, Hanshenning von GenMaj. a. D.

Korrespondenzen

Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV
Akz. s. Best.-Buch | Best. ZS/A 36/2
Rep. | Kat. ja

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Abschrift.

Kuntzen
Rücken

Empelde, den 13.2.49

Sehr geehrter Graf Borcke!

Anbei die versprochenen Aufzeichnungen über Schleicher in den Jahren 1930/33; für gelegentliche Rücksendung wäre ich Ihnen dankbar. 2 langjährige Mitarbeiter von Schleicher, Foertsch, damals Pressechef im Reichswehrministerium, und ~~Rücken~~ (?), damals Adj. von Hammerstein, später bis 38 im Personalamt in maßgebender Stellung, haben die Darstellung von mir gelesen und halten sie für zutreffend.

Carlowitz, der an sich lange bei Schleicher war, gibt über seine Absichten im Jahre 1932 ein m.E. völlig unzutreffendes Bild. Es erklärt sich vielleicht daraus, daß er ab Frühjahr 32 - Sturz der Regierung Braun-Severing - nicht mehr bei Schleicher, sondern bei Bracht in der preuß. kommissarischen Regierung als Pressemann saß. Er ist nie "Adjutant" gewesen, wie Brüneck schreibt, sondern Zivilreferent für juristische Spezialfragen in der Wehrmachtsabteilung.

Brüneck wurde uns übrigens beim Rücktritt Brünings als aussichtsreichster Kanzlerkandidat genannt, ehe Papen in Erscheinung trat. Der Reichspräsident muß wohl diesen Gedanken irgendwie Schleicher gegenüber mal geäußert haben. Dies ist mir in Erinnerung, weil der Name Brünings so ähnlich war.

In der Darstellung Brünings ist direkt falsch das Entstehen des SA-Verbots. Er hat da zweifellos den starken Gegensatz Schleichers und Groeners in dieser Frage nicht gekannt und daher die Bedeutung der Haltung Groeners für sein ganzes Kabinett unterschätzt.

Das Verbot ist übrigens nicht auf das Verhalten der SA im Grenzschutz zurückzuführen, sondern auf innerpolitische Gründe.

In der Grenzschutzsache machte die SA durchaus mit und war für Ostpreußen unentbehrlich, daher die pronationalsozialistische Einstellung des für Ostpreußens Verteidigung verantwortlichen Reichenau; sie wollte in manchen Dingen eine Sonderwurst gebraten haben. Die Schwierigkeiten im Grenzschutz kamen ~~im~~ bis Winter 31/32 von der Preußenregierung, bis zu Wirth's Rücktritt auch aus dem Reichsinnenministerium; beiden Stellen waren die dortigen Verbände innerpolitisch unheimlich.

Eine Überraschung war für mich die Bedeutung, die der Person Meißners beigemessen wird. Im Kreise von Schleicher galt er als gewandter Hofmarschall ohne eigenen politischen Ehrgeiz und ohne eigene Linie. Von einem "Ringen" um den Einfluß mit Schleicher ist mir nie etwas bekannt geworden. Schleicher hätte das sicher einmal erwähnt.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Daß Blomberg und Reichenau bei Brüning's Sturz eine Rolle gespielt haben, kann vielleicht insofern zutreffen, als beide möglicherweise über die Rückwirkung des SA-Verbots auf die Verteidigung von Ostpreußen gehört worden sind. Blomberg war Wehrkreisbefehlshaber in Ostpreußen, Reichenau Chef.

Politischen Einfluß bei Schleicher hatten beide nicht. Blomberg lehnte er als weich und Reichenau als zu pronazi ab.

Um das übrigens noch nachzuholen: Die falsche Darstellung der Vorgänge beim SA-Verbot habe ich schon bei Professor Meinecke gefunden und ihn darauf aufmerksam gemacht.

Ich habe diesen Vorgang deshalb so genau in Erinnerung, weil er mich vor die schwierige Entscheidung stellte, ob ich zu Schleicher oder Groene halten sollte, die mir beide nahestanden.

Ich hielt Schleichers Auffassung für die richtige; er wollte damals zurücktreten, blieb aber auf starkes Drängen von allen Seiten. Ich hatte damals ebenfalls meine Kündigung vorbereitet, wenn er gehen würde.

Es ist übrigens interessant, daß Brüning schreibt, er sei an dem Versuch gescheitert, Schleichers Einfluß auszuschalten. Dabei hat er ihm aber nach Groener's Rücktritt als Reichswehrminister - als Innenminister blieb er - im Frühjahr 32 noch das Reichswehrministerium angeboten, was Schleicher ablehnte, da er das Kabinett für erledigt hielt.

Sehr wertvoll war mir aus Brüneck's Brief die Bestätigung aus dem Munde Hindenburg's, daß er nach Schleicher's Rücktritt an ein zweites Kabinett Papen gedacht habe.

Dies ist das von mir erwähnte Kabinett Papen-Seldte-Hugenberg, das zum sofortigen Bürgerkrieg geführt hätte und gegen das Schleicher und Hammerstein opponierten, weil es das Ende der Reichswehr und der Staatsautorität bedeutet hätte. Die Absicht soll erst in der Nacht vor Hitlers Betrauung fallen gelassen sein, weil Papen kalte Füße bekam. Soweit die Punkte, die mir bei einem kurzen Durcharbeiten erwähnenswert erscheinen.

Ich glaube, es wäre am zweckmäßigsten, wenn wir uns nach der Lektüre meiner Aufzeichnungen nochmals unterhalten würden. Zum Schreiben sind die Dinge zu lang und schwierig.

Verzeihen Sie meine Handschrift; leider sind wir mit Schreibkräften knapp, sodaß ich Privatsachen nicht ganz diktiere. Sollten Sie dieses Geschreibsel sowieso abschreiben lassen, was zur Leserlichkeit beitragen würde, wäre ich für einen Durchschlag dankbar.

Mit besten Grüßen bin ich Ihr ergebener

gez. Holzendorff.

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Hanshenning von Holtzendorff

Hannover, den 13. Mai 1949

Sehr geehrter Graf Borke !

Mit bestem Dank gebe ich Ihnen das interessante Material zurück und kann dazu folgendes sagen:
1. Stellungnahme Papen zu meiner Abhandlung über Schleicher: ich halte meine Darstellung in vollem Umfange aufrecht, da mir die Gespräche mit Schleicher noch heute genau in Erinnerung sind. Dies gilt sowohl für die Schritte von Schleicher für eine Beteiligung der NSDAP an der Regierung Mitte 1932, notfalls mit einer Kanzlerschaft Hitlers, wie von der Entfremdung zwischen Schleicher und dem Reichspräsidenten und dessen Rücktrittsabsichten im Herbst.

Beim Bekanntwerden der Kanzlerwünsche von Hitler war Schleicher zunächst entsetzt und sagte uns in der üblichen kleinen Morgenbesprechung:"das ist unmöglich, der "alte Herr" macht das nie, ich werde versuchen, ihm das auszureden."Nach Rückkehr von einer Besprechung mit Hitler sagte er dann:"es ist mir leider nicht gelungen, Hitler von seiner Kanzlerforderung abzubringen. Insofern hat er meine Argumente auch entkräften können, als bei dem Führerprinzip bei der Partei -selbst wenn einige Minister von der Partei gestellt würden, diese doch immer erst seine Genehmigung einholen müßten und dadurch praktisch keine Arbeit im Kabinett zustande kommen könne. Ich muß also nunmehr versuchen, den "alten Herrn" zu einer Kanzlerschaft Hitlers zu bekommen."
Nach der diesbezüglichen Besprechung beim Reichspräsidenten sagte er:"der alte Herr hat den Gedanken schroff abgelehnt und mir dann ziemlich unfreundlich gesagt:"Man sagt mir, Sie wollten mich den Nazis ausliefern". Darauf habe ich ihn dann etwas beruhigt."
Die Tatsache, daß der Reichspräsident sich mit Rücktrittsabsichten trage, erwähnte er bei einem Gespräch über die Notwendigkeit

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

wendigkeit seiner Kanzlerschaft, an die er ja zunächst durchaus nicht heranwollte. Gerade die Möglichkeit eines solchen Schrittes des Reichspräsidenten mit der sicheren Nachfolge von Hitler war ein Grund für seine schließliche Übernahme des Amtes.

2.) Bei dem Briefwechsel zwischen Herrn Baur und Herrn Schlange-Schöningen kommt es darauf an, ob die Ansicht des ehemaligen Reichskanzlers Brüning richtig ist, daß eine Denkschrift über die Osthilfe und die damit verbundenen Siedlungsvorhaben beim Reichspräsidenten den Ausschlag für seine Entlassung gegeben habe. Es geht nun aus dem Schriftwechsel hervor,-wie auch schon aus früherem Material- daß eine solche Denkschrift bei dem Amt Schlange garnicht bestanden hat. Nunmehr taucht der Gedanke auf, ob radikale Ansichten von jungen Leuten in der Umgebung von Schlange über das Siedlungsproblem 1932 an den Reichspräsidenten durch Vermittlung von Schleicher herangetragen worden sind mit dem Ziel, den Reichspräsidenten gegen Schlange und Brüning einzunehmen und seinen Sturz herbeizuführen.

Hierzu kann ich folgendes sagen:
Ich war Sachbearbeiter bei General von Schleicher für Landwirtschaft und auch gerade das Siedlungsgebiet. Das geht auch daraus hervor, daß er mich beauftragt hatte, in einer für den 30. Januar 1933 anberaumten großen Sitzung über Siedlungsfragen seine Ansicht als Reichskanzler bekannt zu geben. - die Sitzung fiel wegen der Machtergreifung aus. Es ist also unwahrscheinlich, daß ich nicht ein Wort von ihm über das Bestehen solcher Ansichten und ihre Weitergabe an den Reichspräsidenten erfahren haben sollte. Tatsächlich habe ich weder etwas von der Fühlungnahme mit diesen Leuten -genannt ist Erwin Topf- noch von einer Weitergabe an den Reichspräsidenten etwas gehört.

Die ganze Sache ist aber aus dem Grunde außerordentlich unwahrscheinlich, weil ja Schleicher selbst -ebenso wie ich-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

absolut positiv zur Brüning'schen Siedlungspolitik eingestellt war, die er als Reichskanzler in derselben Linie fortführte. Seine Rundfunkrede als Reichskanzler im Dezember 1932 enthält ein klares Bekenntnis dazu in der Formulierung:"die Bodenstruktur Südwest-Deutschlands sei die gesündeste und müsse das Ziel einer Agrar- und Siedlungspolitik auf weite Sicht sein."Es wäre also doch völlig absurd, wenn er ausgerechnet eine Frage, die er selber bejahte und förderte, zum Anlaß genommen hätte, den Reichspräsidenten gegen Brüning aufzubringen.

Schleicher war ein gewandter Taktiker und schlauer Fuchs, aber ein absolut anständiger Charakter, der nur der Sache diente. Wer ihn -wie ich- in den schwierigsten Zeiten als engster Mitarbeiter erlebt hat, -1918,-1919 und 1929 - 1933- der weiß, daß eine solche "krumme Tour" für Schleicher unmöglich gewesen ist.

Ich habe übrigens meine Abhandlung über Schleicher vor längerer Zeit zwei engen Mitarbeitern von Schleicher aus den Jahren 1929 bis 1933 -den damaligen Majoren Kunzen und Foertsch- gegeben, die mir bestätigten, daß Charakterschilderung und Darstellung der Ereignisse richtig seien. Der gleichen Ansicht ist der langjährige persönliche Adjutant Schleichers von 1929 bis 1933, der damalige Hauptmann Noeldechen, mit dem ich vor kurzem erst wieder Fühlung bekommen habe.

Mit besten Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-36 / 02 - 8

Hans-Henning
von Holtzendorff

Hannover, den 21. Mai 1949

Herrn
Grafen Henning von B o r k e
Bad Driburg

Sehr verehrter Graf B o r k e !

Zu der neulich behandelten Frage schreibt mir General a. D. Noeldechen folgendes:

Ich stimme mit Punkt 2 Ihres Briefes an Graf Borke vom 13. 5. 49 völlig überein. Ich habe von einer Betätigung Schleichers in dieser Richtung nie etwas gehört, halte sie auch für vollkommen ausgeschlossen, da sie

a) seinen Ansichten,
b) seinem Charakter in jeder Weise zuwiderlaufen würde.

An sich ist es schon paradox, Schleicher mit "radikalen Ansichten junger Leute", für die er nie und auf keinem Gebiet zu haben war, in Verbindung zu bringen.

Weiter habe ich über die Frage der Vorwürfe gegen Brüning mit einem unserer Herren gesprochen, der 1932 Landrat in Westpreußen war. Dort war unter den Landwirten die Ansicht verbreitet, Brüning habe einen Gesetzentwurf in der Tasche, der eine radikale Enteignung der Güter zu Siedlungszwecken vorsähe. Es ist diesem Herrn aber nicht bekannt, daß diese Ansicht irgendwie an den Reichspräsidenten von Hindenburg herangetragen worden ist.

Mit besten Grüßen
Ihr
sehr ergebener

00014

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Dr.Henning Graf v.Borcke-Stargordt. (20b) Göttingen,den
15.November 1950.
Geismarlandstr.35.

Herrn
Hans-Henning v. Holtzendorff,
Nieders.Landvolk,
H a n n o v e r

Arnswaldtstr.35.

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1038/53

Hochverehrter lieber Herr v. Holtzendorff !

Mein Freund Zitzewitz-Muttrin schrieb mir aus Bonn von den unsachlichen Anwürfen, die in dem neuen Buche von W.Görlitz " Der Generalstab" stehen. In seinem letzten Brief ~~xxxxxx~~ schickt er mir nun aus dem Buch den Wortlaut, den ich diesem Briefe beifüge. Wegen der Anwürfe gegen den Januschauer können wir ihn ja gut berichtigen. Ich finde ja die Anwürfe gegen Hindenburg und Schleicher noch unerhörter. Hier werden ja gegen Schleicher die Vorwürfe erhoben, die sonst gegen Papen durch den preussischen Ministerpräsidenten Braun erhoben werden. Was können wir da nun machen ?

Aber nicht nur in dem Buch von Görlitz steht so ungereimtes Zeug, sondern auch in der neuen "Deutschen Geschichte" von Prinz Löwenstein, von denen ich Ihnen ebenfalls die betr. Stelle beifüge. Man sieht aus diesen Dingen, wie wichtig es ist, dass nun endlich einmal die Erinnerungen von Brüning und Papen erscheinen, durch die dann hoffentlich dieses ganze Lügengewebe endgültig durchstossen wird.

Wir haben uns ja über die Tätigkeit General v.Schleichers schriftlich und mündlich so eingehend ausgesprochen, dass wohl eigentlich nichts hinzuzusetzen ist, aber trotzdem möchte ich Sie bitten, ob Sie überhaupt jemals von dieser Behauptung gehört haben, Hindenburg habe an Schleicher das Ersuchen gestellt, den Reichstag zur Vernunft zu bringen, da sonst das Ansehen vieler altpreussischer Familien besudelt würde.

Soviel für heute. Mit sehr vielen herzlichen Grüssen
Ihr ergebener

Henning Borcke

2 Anlagen

00017

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Hans-Henning von Holtzendorff

Hannover, den 17.11.50.
Arnswaldtstr. 35

Verehrter, lieber Graf B o r c k e !

Besten Dank für Ihren Brief vom 15. !
Zu der Anfrage betr. Schleicher kann ich Ihnen sagen, daß ich nie etwas davon gehört habe, daß Hindenburg an Schleicher das Ersuchen gestellt habe, den Reichstag zur Vernunft zu bringen, da sonst das Ansehen vieler alt-preußischer Familien besudelt würde.

Da Schleicher auf dem Standpunkt einer gesunden Siedlungspolitik stand und ich in dieser Frage -auch noch als er Reichskanzler war- mehrfach Sonderaufträge von ihm bekam -z. B. als sein Vertreter an einer großen Siedlungsbesprechung teilzunehmen am 30. Januar 1933, die infolge der Machtergreifung ausfiel- hätte ich sicher davon etwas gehört.

Soweit Ihre Anfrage. --- Sonst von hier nichts Neues.

Mit besten Grüßen
Ihr sehr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Dr.Henning Graf v.Borcke-Stargordt.

(20b) Göttingen, d. 3. Januar 1951.
Geismarlandstr.35.

Schleicher

Herrn
v. H o l t z e n d o r f f
H a n n o v e r
Arnswaldtstr.35.

Hochverehrter lieber Herr v. Holtzendorff !

Inzwischen sind nun die Erinnerungen des Staatssekretärs Meissner erschienen. In denen steht gerade über General v. Schleicher so viel, was meiner Ansicht nach nicht unwidersprochen bleiben darf. Im Zusammenhange mit meinen Arbeiten ist u.a. die Behauptung von einem Zusammenwirken Schleichers mit Oldenburg-Januschau, um Brüning zu stürzen. Wir wissen ja, dass dieses nicht stimmt, aber es muss doch alles einmal von uns besprochen werden. Falls Sie das Buch noch nicht gelesen haben sollten, und dort auch keine Gelegenheit , es zu besorgen, so möchte ich Sie bitten, mir dieses mitzuteilen, damit ich Ihnen alsdann mein Exemplar übersenden kann.

Wenn Sie es gelesen haben, müssten wir uns dann wohl treffen, um weitere Massnahmen zu vereinbaren. Ich darf diese Gelegenheit benutzen, um Ihnen noch nachträglich die besten Wünsche für das Neue Jahr auszusprechen.

Mit vielen herzlichen Grüssen

Ihr sehr ergebener

Henning Borcke

8

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ab 6.1.51.

Hans-Henning von Holtzendorff.

Hannover, den 6. Januar 1951.
Arnswaldtstr. 35
Fernruf: 2 42 52

Verehrter, lieber Graf B o r c k e !

Besten Dank für Ihren Brief vom 3. 1. und Ihre Neujahrsgrüße, die ich herzlich erwidere.
Das Buch von Meißner kenne ich nicht, habe nur eine recht abfä ge Kritik über die Persönlichkeit des Verfassers anläßlich des Buches in einer Zeitung -ich glaube "Frankfurter Allgemeine"-, gelesen, wo er als "Briefträger" bezeichnet wurde; ebenso ablehnend schreibt das "Sonntagsblatt" -Nr. 52- er "habe nur seine Visitenkarte abgegeben".
Ich wäre für Übersendung dankbar.

Von einem Zusammenwirken Schleichers mit Oldenburg-Januschau habe ich nie etwas gehört und glaube auch nicht daran, da die Beiden politisch völlig anders eingestellt waren.

Mit herzlichen Grüßen
Ihr sehr ergebener

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 12

Hitler und Papen

Dr. Graf Henning v. Borcke-Stargordt

Bad Driburg, den 27. 1. 51

Schleicher

Sehr verehrter lieber Herr v. Holtzendorff!

Als erstes möchte ich nochmals um Entschuldigung bitten, dass ich Sie zu so fürher Stunde überfallen habe und Ihnen danken, dass Sie mir tratzdem so viel Zeit gewidmet haben.

Wie besprochen überreiche ich Ihnen den Auszug aus dem neusten Platz und darf Sie um Ihre Stellungnahme bitten.

Ein weiteres Buch, dessen Lektüre mir an sich noch unerlässlich ist, sind die Erinnerungen des Ministers Severing, der sich auch ziemlich eingehend mit General von Schleicher beschäftigt. Einen Brief General v. Schleichers, den dieser im November 31 an Röhm gerichtet hat, hat er so gar als Fotokopie aufgenommen. Dieser Brief hat den nachfolgenden Inhalt.

" Sehr geehrter Herr Röhm!

Besten Dank für das übersandte Material, aus dem ich mich einwandfrei überzeugen konnte, dass von der Reichsleitung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei alles getan wird, um die Partei auf der von dem Parteichef vorgeschlagenen Linie strengster Legalität zu halten. Ein Teil des Materials fällt allerdings in das Ressort des Reichsinnenministers, wo ich entgegen den Behauptungen der bösartigen verlogenen Darstellung der Mossekommunisten völlig einflusslos bin. Wie wenig kennen diese Schmiefinken die selbständige Ernergie und den prachtvollen württenbergischen Dickkopf des Ministers Groener.

Mit den angelegentlichsten Empfehlungen

Ihr sehr ergebener
v. Schleicher "

Das Buch von Meissner wollten Sie noch an Herrn Noeldichen schicken. Es wäre ja sehr wertvoll, wenn dieser sich noch an Gespräche mit massgebenden Agrariern, wie v. Oldenburg-Januschau erinnern könnte.

Das Buch von Görlitz über den Generalstab legte ich auf Ihren Schreibtisch und wäre ich Ihnen für Stellungnahme zu dem Buch sehr dankbar.

Mit vielen herzlichen Grüssen
Ihr sehr ergebener

Henning Borcke

4

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Brüning

Aus "Auszug aus der Geschichte" von Dr.Karl Ploetz, 24.Aufl., A.G. Ploetz, Verlagsbuchhandlung für Aufbau und Wissen, Bielefeld.

S. 742 .... Während also die Wirtschaftskrise anhäelt und während die deutsche Aussenpolitik in der Reparationsfrage erfolgreich ist, verschärft sich die innerpolitische Spannung 1932.

13. März 1932 Erster Wahlgang der Reichspräsidentenwahl. Hindenburg (demokratisch-republikanische Parteien) 18,7 Mill. Hitler (NSDAP) 11,3 Mill., Thälmann (KPD) 5,0 Mill., Düsterberg (DNVP) 2,6 Mill.

Zweiter Wahlgang: Hindenburg 19,4 Mill., Hitler 13,4 Mill., Thälmann 3,7 Mill. Damit ist Hindenburg zum Reichspräsidenten gewahlt. Die Wahl war eine klare Entscheidung des Volkes für den Regierungskurs gegen Hitler.

13. April Notverordnung "zur Sicherung der Staatsautorität" verbietet die Wehrorganisationen der NSDAP (SA und SS).

24. April Landtagswahlen in Preussen, Bayern, Württemberg, Anhalt und Hamburg bringen starkes Anwachsen der NSDAP. Damit beginnt die innerpolitische Krise in Preussen, wo die seit 1925 ununterbrochen bestehende Weimarar Koalition des Ministerpräsidenten Braun (SPD) nicht mehr moglich erscheint. Braun selbst ist nicht mehr standfest.

9.- 12.Mai 1932 Tumultarische Reichstagssitzung. Brünings letzte Kanzlerrede: " Nur nicht in den letzten 5 Minuten weich werden ... 100 Meter vor dem Ziel!"

12. Mai Reichswehrminister Groener tritt zurück.

30. Mai Brüning tritt mit seinem Gesamtkabinett zurück, nicht deswegen, weil seine "parlamentarisch tolerierte Präsidialregierung" nicht mehr durchzuhalten war(er hatte auch am 12. Mai wieder die Reichstagsmehrheit hinter sich gehabt), sondern als Opfer von Intrigen. Die Zusammenhänge bedürfen noch der Aufklärung, insbesondere die Rolle, die General von Schleicher, Nachfolger Groeners als Reichswehrminister, dabei gespielt hat. Hindenburg war schon mehrfach von ausserverfassungsmässigen Beratern ein Kurswechsel nach rechts nahegelegt worden. Damit war ein möglicher Weg durch die Krise hindurch abgeschnitte, Alles weitere ist nur der Ubergang zur Machtergreifung Hitlers, der gegen die Position Brünings machtlos gewesen ist.

1. Juni Franz von Papen erhält vom Reichspräsidenten dem Auftrag, ein "Kabinett der nationalen Konzentration" zu bildem. Schnelle Regierungsbildung ohne Parteianlehnung. Ohne Mehrheit im Reichstag. Daher am 4. Juni Reichstagsauflösung.

14. Juni Aufhebung des Verbots der SA und SS Gegenleistung Hitlers: Tolerierung der Regierung.

20. Juli Staatsstreich in Preussen. Die noch geschäftsführende Regierung Braun ihres Amtes enthoben. Papen durch Notverordnung Reichskommissar für Preussen. Belagerungszustand. Die preussische Regierungsgewalt geht in die Hände des Essener Oberbürgermeisters Dr. Bracht über als Stellvertreter Papens.

31. Juli Reichstagswahlen. Behauptung der Kommunisten, Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschnationalen und der B

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

Bayerischen Volkspartei. Alle übrigen Parteien verlieren an Einfluss zugunsten der Nationalsozialisten, die mit Hilfe einer Wahlbeteiligung von 83% und der neu hinzugekommenen Jungwähler 230 von 608 Mandaten (37,8%) erreichen.

13. August Hitler und Papen bei Hindenburg. Hitler lehnt Vicekanzlerposten ab, da er den geforderten Reichskanzlerposten nicht erhält.

30. August Zusammentritt des neuen Reichstags, der am 12. Sept. wieder aufgelöst wird, weil er die Aufhebung der Notverordnung vom 4. Sept. (Bestimmungen gegen das Tarifrecht) verlangt.

6. Nov. Reichstagswahlen. Rückgang der NSDAP von 230 auf 196 Mandate, Gewinne der Deutschnationalen und Kommunisten. Die Folge: innere Parteikrise bei den Nationalsozialisten. Im Dezember RücktrittGGregor Strassers von seinen Parteiämtern.

17. Nov.1932 Rücktritt des Kabinetts Papen. In den folgenden Tagen ergebnislose Verhandlungen mit Hitler um die Regierungsbildung.

2. Dez. General von Schleicher wird Reichskanzler. Seine Regierung beseitzt ebensowenig wie die Papens eine parlamentarische Mehrheit. Versuch, mit den Gewerkschaften und einem "sozialen" Flügel der Nationalsozialisten (Strasser) zur Zusammenarbeit zu kommen (der "soziale General"). Schleicher wegen seines Sozialprogramms im Gegensatz zur Schwerindustrie und wegen seines Siedlungsprogramms im Gegensatz zum Reichslandbund. Darin liegt die Chance Hitlers.

4.Jan.1933 Papen und Hitler treffen sich im Hause des Bankiers von Schroeder in Köln. Beginn der Bestrebungen zum Sturz Schleichers. Dabei besondere Rolle des Reichslandsbundes.

15. Jan. Nationalsozialistischer Wahlerfolg in Lippe, auf den sich der gesamte Propagandaapparat konzentriert hatte.

30. Jan. Hindenburg beruft Hitler zum Reichskanzler.

Institut für Zeitgeschichte-Archiv

ZS/A-36 / 02 - 15

Conze, Werner Prof. Dr.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Entwurf

Hanshenning von Holtzendorff

Hannover, 28. Februar 1953
Hannover-Empelde, Stille Str. 4

Herrn
Professor Dr. Werner Conze
M ü n s t e r /Westf.
Martin-Luther-Str. 4

Sehr geehrter Herr Professor Conze!

Dr. Graf von Borcke-Stargordt schrieb mir, daß Sie für eine Arbeit über das Jahr 1932 sein Material verwenden und den Wunsch haben, eine darunter befindliche Niederschrift von mir aus dem Jahre 1946 über die Politik Schleichers in dieser Zeit auszuwerten.
Ich bin durchaus mit der Verwendung des Materials einverstanden, das ich auch als Unterlage für sachliche Auswertung verschiedenen anderen Herren auf Wunsch zugänglich gemacht habe.
Entsprechend ihrer Entstehungsgeschichte im Lager ist diese Niederschrift seinerzeit nicht druckreif geschrieben. Es ist daher zu überlegen, ob sie zum Abdruck im ganzen geeignet ist oder nur in Form auszugsweiser Verwendung.
Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir noch einmal kurz mitteilen wollten, in welcher Art Sie sich die Verwendung gedacht haben.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 17

Dr. Henning Graf v.Borcke-Stargordt.
Gothaer Platz 5.

(20b) Göttingen, den 24.Febr. 1953.

Herrn
Hans-Henning v. Holtzendorff
H a n n o v e r
Arnswaldtstr.35

Hochverehrter lieber Herr v. Holtzendorff !

Herr Prof. Conze sitzt an einer Arbeit über das Jahr 32 und verwendet dazu mein Material. Er fragt bei mir an, ob er evtl. Ihre Niederschrift über Schleicher und seine Politik veröffentlichen darf. Er wollte sogleich darüber von mir Bescheid haben. Ich habe ihm mit gleicher Post mitgeteilt, dass ich Ihnen geschrieben hätte und Sie gebeten, falls Sie nicht einverstanden sind, Sie ihm dieses sogleich mitteilen würden. Seine Anschrift ist: Prof. Dr. Werner Conze, (21b) Münster/Westf. Martin Lutherstr. 4

Mit vielen herzlichen Grüssen bin ich

Ihr

Henning Borcke

23

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

(20a) Königsluttter, Helmstedterstr. 30,
5.3.1953

Sehr verehrter Herr General!

Ihr freundlicher Brief vom 28. Februar wurde mir nachgeschickt. Ich danke Ihnen verbindlich für Ihre grundsätzliche Zustimmung. Gern würde ich Ihre Niederschrift im Rahmen einer Dokumentation im Zusammenhang d. Fragen um Brünings Sturz ganz od. gekürzt veröffentlichen. Nun trifft es sich gut, daß ich auf einer Reise bin und in den nächsten Tagen auch durch Hannover komme. Würde es Ihnen passen, wenn ich Sie am Mittwoch, dem 11. März um 11 Uhr in Ihrem Büro (Arnswaldstr. 35) aufsuchen würde? Ich muß gegen 12³⁰ weiterfahren. Ich würde mich freuen, wenn Sie um diese Zeit sich kurz freihalten könnten und es möglich wäre, Sie zu sprechen. Mündlich ließe sich die Frage wohl am besten klären, und es könnte vielleicht auch noch die eine od. andere Frage im Anschluß daran angeschnitten werden ~~können~~.

~~24~~

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Nur im Falle Ihrer Behinderung wäre ich für eine kurze Nachricht auf einer Postkarte an die oben angegebene Anschrift dankbar. Höre ich nichts von Ihnen, nehme ich Ihr Einverständnis an und werde am 11. März um 11 Uhr bei Ihnen sein.

Mit vorzüglicher Hochachtung
bin ich Ihr sehr ergebener

Couve

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Prof. Dr. Werner Conze
(13) Münster (Westf.)
Martin-Luthersir. 4

ZS/A-36 / 02 - 19

Münster, d. 14.3.1953

Sehr verehrter Herr General!

Anliegend schicke ich Ihnen mit bestem Dank den Brief und die Bemerkungen Generals v. Noeldechen zurück. Ich werde sie von S. 207 bis S. 219/22 veröffentlichen, wenn der Platz ausreicht.

Zugleich schicke ich Ihnen den Durchschlag eines Auszuges aus dem Interview mit Dr. v. Carlowitz mit. In dieser gekürzten Form würde ich es gern mit abdrucken und wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie hierzu kurz Stellung nehmen würden. Ihre Stellungnahme gegen C. in den Akten von Graf Borcke betrifft das ganze Interview, und ich weiß nicht, ob und wieweit Sie in der Auffassung dessen, was ich Ihnen im Durchschlag mitschicke, von C. abweichen. Wenn es Ihnen recht ist, würde ich vorschlagen, daß Sie Ihre (wahrscheinlich wohl nicht umfangreiche)Stellungnahme so abfassen, daß sie im Anschluß an das Interview abgedruckt werden kann.

In diesem Zusammenhang wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir zugleich die damalige Stellung und den damaligen und letzten Rang von Herrn General v. Noeldechen, sowie Ihre damalige Stellung im RWM mitteilen könnten.

An das Stündchen bei Ihnen in Hannover denke ich noch besonders gern zurück und danke Ihnen vielmals, daß Sie sich die Zeit dafür genommen haben. Ich würde mich freuen, wenn sich bei Gelegenheit noch einmal die Möglichkeit bieten würde.

Ich hoffe, daß ich Ihnen mit meiner Bitte keine besondere Mühe mache, bin ich mit verbindlichen Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

Conze

25

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Hanshenning von Holtzendorff Hannover, den 28. Juli 1953.

Herrn
Professor Dr. Wener Conze

Münster i./Westf.
==========
Martin Lutherstr. 4

Sehr verehrter Herr Professor Conze!

Für die Übersendung der Broschüre über Brünings Sturz danke ich Ihnen sehr. Ich habe die klare und sachliche Schilderung mit grossem Interesse gelesen und kann ihr mit einer Ausnahme überall zustimmen.

Auf Seite 263 schreiben Sie, es sei nötig durch präzisere Angaben zu erhärten, dass Schleicher vor dem S.A.-Verbot Groener gewarnt habe, und bezeichnen die Darstellung Craigs als höchst wahrscheinlich, dass Schleicher (nach Version Papen) die günstige Gelegenheit benutzt habe, um sich durch "Auflaufenlassen" von Groener erst des Reichswehrministers und dann des Kanzlers zu erledigen. Diese Angaben kann ich Ihnen geben; und zwar sind sie mir aus zwei Gründen noch heute gegenwärtig:

1) Ich habe mich 1919 dauernd für Groener eingesetzt, dem man damals von der Rechten ganz unbegründet Vorwürfe wegen seiner Haltung in Spa machte und ihn 1921 gerade deshalb zum Paten bei meinem ältesten Sohn gebeten. Er stand mir ebenso wie Schleicher freundschaftlich nahe; wir waren seit 1919 ständig in Fühlung geblieben, und die völlig überraschende Entwicklung nach seiner zweiten Ehe und der Übernahme des Innenministeriums war mir daher auch persönlich schmerzlich.

2) Ich hatte, als ich von dem bevorstehenden S.A.-Verbot hörte und von Schleicher erfuhr, dass er sich für diesen Fall mit Rücktrittsgedanken trug, meinerseits Noeldechen erklärt, ich würde bei Schleichers Weggang ebenfalls ausscheiden. - Ich war damals nämlich nicht, wie Sie annehmen, aktiver Major, sondern Hauptmann a.D. und auf Privatdienstvertrag angestellter Zivilreferent-. Der Ausgang dieser Frage berührte mich also höchst persönlich.

Mir hat Schleicher damals -wenige Tage vor dem S.A.-Verbot- folgendes gesagt:
Ich habe den Minister mit Mühe und Not zum zweiten Mal vor der Unterschrift unter das bereits fertige Verbot der S.A. zurückgehalten. Ich habe ihm gesagt, dass alle seine alten Freunde ihn mit Überzeugung und allmählich auch mit Erfolg nach 1918 gegen den ungerechten Vorwurf in Schutz genommen hätten, dass er Schrittmacher der Revolution gewesen sei. Alle diese Arbeit sei vergeblich, wenn er jetzt diesen Schritt tue. Er würde dann -nunmehr wörtlich- "mit Sicherheit als der "rote General" in die deutsche Geschichte eingehen." Das habe gewirkt.

Als

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Als er dann zwei Tage später doch unterschrieb und die verheerende "Reichsbannerrede" hielt, wollte Schleicher als Amtschef gehen und war nur durch starkes Bitten von Seiten der Rechten zum Bleiben zu bewegen. Warum die zweite Ehe Groeners zu der Entfremdung zwischen ihm und der Reichswehr, besonders aber auch dem Reichspräsidenten geführt hatte, und andererseits den Einflüssen aus dem Reichsinnenministerium den Boden bereiten konnte, habe ich Ihnen damals bei unserer Unterhaltung eingehend geschildert.

Dass Groener in seinen Memoiren, die ich ebenso wie die Bearbeitung von Craig leider nicht kenne, die Entwicklung anders darstellt, ist nur zu verständlich. Er hat ja auch damals den Bruch in seiner eigenen Persönlichkeit nicht gesehen, der von dem -wie mir Schleicher 1931 noch sagte- aussichtsreichen Kandidaten auf den Reichspräsidentenposten zu einem bespöttelten "jungen Ehemann" führte. Damals war der wegen seines trockenen Witzes bekannte, kürzlich verstorbene General Bittrich Chef der Versorgungsabteilung im R.W. Ministerium. Ich begegnete ihm, als Groeners Sohn aus der zweiten Ehe geboren war, auf der Strasse, wobei er kopfschüttelnd und ganz ernst erklärte: "Ich kann nicht mehr rechnen! "Auf meine Frage": Wieso?", kam ebenso totenernst heraus: "Der Minister hat doch dann und dann geheiratet." "Ich kriege aber bis heute keine 9 Monate heraus!"Damit war der Name "Nurmi" in dem ohnehin schon zum Spott aufgelegten Ministerium geboren.

Mit der Bitte um vertrauliche Behandlung

Ein Jammer um einen Mann, der 1914 bis 1918 als Soldat grosses geleistet und uns 1918/19 durch Weitsicht und Entschlusskraft vor dem Bolschewismus bewahrt hat. 5 Jahre später wurde einem zweiten Reichswehrminister ebenfalls eine"Frauenaffäre" zum Verhängnis, riss damit bei Hitler das Prestige der Generalität in den Abgrund und legte die Grundlage für seine späteren Übergriffe. Geschichte hinter den Kulissen!

Ich wollte Ihnen diese Tatsachen doch gleich noch zur Ergänzung übermitteln, da mir an der Vollständigkeit des Geschichtsbildes von Schleicher liegt.

Mit besten Grüssen und nochmaligem verbindlichen Dank

Ihr sehr ergebener

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Sburg, ZS/A-36 / 02 – 21

Sehr verehrter Herr General!

Für Ihren freundlichen Brief zur Dokumentation danke ich Ihnen verbindlich. Ich bin Ihnen besonders für den ausführlichen, berichtigenden Zusatz dankbar, den ich gut aufheben und bei Gelegenheit verwerten werde.

Bei etwa neu auftauchenden Fragen würde ich mich gern wieder an Sie wenden und hoffe, daß wir gelegentlich von einander hören werden.

Mit besten Grüßen bin ich

Ihr sehr ergebener

Couze

~~3~~1

PS: Die Postkarte konnte nicht am 3.8. abgeschickt werden, weil ich Ihre Anschrift in den Briefen nicht zur Hand hatte.

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

Absender: Prof. [redacted] Werner Conze

(21b) Münster (Westf.)

Martin-Lutherstr. 4

Wohnort, auch Zonen- oder Leitgebiet

Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk oder Postschließfachnummer; bei Unternehmen auch Name des Vertreters

Postkarte

Deutsche Verkehrs-Ausstellung München 1953

23. Juni – 11. Oktober

Herrn

General a.D. v. Holtzendorff

(21b) Hannover

Arnswaldstr. 35

Straße, Hausnummer, Gebäudeteil, Stockwerk oder Postschließfachnummer; bei Unternehmen auch Name des Vertreters

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Draeger, Heinrich Dr.

darin: Vorwort Dr. Ernst Wagemann u. Vorwort Dr. Draeger zu einer geplanten Veröffentlichung betr. Arbeitsbeschaaffungsprogramm (s. Heinrich Draeger: Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung. Neudr. einer Schrift von 1932... Düsseldorf: Econ, 1956)

Graphische Darstellung üb. 25 Jahre Theorie und Praxis von konjunkturbelebenden Maßnahmen (1954).

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

DR. HEINRICH DRÄGER

LÜBECK, DRÄGERWERK

2. 3. 1953
Dr.HD/EB

Institut für Zeitgeschichte
ED-BV
Akz. 4382/70 Best. ~~ZS 148~~
Rep. — Mat. Fr.

Sehr geehrter Herr von Holtzendorff!

Trotzdem es solange her ist und soviel dazwischen liegt, werden Sie sich vielleicht doch meiner noch erinnern. Wir trafen uns vor mehr als 20 Jahren in Ihrem Hause, zusammen mit Herrn Dr. Lambrecht und Herrn Ott. Vielleicht erinnern Sie sich auch noch der Unterredung, die ich dabei mit Herrn Ott hatte. Ich überreichte ihm eine graue Gemeinschaftsarbeit über Arbeitsbeschaffung mit der Bitte um Weiterleitung an General von Schleicher, den Herrn Reichskanzler. Außerdem bat ich ihn, seinen damals nicht unerheblichen Einfluß dort dafür aufzuwenden, daß so schnell wie möglich mit großem Propagandaaufwand ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm mit sicherer zusätzlicher Arbeit für etwa 2 Mill. Menschen in Bewegung gesetzt wird, um dadurch die Stellung Schleichers zu sichern.
Ich verabschiedete mich damals von Herrn Ott, soweit ich mich erinnere, etwa mit den Worten: "Laßt um Himmels willen den Trommler nicht auf die Lokomotive, sonst gibt es ein furchtbares Eisenbahnunglück". Er antwortete mir: "Wie wollen Sie es denn anders machen, "die" reißen Ihnen ja unentwegt solange sämtliche Schienen auf, bis sie schließlich ihren Willen doch durchgesetzt haben". Diese seine Darstellung hat sich leider als zutreffend erwiesen.

Ihre Adresse erhielt ich jetzt von Herrn Ott, an den ich mich mit einigen Fragen wandte. Herr Ott glaubt, daß Sie mir vielleicht über das Folgende Auskunft geben können.
Im Rahmen einer wissenschaftlichen Schrift, an der Herr Dr. Grotkopp, Hamburg, und ich arbeiten, "Wirtschaftsankurbelung durch monetäre Maßnahmen und staatliche Großarbeiten" benötigen wir auch eine sachlich richtige Darstellung der Stellung Schleichers zur Arbeitsbeschaffung und seiner Verdienste um die Vorbereitung derselben. Besonders interessant ist die Frage: Wieweit hätte Schleicher seine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen rasch und tatkräftig etwa in dem Sinne vergrößert, wie es in dem beigefügten, auf meine Veranlassung zusammengestellten Sonderheft der "Wirtschaftswende" "Gereke-Plan" empfohlen wurde.

Vielleicht ist Ihnen darüber etwas bekannt. Ich wäre Ihnen für eine entsprechende Stellungnahme sehr dankbar.

Mit besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

Heinr. Dräger

Anlage
Heft "Gereke-Plan"
(zurückerbeten).
Vorwort Prof. Wagemann zu einer geplanten Veröffentlichung und mein eigenes Vorwort zu der gleichen.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

G e l e i t w o r t

Dies Geleitwort zu schreiben ist mir eine besondere Freude; ich betrachte es als eine Ehrenpflicht, meinem alten währungspolitischen Mitstreiter Dr. Heinrich Dräger zur Neuherausgabe seiner Schrift über produktive Kreditschöpfung einige Worte mit auf den Weg zu geben.

Diese Schrift, die in erster Auflage im Sommer 1932 erschien, lag mir als Manuskript schon im Frühjahr jenes Jahres vor. Die Periode 1930/32 war die schwere Zeit der größten Weltwirtschaftskrise, die ja so gut wie alle Länder des Erdenrunds betroffen hatte. Die Wirtschaftspolitik wußte nicht ein noch aus, sie befand sich im Zustand der gefährlichsten Turbulenz. Große Entscheidungen mußten fallen. Bankiers und Politiker, Kaufleute und Nationalökonomen gerieten in einen Federkrieg und in Redekämpfe, so wie die Theologie zur Zeit der Reformation. Im wirtschaftswissenschaftlichen Denken ging man aufs Ganze: Hie Sozialismus, hie Liberalismus. Wütend fielen sich die Gegner an. So wurde Spreu vom Weizen geschieden. Zur Spreu gehörten die vielen Professoren der Nationalökonomie, die in präzeptoraler Selbstgerechtigkeit die währungspolitischen Ideen einer katilinarischen Existenz wie Wagemann verfemten und ihre Mitbürger beschworen, die von ihm vorgeschlagenen, äußerst gefährlichen Währungsexperimente eindeutig abzulehnen.

Nur ein verhältnismäßig kleiner Kreis einsichtiger Praktiker verband sich mit den Vertretern der empirischen Wirtschaftsforschung. Dieser Kreis erkannnte die Gefahr der deflatorischen Politik, wie sie damals von Männern wie Brüning und Luther als rettender Ausweg angesehen und gepriesen wurde. Die Kathederweisheit, die den Scharfsinn Ricardos für den Höhepunkt wirtschaftswissenschaftlichen Denkens hielt, galt ihnen als höchste Autorität. Oft beriefen sie sich auf den Satz von Adam Smith: "Was im Verhalten jeder einzelnen Familie klug ist, kann schwerlich im Verhalten eines großen Königreiches Unsinn sein." War dies nicht eine klare Erkenntnis des gesunden Menschenverstandes? Und gebot dieser nicht, zu sparen und nach Möglichkeit Kosten zu senken, wenn man der Krise entgehen wollte? Man hatte in den Lehrbüchern doch so schön gelernt, daß auf diese Weise die Wirtschaft sich von selbst heilen würde.

Da tauchten nun seltsame Käuze wie Dräger und Wagemann auf und erklärten, daß das Gegenteil richtig sei. Sie opponierten gegen bewährte wirtschaftswissenschaftliche Professoren, indem sie fragten,

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ob eine Schwindsucht, von der die schrumpfende Wirtschaft buchstäblich befallen war, jemals durch Hungerkuren bekämpft werden könne. Sie hatten darüber hinaus natürlich auch sehr konkrete Argumente ins Feld zu führen, da sie die wirkliche Wirtschaft studierten und der suggestiven Kraft der "reinen Theorie" die Stirn boten.

Als die Schrift Drägers erschien, war die Möglichkeit und Notwendigkeit gegeben, aus dem Krisentief durch der volkswirtschaftlichen Struktur angemessene Arbeitsbeschaffungen herauszukommen. Diese Arbeitsbeschaffungsprogramme hätten ähnliche Aufgaben erfüllt wie die verkehrstechnischen Fortschritte in der Krise der 40er Jahre und die Entwicklung der Elektrizitäts-Wirtschaft, die in den 90er Jahren wie ein deus ex machina die Errettung aus Not und Bedrängnis brachten. Um diese Arbeitsbeschaffung zu finanzieren, hätte allerdings die öffentliche Hand sich verschulden müssen. Dies konnte damals wie stets in Zeiten der Depression verantwortet werden. In gewissen Grenzen wäre auch die Schaffung von Reichsbankgeld tragbar gewesen. Es wäre ein leichtes gewesen, diese Geld- und Kreditschöpfung so zu kontrollieren, daß es nicht zu inflatorischen Auswirkungen kommen würde.
Gedanken dieser Art habe ich damals in meiner Geld- und Kreditreform und in meiner Schrift: "Was ist Geld?" vertreten. Über diese Möglichkeit habe ich mit Dr.Dräger und anderen gleichgesinnten Freunden in dem so schicksalsschweren Jahre 1932 viele interessante und, wie ich glaube, fruchtbare Gespräche geführt. Als Unternehmer war sich Dr. Dräger darüber im klaren, daß auch die Existenz seines immerhin weit über Deutschlands Grenzen hinaus bekannten Betriebes in Frage gestellt würde, wenn 6 Millionen und mehr Arbeitslose noch lange Zeit die deutsche Wirtschaft und Politik belasten sollten. Klar war er sich auch darüber, daß der Weg der Regierungspolitik, der der der klassischen Nationalökonomie war, nicht aus diesem Sumpf herausführen würde, vielmehr ein völlig anderer Weg eingeschlagen werden müßte. Mit der ihm eigenen Zähigkeit des Norddeutschen, getrieben von einer leidenschaftlichen Unruhe und überzeugt von der Richtigkeit dieser Ideen, ließ er sich in seinem Bemühen um eine neue Politik durch nichts beirren, ja, er setzte sich, da er nach seinem Studiengang nicht vom Fach war, noch einmal mit den Lehrbüchern auseinander und begab sich somit gewissermaßen in den Seminarbetrieb der Hochschule. Auch scheute er vor keinem materiellen Opfer zurück - aber er predigte tauben Ohren. Bitter klagte er mir mehrfach, daß

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

er zunächst in den Amtsstuben freundlich vorgelassen, aber schließlich als Ketzer in mehr oder weniger höflicher Form hinauskomplimentiert wurde. Dringend bat er mich schon Anfang 1932, daß ich ihm und seiner Schrift über Arbeitsbeschaffung den Weg zu den Mächtigen der Regierung Brüning und Papen bahnen sollte. Aber ich selbst gehörte ja trotz meiner amtlichen Stellung zu den verfemten Renegaten. Starke Kräfte sägten schon damals an dem Stuhl, auf dem ich als Präsident des Statistischen Reichsamtes saß. Meinen Sturz erreichten die Feinde dann 1933. Damals waren wir leider nur Propagandisten. Unsere Erwartungen, daß die Weimarer Republik dank einer aktiven Wirtschaftspolitik erhalten werden könnte, ging nicht in Erfüllung.

Das Hitler-Regime ist dann diesen Weg gegangen. Falsch ist die so oft vertretene Meinung, daß Hitler nur dank einer gigantischen Aufrüstung die Arbeitslosen von der Straße bekommen hätte. Die Aufrüstung machte sich in der Wirtschaft erst ab 1937 bemerkbar. Erst von da ab hat Hitler die Kreditschöpfung ins Unmäßige übertrieben. Vorher aber bis 1936 war schon Enormes erreicht worden, und dies durch eine produktive Kreditschöpfung und Großarbeiten. Die Pläne, die damals das Hitler-Regime verwirklichte, waren in den entscheidenden Punkten die, die unser Kreis bereits Anfang des Jahres 1932 entwickelt hatte und im Laufe des Jahres 1932 veröffentlichte.

Wie es damals war, und wie diese neuen Ideen aufgekommen sind, scheint etwas in Vergessenheit geraten zu sein, kaum einer, der heute seine Theorie der Vollbeschäftigung auseinandersetzt, verliert noch ein Wort darüber, was es besagte, 1932 auch nur eine Kreditreform zu verlangen - von einer Vollbeschäftigung ganz zu schweigen. So ist es zu begrüßen, daß Dr. Dräger und Dr. Wilhelm Grotkopp das Wichtigste aus den Archiven hervorgeholt haben und Material, das sonst verschollen wäre, der Öffentlichkeit zugänglich machen wollen. Aus der Feder von Dr. Grotkopp werden wir demnächst ein Buch hierüber zu erwarten haben. Dr. Dräger legt uns seine Schrift über produktive Kreditschöpfung in der damaligen, für die Regierung Papen bestimmt gewesenen Fassung von August 1932 im unveränderten Abdruck vor. Als Anlage sind einige interessante Dokumente der damaligen Zeit angefügt. An dieser Publikation wird kaum ein Historiker bei einer Würdigung des Durchbruchs neuer wirtschafts- und konjunkturpolitischer Gesichtspunkte vorbeigehen können.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Diese Neuveröffentlichung sollte aber nicht nur den Historiker interessieren. Jeder, der sie unter aktuellem Gesichtswinkel liest, wird daraus auch für die Gegenwart interessante Schlüsse ziehen können. Die Lage der heutigen Wirtschaft ist zwar eine grundverschieden andere. Beruhigend ist vor allem, daß an wichtigen Kommandostellen der deutschen Wirtschaftspolitik, wie bei der Bank Deutscher Länder und im Bundeswirtschaftsministerium, Männer sitzen, die damals dem Kreis der Reformer persönlich oder ideell nahestanden. Die Leitung der Wirtschaftspolitik ruht in besten Händen.

Aber ungeheuer sind die Aufgaben, die nach dem verlorenen Kriege und den damit gegebenen Belastungen zu bewältigen sind. Man denke an die Demontagen, die zum Glück der Vergangenheit angehören, an den noch andauernden Flüchtlingsstrom, an die Besatzungs- und Verteidigungskosten, die damit verbundenen hohen Steuerlasten, die Erstarrung des Kapitalmarktes usw. usw., Belastungen, die in manchem, worauf Dr. Dräger in seinen einleitenden Vorbemerkungen hinweist, an die Erfahrungen nach dem ersten Weltkrieg erinnern.

Ich halte die Veröffentlichung von Schriften, wie der vorliegenden, gerade wegen der Lehren für die Gegenwart trotz aller Einsicht der führenden Männer für äußerst wichtig, da wir in eine neue Aera der Demokratie eingetreten sind und daher um die verständnisvolle Mitwirkung jedes Wahlbürgers geworben werden muß.

Ernst Wagemann

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Entwurf

Einleitende Vorbemerkung des Verfassers zum Neudruck vom März 1953

(Für den eiligen Leser empfiehlt es sich, nur die letzten 3 bis 4 Druckseiten zu lesen: "Schlußfolgerungen für die Gegenwart".)

Nicht sehr viele unter den Lebenden sowohl in Deutschland als auch in USA werden sich mit genügender Deutlichkeit erinnern können an die Schrecken der Krise der Jahre 1931 und 32. Bis 1932 stieg die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland auf über 6 Mill. Eine tiefe Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit ergriff weite Kreise des deutschen Volkes und übrigens auch die Bevölkerung der USA und fast aller Länder. Es ging wie ein dumpfes Murren durch die Massen der Arbeitswilligen, die keinen Erwerb hatten: "Muß das wirklich alles so sein, muß die Produktion an Gütern in der ganzen Welt und auch die an Rohstoffen auf ein Minimum herabgedrückt werden, nur weil angeblich Geld fehlt, während wir arbeitswilligen Erwerbslosen gleichzeitig das zum Leben Notwendige entbehren müssen?"

In mir begann damals die Befürchtung wach zu werden, auch die freiheitliche und bedeutende Stellung, wie sie damals 1931 in der ganzen westlichen Welt der selbständige Unternehmer im wirtschaftlichen und politischen Leben innehatte, könne nur zu bald zerbrechen an dem Unwillen der großen Massen über die ihnen aufgezwungene Erwerbslosigkeit. "Dieses Massenelend wird eines Tages auch Deinen Berufsstand und dessen Stellung in Gefahr bringen, wenn es nicht gelingt, etwas Entscheidendes gegen diese Riesenarbeitslosigkeit zu unternehmen. Nicht deshalb, weil wir nach Planwirtschaft streben, sondern gerade um die Heraufbeschwörung einer alles umfassenden staatlichen Plan- und Zwangswirtschaft zu vermeiden, ist es nötig, daß unsere jetzige, liberal eingestellte Regierung, um die Freiheit der Wirtschaft zu erhalten, planmäßig vorgeht gegen diesen furchtbaren Notstand dieser Krise durch wirksame direkte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen." Das sagte ich mir damals.

Aus solchen Erwägungen heraus wurde ich im Herbst 1931 beim Lesen der Zeitschrift "Wirtschaftswende", herausgegeben von Robert Friedlaender-Prechtl, aufmerksam auf einen dort abgedruckten Artikel von Dalberg "Wirtschaftslähmung durch Prinzipien", schon vorher in der Berliner Börsenzeitung am 6. September erschienen. (Siehe Anhang 1). Ich suchte eines Tages Dr. Dalberg in seinem Arbeitszimmer in den Räumen der "Preußischen Seehandlung" in Berlin, der damaligen preußischen Staatsbank, auf. Dalberg war deutsches Mitglied der Verwal-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

tung der British and German Trust Limited, mit Sitz in Berlin. Er war vorher als Oberregierungsrat des Reichswirtschaftsministeriums an der Neuordnung der Währung 1923 entscheidend beteiligt gewesen und hatte sich als Sachbearbeiter und Publizist auf dem Gebiet des Geld-, Kredit- und Währungswesens einen angesehenen Namen verschafft.
Es herrschte von vornherein ein sehr gutes Einverständnis zwischen Dalberg und mir. Wir waren uns beide darüber einig, daß es bessere Möglichkeiten zur Bekämpfung der Krise gäbe, als sie von der Regierung Brüning und der damaligen Volkswirtschaftslehre empfohlen wurde, wie z.B. die vierte Notverordnung zur Herbeiführung einer organischen allgemeinen Lohn-, Preis- und Kostensenkung.
Bei aller Anerkennung der politischen, speziell der außenpolitischen Erfolge Brünings bedauerten wir, daß die Regierung Brüning in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu sehr unter dem Einfluß der geldtheoretischen und volkswirtschaftlichen Grundprinzipien stand, die damals nahezu von der gesamten Wissenschaft, von fast sämtlichen Wirtschaftsverbänden und der Bankwelt als unabänderlich gültig anerkannt wurden. Mit dem damals durch diese Autoritäten geprägten und weit verbreiteten Wort: "Jedes Währungsexperiment ist ein Verbrechen", wurden alle Vorschläge, auf monetärem Wege, wie z.B. durch Kreditausweitung für direkte Großaufträge des Staates an die Wirtschaft in Form staatlicher Großarbeiten das Arbeitslosenproblem einer Lösung näherzubringen, unmöglich gemacht. Wir waren uns einig darüber, daß zunächst durch einen geschlossenen, größeren Kreis von Sachverständigen versucht werden müsse, nachzuweisen: "Die Grundregeln der sogenannten klassischen Nationalökonomie sind bezüglich Verhalten gegenüber dieser Krise nicht mehr anwendbar. Gleichzeitig musste es dann auch möglich sein, einen wissenschaftlich fundierten Plan aufzustellen über die Zweckmäßigkeit und Möglichkeit aktiver konjunkturbelebender Maßnahmen unter Zuhilfenahme von Kreditschöpfung und öffentlichen Großarbeiten". Wir hofften, daß es gelingen würde, in einer Studiengesellschaft in Berlin eine Plattform zu schaffen, auf der Vorschläge in der Richtung der Wochenschrift "Wirtschafts-Wende" und des gleichnamigen Buches und ähnlichen Materials von hervorragenden Fachleuten diskutiert würden und in eine gemäßigtere Form gebracht würden, der man nicht vorwerfen könnte, es handele sich um Utopien. Wir hofften, in kürzester Zeit zu erreichen, daß den entscheidenden Lenkungsstellen des damaligen Reiches brauchbares und entsprechend überzeugendes Material unterbreitet werden könnte.
Ein aus dem Programmheft der "Wirtschaftswende" vom September 1931 entnommener Brief von Prof. Leopold Ziegler an Brüning nebst Denk-

Institut für Zeitgeschichte / Archiv

schrift, die beide Brüning persönlich übergeben worden sind, mögen es dem Leser von heute näherbringen, in welcher Stimmung wir uns damals dem Kanzler Dr. Brüning gegenüber befanden, wie sehr wir den Wunsch hatten, ihn dazu zu bewegen, das zu tun, was unserer Meinung nach in seinem und unserem und des deutschen Volkes Interesse das Gebot der Stunde war: Eine kraftvolle Arbeitsbeschaffungspolitik, finanziert unter Mithilfe von Kreditschöpfung, gegebenenfalls durch Devalvation nach englischem Beispiel unterstützt, ohne Rücksicht auf Hemmungen, die der Gedanke an Reparationen und vom Ausland der Reichsbank auferlegte Bindungen damals allerdings bringen konnte (s.Anhang 2).
Aus gleichen Erwägungen entstand im Spätherbst die Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft. Dr. Dalberg schlug als Schriftführer Dr. Wilhelm Grotkopp, Herausgeber der "Europa-Wirtschaft" vor, der ihm bereits bekannt war durch seine wirtschaftswissenschaftlichen Arbeiten zur Förderung des Problems einer europäischen Großraumwirtschaft.

Als Namen wählten wir drei bei unserer ersten gemeinsamen Zusammenkunft den oben erwähnten: "Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft".

Damit ist das Wesentlichste über die Entstehung der Studiengesellschaft gesagt. Nun zu ihrer Arbeit und den Auswirkungen dieser Arbeit, vor allem soweit sie die vorliegende Schrift "Produktive Kreditschöpfung" betreffen. Über die Veranstaltungen der Gesellschaft, ihre Vorträge und über die von ihr an ihre Mitglieder versandte Literatur siehe ein Verzeichnis im Anhang 10). Unter anderem sprachen auch Wagemann, Wildermuth, Sombart, Otto Christian Fischer, Gereke, als Diskussionsredner auch Hahn, Lautenbach, Gestrich, Woytinski, Robert Friedlaender-Prechtl, Herpel, Lampe und Prion. Um die Jahreswende 1931/32 sind zwei druckschriftliche Veröffentlichungen zur damaligen Situation an die Mitglieder und an maßgebliche Regierungsstellen versandt worden: Dr. Dalberg "Ein Programm der Devalvation", Dr. Grotkopp "Die Gefahren des Preisabbaus", etwas später Gräwell, Direktor im statistischen Reichsamt und Mitarbeiter Wagemanns im Institut für Konjunkturforschung, "Der Zwang zur Ein- und Ausfuhr", Diese letzte Veröffentlichung behandelte vor allem das wichtige Thema: "Deckung des steigenden Einfuhrbedarfs im Fall einer Produktionssteigerung im Gefolge einer gelungenen großen Arbeitsbeschaffungsaktion."
Ich selbst hatte außer einer die nachfolgend genannte Arbeit ergänzenden Schrift über das Thema "Preise und Wirtschaft", behandelnd die Frage etwaiger Preissteigerungen im Gefolge von wirtschaftsbelebender Kreditschöpfung für staatliche Großarbeiten (gedruckt in

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Lübeck Anfang 1932), dem Rat von Dr. Dalberg und auch meinen eigenen Wünschen folgend in Anlehnung an Robert Friedlaender-Prechtl, Dalberg, Woytinski (WTB-Plan) und das Gutachten des Reichswirtschaftsrates bis zum März 1932 eine Schrift fertiggestellt über Konjunkturbelebung durch Kreditschöpfung und staatliche Großarbeiten (wie z.B. Meliorationen, Förderung der Siedlung, Heimstättenbau und Städteauflockerung, Straßenbau und staatliche Förderung der einheimischen industreillen Rohstoffproduktion). Das gesamte Material, welches gewonnen werden könnte aus den gehaltenen Vorträgen (wie z.B. von Wagemann, Wildermuth, O.Chr. Fischer, Sombart), aus der Teilnahme an den Diskussionen der Studiengesellschaft und vor allem aus dem ständigen Meinungsaustausch mit Dr. Dalberg und Dr. Grotkopp, die unter anderem ihrerseits auch Gelegenheit gehabt haben, mit Keynes in Hamburg über diese Probleme zu sprechen, wurde, soweit es geeignet war, in dieser Schrift verwertet. In der hier vorgelegten Form erschien sie unter dem Titel "Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung" im August 1932 bei Hempel & Co. in Berlin in politisch neutral gehaltener Form. Sie war für die Reichsbankleitung und die damalige Regierung v.Papen bestimmt. Sie wurde an diese Stellen über Herrn v.Bredow, der bald darauf stellvertretender Reichswehrminister wurde und das besondere Vertrauen von Schleicher genoß, in einer längeren Aussprache über die Dringlichkeit dieser Probleme weitergeleitet. Diese Arbeit über "Kreditschöpfung", wie sie im nachfolgenden abgekürzt in der Regel bezeichnet wird, versuchte, die Mitte zu halten zwischen dem WTB-Plan (Woytinski-Tarnow-Baade), der in Bezug auf Umfang der Arbeiten und der Kreditschöpfung unserer Meinung nach noch etwas reichlich zurückhaltend war, und den Plänen von Friedlaender-Prechtl, die bei aller Genialität der Konzeption (Vorschlag von 1931: Autobahnnetz für ganz Deutschland als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, zu ca. 25 % durch Produktionswechsel der Reichsbank finanziert, der Rest durch ersparte Arbeitslosenunterstützung und ähnliche Quellen) doch manchmal in einigen Teilen reichlich ans Utopische grenzten. Schon vorher, ab Ende 1931, hat der Verfasser es unablässig versucht, die Grundgedanken dieser Arbeit, ab Februar 1932 das Manuskript der Arbeit selbst in Form einer Denkschrift mit dem gleichen Titel "Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung" an die damalige Reichsregierung auf allen nur erdenklichen Wegen, z.B. über die wirtschaftlichen Verbände oder über Politiker der bürgerlichen Parteien heranzubringen. Es war alles vergeblich, überall dort nur Ablehnung, wie auch im Vorwort der Juni 1932 an anderer Stelle abgedruckten Arbeit ausgeführt. Überall hieß es kategorisch: "Nur die

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Politik einer allgemeinen Lohn- und Kostensenkung, wie amtlich für gut befunden, hat Berechtigung. Jeder Vorschlag zur direktenArbeitsbeschaffung durch Kreditschöpfung für öffentliche Großarbeiten ist ein Währungsexperiment. Das bedeutet Inflation, und jedes Währungsexperiment ist nach den von der Gesamtleitung aller Verbände herausgegebenen Richtlinien ein Verbrechen. Derartige Vorschläge sind also ohne weiteres abzulehnen. Die überwiegende Mehrzahl aller Professoren der Volkswirtschaft in Deutschland hat diese Ablehnung wissenschaftlich einwandfrei begründet."

Auch die Gründung der "Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft", die diese und andere Fragen, vor allem auch das Problem der Devalvation und die Gefahren des Preisabbaus studierte und durch öffentliche Diskussion sollte klären helfen, und die die Grundgedanken dann an die Regierung heranbringen sollte, blieb zunächst in Richtung dorthin wirkungslos. Das einzig Sichtbare war eine nach dem viel beachteten Vortrag Wagemanns im Plenarsaal des ehemaligen preußischen Herrenhauses (vor der Studiengesellschaft) über seine Vorschläge für eine Geld- und Kreditreform erfolgende Gegengründung des Währungsinstitutes unter Leitung von Prof. Paley zur Vertretung der gegenteiligen Ansicht der damaligen Reichsbankleitung.

Eine andere Gegenwirkung war folgende: Die Reichsbankleitung hielt etwa zur gleichen Zeit es für angebracht, Professor Keynes zu bitten, eine Einladung der Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft zu einem Vortrag in Berlin über monetäre Maßnahmen zur Krisenbekämpfung entgegen seinen ursprünglichen Zusagen abzulehnen. Die Einzelheiten hatten Lalberg und Dr. Grotkopp schon mit Keynes anlässlich seines Vortrages in Hamburg nach vorhergegangener Korrespondenz besprochen.

Was die Ablehnung der mehrfach in Form einer Denkschrift an zuständige Stellen und an die der Regierung nahestehenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute eingereichte Arbeit über "Kreditschöpfung", damals (Anfang 1932) noch ein Manuskript, ungefähr im Wortlaut der hier abgedruckten Arbeit, betrifft, so erfolgte diese stets annähernd mit der gleichen Begründung, wie sie als Beispiel im Anhang unter 7) wiedergegeben ist. Dort findet sich ein Auszug der von Herrn Reichsbankpräsident Luther am 8. März 1932 im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller gehaltenen Ansprache mit der Ablehnung der damaligen Vorschläge zur Wirtschaftsankurbelung durch Kreditschöpfung und Großarbeiten im Umfange von ca. 600 Mill. RM.

Ganz gleich, wo es auch eingereicht wurde, das Manuskript zu der

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

hier wiedergegebenen Arbeit "Kreditschöpfung" stieß stets auf Ablehnung. Schließlich im April 1932 gelangte es auf Umwegen auch in die Hände Gregor Strassers und fand sofort dessen Zustimmung. Zusammen mit dem damals gerade veröffentlichten Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften (Woytinski-Tarnow-Baade-Plan) und anderem ähnlichen Material wurde dieses Material als Unterlage benutzt für Strassers Arbeitsbeschaffungsprogramm, auch hinsichtlich der Art und des Umfanges der vorgeschlagenen Arbeitsvorhaben, (Reichstagsrede vom 10. 5. 32) und hat dann bis zum Spätherbst 1932 in den wirtschaftswissenschaftlichen Diskussionen und Veröffentlichungen der NSDAP über die Lösung des Arbeitsbeschaffungsproblems zusammen mit Arbeiten von Reinhardt, Tholens, Arthur R. Herrmann und Feder eine gewisse Rolle gespielt.

Einer der wenigen, der schon im April 1932 für das Manuskript "Kreditschöpfung" Interesse und Verständnis zeigte, war Dr. Herpel, Herausgeber einer kleinen Zeitung eigener Richtung "Volk, Freiheit, Vaterland" und Beauftragter einer Vereinigung "Liga für Erwerbsförderung", dem aus einer Zusammenarbeit mit dem damaligen Landrat Steltzer in Rendsburg und durch die Kenntnis des "WTB-Planes" solche Vorschläge der Arbeitsbeschaffung schon vertraut waren und der später bekannt geworden ist durch seine Zusammenarbeit mit Dr. Gereke bei der Ausgestaltung von dessen "Arbeitsbeschaffungsprogramm des Verbandes der Landgemeinden" (Gereke-Plan).

Unabhängig davon sind aber vom Kreise der Studiengesellschaft wie auch vom Verfasser bis zum 30. Januar 1933 die Versuche weiter energisch fortgesetzt worden, vor allem auch die Reichsregierung selbst auf die Nützlichkeit, die Eiligkeit und die dringende Notwendigkeit solcher Maßnahmen aufmerksam zu machen, um durch eine durchschlagende, erfolgreiche Arbeitsbeschaffung nach diesem System ihre Stellung zu festigen. So z.B. durch einen Brief der Studiengesellschaft an Herrn v.Papen mit beigelegtem Gutachten Professor Sombarts (siehe Anlage 3 und 4), ferner durch zwei von der Studiengesellschaft an wichtige Dienststellen versandte Sonderhefte der Zeitschrift "Wirtschafts-Wende", eins vom September "Arbeitsbeschaffung" und eins vom Februar (entstanden Anf. Jan. 33) "Gereke-Plan", das im September 1932 an wichtige Regierungsstellen versandte Heft enthielt in einer Gemeinschaftsarbeit Dr.Grotkopp-Dr.Dräger ähnliche Gedanken wie die Arbeit über "Produktive Kreditschöpfung", aber mit mehr Zurückhaltung in bezug auf die Größe der Zahlen (siehe Anhang 5).
"Produktionswechsel" oder Wechsel der Bank für öffentliche Arbeiten werden hier als Finanzierungshilfsmittel vorgeschlagen und als wichtige Arbeitsvorhaben Autobahnen, wie z.B. eine Autobahn Hamburg -

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Frankfurt - Basel. Über politische Notwendigkeit und Möglichkeit wird dort gesagt: "Die politischen Ereignisse der letzten Zeit lassen leider die Befürchtung berechtigt erscheinen, daß Deutschland sehr leicht ein Opfer einer sozialen Revolution werden kann, wenn weiterhin 6 Mill. Arbeitslose, die nichts zu verlieren haben, auf den Straßen liegen." Der genaue Text befindet sich im Anhang, desgl. auch der Text des Briefes an v.Papen vom August 1932 (Anhang 4). Der unter 5) im Anhang abgedruckte Text war, aufbauend auf der Arbeit "Kreditschöpfung", ursprünglich Anfang August 1932 von Dr. Grotkopp und Dr. Dräger gemeinsam aufgesetzt worden zu dem Zweck, um evtl. als Grundlage zu dienen für den Brief der Studiengesellschaft an den Reichskanzler v.Papen. Aber der Text stieß dann in der zu diesem Zweck einberufenen Sitzung wegen einiger Punkte auf Widerspruch. So beanstandete z.B. Prof. Sombart die Autobahnen volkswirtschaftlich gesehen als Luxus. Daher unterblieb die Absendung des Textes. Er wurde kurz darauf für einen Beitrag für ein Sonderheft der Zeitschrift "Wirtschafts-Wende" benutzt. Für v.Papen wurde ein anderer Brieftext entworfen wie unter 4) im Anhang wiedergegeben, der immer noch in wesentlichen Punkten mit dem zu 5) übereinstimmt. Er wurde kurz nach dem 10. August von einem der Unterzeichneten des Briefes an Herrn v.Papen persönlich überreicht.

Es wäre gut, wenn hier jetzt folgen könnte:
Herr v.Schwerin-Krosigk resp. Herr v.Papen bestätigte jetzt 1953 in einem Brief - oder mündlich -, daß er diesen Brief einem Sachbearbeiter für das damals in Arbeit befindliche "Papen-Programm" zugeleitet hat. Dieses habe später auch tatsächlich 700 Mill. RM für sofort vorzunehmende und durch Kreditschöpfung seitens der Reichsbank zu finanzierende öffentliche Großarbeiten enthalten. Ihre Aufnahme in sein Programm sei übrigens nach seinen Mitteilungen auch außerdem sicher sehr stark mit zurückzuführen gewesen auf den Einfluß des Herrn Gereke, der etwa um die gleiche Zeit mit einem ähnlichen Arbeitsbeschaffungsprogramm hervortrat, dem sogenannten "Landgemeinde-Programm" (Gereke-Plan), und der infolge seiner guten Beziehungen zum Hause Hindenburg innerhalb des Kabinetts v.Papen gewisse Einflußmöglichkeiten hatte. (Hier je nach Eingang der Antworten von Schwerin-Krosigk und v.Papen usw. evtl. noch andere Ausführungen).

Außerdem kam es Ende 1932 noch zu einer "Gemeinschaftsarbeit" ähnlichen Inhalts, die nochmals versuchte, das ganze bis dahin von der Studiengesellschaft zur Frage "Kreditschöpfung" Erarbeitete für die praktische Durchführung von Arbeitsbeschaffung für 1 bis 2 Mill.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Menschen in direkter Arbeit zusammengefasst zu bringen. Auch Dr. Wildermuth, damals Direktor der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.G., der vor der Studiengesellschaft im ehemaligen preußischen Herrenhaus einen Vortrag gehalten hatte über "Arbeitsbeschaffungsprobleme" (am 29.4.1932), hat diese Arbeit unterstützt. Sie entstand im Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, wurde in mehreren Hundert Exemplaren gedruckt und an die infrage kommenden Amtsstellen versandt.
Diese Denkschrift "Gemeinschaftsarbeit" wurde ursprünglich der Regierung v.Schleicher unterbreitet, ist dann in etwas abgeänderter Form nach dem 30.1.1933 bei einzelnen Dienststellen, die sich mit der Vorbereitung der Arbeitsbeschaffung oder dergleichen befassten, neben anderem zahlreichen Material ähnlicher Art benutzt worden. So haben sich vielleicht einzelne Anregungen, die aus der Arbeit "Kreditschöpfung" wieder hervorgingen, auch in ihr noch bis in die Zeit der in großem Maßstabe verwirklichten Wirtschaftsankurbelung durch Kreditschöpfung und Großarbeiten hineingewirkt.

Ab Frühjahr 1933 ist dann manches, wenn auch oft nur in Bruchstücken, entsprechend diesen Ideen verwirklicht worden, wovon vieles schon unter v.Papen und v.Schleicher in den Grundprinzipien, wenn auch nur in bescheidenem Umfange, vorbereitet wurde. Übrigens hat ihnen dabei Dr. Luther, der inzwischen nach Aufhebung der Reparationslasten seine Ansichten erheblich revidiert hatte, noch bis Ende 1932 mehr Geld aus Mitteln einer autonomen Geldschöpfung der Reichsbank für Arbeitsbeschaffung durch staatliche Großarbeiten angeboten (700 Mill. RM gemäß v.Papen-Programm vom Sept. 1932), als von ihnen für diese Zwecke tatsächlich angefordert wurden (nur einige 100 Millionen RM). In einer Ansprache Ende November 1932 vor der 60. Mitgliederversammlung des "Langnam-Vereins" teilte Dr. Luther mit, die 700 Mill. RM, die er für diese Zwecke geben wolle, seien bis dahin nicht angefordert worden.
Dr. Luther bestätigte in einer Unterredung in Lübeck ebenfalls, er habe im Herbst 1932 zwar reichlich Gelder seitens der Reichsbank für öffentliche Großarbeiten des Papen-Programms angeboten, aber es sei davon fast gar kein Gebrauch für Ausführung solcher Arbeiten gemacht worden. Die Ursache hierfür mag in den parteipolitischen Schwierigkeiten gelegen haben, in die damals die Regierung v.Papen hineingeriet. Ebenso konnte auch die übrige, im Papen-Programm geplante Kreditschöpfung infolge einer wenig wirksamen Form der Anwendung (System der Steuergutscheine) nicht mehr oder wenigstens nicht mehr deutlich erkennbar zu einer wirtschaftsbelebenden Auswirkung kommen.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Daß damals unter v.Papen schon die ersten Versuche und Ansätze gemacht wurden, im Umfang von 700 Mill. RM ein Programm von durch Kreditschöpfung finanzierten öffentlichen Großarbeiten zu verwirklichen, ist jedenfalls festzustellen und dürfte für eine zukünftige Wirtschaftsgeschichtsforschung von Interesse sein. Wenn auch die Sache noch nicht zum Tragen kam, so sind doch bestimmte gesetzgeberische und finanztechnische Unterlagen dafür damals schon geschaffen worden. Die Regierung v.Schleicher machte dann einen noch ernster gemeinten und erfolgversprechenden Anlauf in Richtung auf das hier behandelte Arbeitsbeschaffungsprogramm, aber es blieb beim Anlauf. Jedoch dürfen die psychologischen und sonstigen Nachwirkungen dieser Bestrebungen sowohl der Regierung v.Papen als auch v.Schleicher nicht über-, aber auch nicht unterschätzt werden als vorbereitende Arbeit für das, was dann nachher ab Ende Januar 1933 in großem Umfange in Deutschland auf dem Gebiet "Zivile Arbeitsbeschaffung durch staatliche Großarbeiten, finanziert unter Mitwirkung von Kreditschöpfung seitens der Reichsbank" geschehen ist.

Soweit von hier aus sich feststellen läßt, liegen anscheinend die Kabinette v.Papen und v.Schleicher mit ihren erwähnten vorbereitenden gesetzgeberischen und organisatorischen Maßnahmen auf dem behandelten Gebiet zeitlich eindeutig fast 12 Monate (Papen-Programm Anfang Sept. 1932) vor den dem Umfang nach viel größeren, aber wirtschaftsgeschichtlich gesehen im Prinzip gleichartigen und wie diese einen nach der bisherigen volkswirtschaftlichen Lehrmeinung ungewöhnlichen Weg der Krisenbekämpfung darstellenden gesetzgeberischen und finanztechnischen Maßnahmen staatlicher Großarbeiten, durchgeführt von der Public Works Administration, in USA. Mit Recht sind die Public Works berühmt geworden als einer der bisher größten bekannt gewordenen, gut gelungenen Versuche, eine anscheinend unbezähmbare, schwere wirtschaftliche Depression durch staatliche Hilfsmaßnahmen zu bekämpfen (siehe dazu Anhang 9), auch der Bau der Tennessee-Talsperre fällt darunter.

1934 wurden vom Verfasser in einer dritten Auflage der Schrift von Juni 1932 in einem Nachtrag einige warnende Worte dazu gesagt, daß Kreditschöpfung für Arbeitsbeschaffungszwecke ein Heilmittel sei, das gar nicht vorsichtig genug angewendet werden könne. Es sei jetzt des Guten wohl genug getan. Wörtlich heißt es dort:

"Weiterhin ist aber zu berücksichtigen, daß die Arbeitsbeschaffung keineswegs im Wege zusätzlicher Finanzierung ad infinitum zu erfolgen braucht, sondern im Gegenteil wird durch fortlaufend gegebene Kredite unter Voraussetzung einer fortwährenden Zirkulation dieses Geldes

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

eine solche Fülle von wirtschaftsbelebenden Momenten geschaffen, daß bereits nach Ablauf relativ kurzer Zeit mit einem starken Rückstrom der über den Weg der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung in die Wirtschaft gepumpten Mittel zu rechnen sein wird.

Bekanntlich werden die Mittel im Wege der Vorfinanzierung auf Wechselbasis beschafft, die Reichsbank hat bei dieser Art der Kreditschöpfung die Möglichkeit, an der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung mitzuwirken. Die Wechsel werden von der Reichsbank diskontiert. Wechselaussteller sind die an den Bauten beteiligten Unternehmer und Lieferanten. Für einen Zeitraum von 3 Monaten sind die einzelnen Wechsel völlig kosten- und spesenfrei. Freilich werden sie jeweils prolongiert und bei Fälligkeit vom Reich eingelöst.

Die Wechselfinanzierung erstrecht sich auf einen Zeitraum bis zu fünf Jahren. Die Träger der Arbeiten erhalten die Mittel regelmäßig langfristig, entsprechend der Lebensdauer der damit finanzierten Arbeiten.

Es kann nicht oft genug betont werden, daß der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung auf dem Wege der Kreditschöpfung unter Umständen recht enge Grenzen gezogen sein können; je eher man jetzt, nachdem der beabsichtigte Ankurbelungserfolg erreicht ist, von dieser Methode sich wieder freimachen kann, desto besser ist es.

Ausdrücklich sei nochmals betont, daß keineswegs für eine jahraus jahrein hemmungslos und unkontrolliert für Zwecke der Arbeitsbeschaffung durchgeführte Kreditschöpfung eingetreten wurde.
Im Gegenteil, nachdem nunmehr das Ziel erreicht worden ist, resp. nachdem man sich dem Ziel n hert, die übertriebene Schrumpfung des Kreditvolumens, wie sie in den Ereignissen der Julikrise 1932 ihren sichtbarsten Ausdruck fand, zu beseitigen, wächst jetzt als nächstes Ziel in der Ferne die Aufgabe heran, eine Übersteigerung der Ausweitung des Kreditvolumens zu vermeiden.

Wenn sich der durch die procuktive Kreditschöpfung eingeleitete verstärkte Kreislauf des Geldes nach einem gewissen Zeitraum dahingehend geschlossen hat, daß den Finanzierungsinstitüten rücklaufende Mittel zur Verfügung stehen, und nach einer grundlegenden Erholung einer im freien Wettbewerb sich entfaltenden Wirtschaft kann und muß daran gedacht werden, die Mittel zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu beschaffen, auch ohne dabei seitens der öffentlichen Hand eine ständige Erweiterung des Kreditvolumens vorzunehmen." (Siehe dazu Anhang 6 II).

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Bei einem Rückblick auf die damalige Zeit dürfte sich wohl von selbst die Frage ergeben, ob die Weimarer Republik erhalten geblieben wäre, wenn die Regierung Brüning den Weg der Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung gegangen wäre, also die Politik gewagt hätte, die in den Jahren 1933/36 zu so sichtbaren Erfolgen geführt hat. Die Regierung Brüning stand diesen Gedanken im Jahre 1933 keineswegs so ablehnend gegenüber, wie es ihre Maßnahmen aus dem Jahre 1931 vermuten lassen könnten. Sie hatte zwar eine Regierungskrise für notwendig gehalten, aber dann doch erklärt, daß diese Deflationspolitik mit der vierten Notverordnung im Dezember 1931 abgeschlossen sei. Auf das Strassersche Arbeitsbeschaffungsprogramm hatte Brüning am 10.5.1932 wie folgt geantwortet: "Ich habe die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Strasser außerordentlich interessiert angehört, weil sie sich zu einem ganz großen Teil auch decken mit den Maßnahmen, die die Reichsregierung in Vorbereitung hat. Die Geister scheiden sich allerdings in der Finanzierungsfrage. Ich für meine Person werde es unter allen Umständen ablehnen, und zwar aus innen- und außenpolitischen Gründen, irgendetwas zu tun, was vorübergehend eine kleine Erleichterung bringen und populär machen könnte, aber die Währung in schwerste Gefahr bringen würde." Ein Umbruch kündete sich damals an. Wir glaubten, endlich Erfolge zu sehen, und da wurde Brüning gestürzt. Seine Worte: Hundert Meter vor dem Ziel - glaubten wir auch auf unsere Bemühungen beziehen zu können. Um hier vielleicht vorschnellen Urteilen entgegenzuwirken und einen Beitrag zur geschichtlichen Klärung bringen zu können, habe ich den ehemaligen Reichskanzler Brüning gebeten, die Fragen zu beantworten: "Wären Sie bereit gewesen, eine Politik der Wirtschaftsankurbelung durch Arbeitsbeschaffung und produktive Kreditschöpfung zu führen, falls Ihre Regierung länger am Ruder geblieben wäre? Warum waren Sie vorher dazu noch nicht bereit, gab es vielleicht Momente, die das Beschreiten dieses Weges noch nicht zuließen?"

(Es ist vielleicht damit zu rechnen, daß von Professor Brüning keine Auskünfte zu bekommen sind. Infolgedessen würde hier Verschiedenes fortfallen).

Schlußfolgerungen für die Gegenwart

Über die weitere Entwicklung nach 1934 lässt sich vielleicht dasselbe sagen, was ich von Schumpeter etwa 1931 oder 1932 einmal las über die Volkswirtschaftsprofessoren als heilkundige Ärzte für die kranke Wirtschaft:
Da stand etwa: "Was nützt es denn, wenn der Arzt die richtige Medizin

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

verschreibt, und der Patient befindet sich nach deren Gebrauch in Besserung und wird dann von einem politischen Auto überfahren - und es fahren doch heute so viele politische Autos in der Welt herum".

Wir Anhänger der produktiven Kreditschöpfung glaubten, eine wirksame Medizin zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wieder oder neu entdeckt zu haben. Aber wir machten uns nie Illusionen über die Möglichkeit und die Grenzen. Nie sind wir der Auffassung gewesen, daß man unentwegt diese Medizin in übergroßen Dosen der Volkswirtschaft zumuten könne. Aber leider wurde dann nach etwa 1936, als es dem Patienten schon wieder so ausgezeichnet ging, des Guten zuviel getan. Das anbrausende politische Auto trug gewissermaßen die Aufschrift Aufrüstung um jeden Preis.

Wenn wir den Nutzen der von uns empfohlenen und dann leider weder von Brüning noch v.Papen und v.Schleicher sondern erst von Hitler in ausreichenden Dosen verabreichten Medizin beurteilen wollen, dann dürfen wir nicht außer Acht lassen, daß die Wirtschaft 1929 nicht in eine typisch konjunkturelle Krise gekommen war, sondern in eine strukturelle, wie in den 40er oder 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts, in eine große Krise, die außerordentliche Maßnahmen notwendig machte. Diese Krise war vorwiegend politisch bedingt, eine Folge der Pariser Vorortsverträge und der Reparationen. Für die Irrtümer von damals haben wir und die Westmächte einschl. USA bitter bezahlen müssen. Die Unkosten des zweiten Weltkrieges, die man kaum noch in Billionen-Ziffern angeben kann, wie die der großen Krise, hätten uns ebenso gut erspart werden können, wenn diese politischen Irrtümer rechtzeitig erkannt und ein Schlußstrich gezogen worden wäre. Hätte man nur damals Brüning gewährt, was Hitler später nahm.

Das sind Vorgange, aus denen heute seitens unserer künftigen Vertragspartner im Westen wahrscheinlich im Laufe der nächsten Jahre wertvolle Schlußfolgerungen gezogen werden können - wertvoll nicht etwa nur für uns, sondern vor allem auch für die genannten westlichen Vertragspartner, ganz besonders für die Vereinigten Staaten. Es sind doch diese bisher noch immer gewesen, welche letzten Endes den größten Schaden gehabt haben, der sich aus einer zu ungünstigen Behandlung Deutschlands in der Zeit nach dem ersten Weltkrieg bis zu Brüning hin ergeben hat.
Heute ist es USA sehr ernst gewesen, die Solidität des europäischen und auch des deutschen Wirtschaftskörpers wieder zu festigen und die Wunden, die der Krieg geschlagen hat, wieder zu heilen. Eine

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

staatsmännische Tat war der Marshall-Plan. Natürlich ist damit Deutschland noch nicht aus den Sorgen heraus. Der Marshall-Plan ist ein verheißungsvolles Zeichen dafür, daß der Westen Entscheidendes aus den Fehlern der Jahre 198 bis 1932 gelernt hat, die zu den furchtbaren Geschehnissen führten, die dann über die Welt hereinbrachen. Europa und die Welt sind aber noch nicht aus den Sorgen heraus. Es verbleibt die Erkenntnis, daß man immer volkswirtschaftlich richtig kalkulieren muß. Heute stehen wir wieder vor Größenordnungen der finanziellen Belastungen, die die volkswirtschaftliche Bilanz Deutschlands sprengen könnten. Die volkswirtschaftliche Bilanz kommt aber immer wieder zum Ausgleich, allerdings auf dem Wege der Katastrophe, wenn man nicht rechtzeitig für entsprechende Entlastung sorgt.

Warnung vor der Überbewertung sogenannter Vollbeschäftigungstheorien:

Vor allem ist vor einem Mißverständnis zu warnen. Der Kreis der Studiengesellschaft und der Verfasser der Broschüre über"Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung" waren keinesfalls der Ansicht, Kreditschöpfung und staatliche Großarbeiten sei in jeder Situation einer Volkswirtschaft ein Allheilmittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Notstände. Kreditschöpfung ist keine Medizin, die einer an Arbeitslosigkeit erkrankten Volkswirtschaft solange einzuflößen ist, bis nach diesem 1933-36 in Deutschland und USA "erprobten" Rezept die bekannte politische "Forderung Nr. 1" Vollbeschäftigung erreicht ist. Auch manche Anhänger der Lehren von Keynes sind in ihren Ausführungen über die Möglichkeiten, unter allen Umständen stets Vollbeschäftigung in jeder Volkswirtschaft erreichen zu können, zuweilen wohl zu optimistisch. Der weitere Ausbau einer sogenannten Beschäftigungstheorie hat vielleicht in manchen Fällen dazu geführt, die unter Umständen auch aus demagogischen Gründen gestellte Forderung aufzustellen, es müßte jeder Regierung, die etwas kann, möglich sein, in jedem Staatswesen, ganz gleich unter welchen wirtschaftlichen Verhältnissen und Schwierigkeiten, immer eine Vollbeschäftigung aller arbeitswilligen Staatsbürger durch Wirtschafts- und Regierungsmaßnahmen zu bewirken.

So einfach liegen die Dinge nicht. Nur ein drastisches Beispiel: Wenn jetzt noch in das überfüllte Westdeutschland die Bevölkerung Australiens (ca. 8 Millionen) ohne wesentliches Gepäck dazu gereist kommt, um hier angesiedelt zu werden, dann hilft keine Geldschöpfung und keine Planung von staatlichen Großarbeiten, um dann noch Voll-

2 F - auch wenn nur in einer Anzahl von 400 000 monatlich, davon 80% Angehörige freier Berufe, Angestellte und Beamte -

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

beschäftigung zu erreichen, wo wir uns jetzt schon, auch ohne solchen 8-Millionen-Zuwachs, in Westdeutschland in Gedanken auf ca. 1 Mill. Dauerarbeitslose einrichten. Nur in seltenen Fällen kann die staatliche Kreditschöpfung angewandt werden. Der Erfolg ist an eine Reihe von Voraussetzungen geknüpft; wenn sie nicht vorliegen, sollte man diese Maßnahmen nicht anwenden.

Vielleicht wirkte 1933 dieses Verfahren nur deshalb so prompt, weil eine sehr wesentliche Voraussetzung vorlag; ein neuer Konjunkturaufstieg war in der gesamten Wirtschaft nach jahrelanger Depression Anfang 1933 schon im Werden. Brünings Lohn- und Preissenkungsaktion war eine hervorragende Vorbereitung zur Grundlagenschaffung für neuen Aufstieg (ohne aber die Wirkung einer Initialzündung haben zu können). Das hat sicher sehr viel mit zu den Erfolgen der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ab 30.1.1933 beigetragen, nicht immer sind so günstige Voraussetzungen gegeben.

> Eine auch heute und für die Zukunft akute Frage: Ist Kreditschöpfung oder Krediterweiterung immer ein gutes Heilmittel gegen Arbeitslosigkeit?

Antwort:
Nicht immer kann gesagt werden, daß die Vorteile des Verfahrens die zahlreichen Nachteile so sehr überwiegen, daß man bei der gegebenen Situation (z.B. größere Arbeitslosigkeit) zur Kreditausweitung in der Volkswirtschaft die Zustimmung geben kann.

Die Gefahren, die in dieser Methode (staatliche Kreditschöpfung für volkswirtschaftliche Großarbeiten) liegen, können ganz generell wie folgt definiert werden: Sie gibt dem "Staat" ein zu großes Übergewicht über das, was man unter dem Begriff "freie Wirtschaft" versteht und verstand. Sie kann unter gewissen Umständen ein Weg zur vollständigen Kollektivwirtschaft sein, die die freie Marktwirtschaft völlig vernichten und damit zur Unfreiheit aller Staatsbürger führen würde.

Wenn der Staat nicht schon vorher ein alles mit seinen Machtansprüchen verschlingender, jedes individuelle Eigenleben erstickender Moloch ist, so macht sie, dh. die staatliche Geld- und Kreditschöpfung ihn gerade erst dazu, resp. leistet ihm unentbehrliche Beihilfe.

Es ist kein Zufall, daß die Russen unter Lenin (nachher Fortsetzung unter Stalin mit Fünfjahresplan) die ersten in der Welt waren, die völlige Lossagung vom Golde und die Durchführung riesiger staatlicher

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Großarbeiten, finanziert durch staatliche Geld- und Kreditschöpfung, in ganz großem Stil durchgeführt haben. Dr. Herpel machte mich im Winter 1931/32 anlässlich der Übergabe des ersten Entwurfsmanuskriptes zur Schrift "Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung" an ihn mit großem Ernst auf diese Tatsache aufmerksam, daß die Pläne einen sehr stark östlichen Charakter hätten. Im Laufe des Gespräches mit ihm stellten der Verfasser dieser Schrift und Dr. Herpel gemeinsam fest: Die Gefahr bei diesen Plänen ist sehr groß, auf diese Art und Weise zu sehr in rein staatliche Plan- und Zwangswirtschaft hineinzugeraten und dadurch die Vorteile zu verlieren, die eine freie Marktwirtschaft bietet. Und wenn die Not der Krisis zur Durchführung derartiger Pläne jetzt zwingt, muß zugleich auch großes Gewicht darauf gelegt werden, diese Gefahren zu vermeiden".
Soweit damals die gemeinsamen Ausführungen und Erwägungen Dr. Herpels und des Verfassers.
Man sollte sich immer vor Augen halten, daß die eifrigen Verfechter und Neuaufsteller dieser Pläne aus dem Jahre 1932 damit nur haben verhindern wollen, daß infolge der Not der Erwerbslosen eine Umordnung der herrschenden Wirtschaftsordnung durch eine Art soziale Revolution eintreten würde, die den einzelnen Menschen am Ende nur noch ein Termitendasein führen lässt. F Die Verfechter dieser Pläne

F ~~Sie~~ haben damals wohl die Gefahren gesehen, welche bei falscher Anwendung des Mittels der Kreditschöpfung schließlich die Wege ebenen könnte in Richtung auf eine Art Termitenstaatähnliches Staatswesen und eine dementsprechende Wirtschaftsordnung. Aber sie haben in Wirklichkeit durch ihre Vorschläge nur einer derartigen Entwicklung vorbeugen wollen und sie nicht fördern wollen.
Immer wenn im Winter 1931/32 diese Probleme (Kreditschöpfung großen Stils für Arbeitsbeschaffungszwecke) im Kreise der Gründer der Studiengesellschaft (Dr.Dalberg, Dr.Grotkopp, Dr.Dräger) erörtert wurden, fielen von Seiten des Dr.Dalberg die Worte: "Das Hauptargument der Gegner solcher Maßnahmen ist: 'Wir sehen wohl den Anfang dessen, was dann kommt, nämlich zunächst eine gewisse Minderung der Erwerbslosenzahlen, aber wir sehen nicht das Ende. Darum müssen wir es ablehnen!'"
Heute kann man nachträglich, ohne ihn zu teilen, auch für diesen Standpunkt der Gegner planmässiger Kredit- resp. Geldschöpfung, zu denen damals nicht nur Herr Dr. Brüning und Herr Dr. Luther sowie fast sämtliche Volkswirtschaftsprofessoren und die großen wirtschaftlichen Verbände, sondern im Interesse der Notwendigkeit der Erhaltung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

seines Ansehens als Bankfachmann - siehe sein Buch "Grundsätze deutscher Wirtschaftspolitik" - auch Herr Dr. Schacht gehörte, Verständnis haben. Denn wozu hat schließlich in der Hand einer milde gesagt "unvorsichtigen" deutschen Staatsführung diese Methode als helfendes Werkzeug gedient? Wie hat sich seitdem die Welt unter Mitwirkung dieser Methode verändert? Dinge, wie die große deutsche Aufrüstung und die darauf sich aufbauende entsprechende Außenpolitik, die dadurch wieder ins Leben gerufene und mit den gleichen Kreditschöpfungsmethoden finanzierte große USA-Rüstung, einschließlich Schaffung der nur durch gewaltigen staatlichen Kostenaufwand ermöglichten Atomwaffe, wären vielleicht ohne Mitwirkung dieser Planungs- und Finanzierungsmethoden, die im krassen Gegensatz stehen zu den Lehren der klassischen National-Ökonomie, gar nicht möglich gewesen, weil weder durch Anleihen noch durch Steuern die dafür erforderlichen, nach früheren Begriffen überdimensioniert großen Geldbeträge zusammengekommen wären. Recht haben die Gegner dieser Methode also insofern bekommen, wenn sie sagten: "Das ist ein gefährlicher Weg". Auch in der Schrift "Kreditschöpfung" werden am Schluß von Kapitel VI die Maßnahmen einer Arbeitsbeschaffung durch Krediterweiterung als gefährlich bezeichnet, weshalb sie nur nach sorgfältiger Überlegung und in sachgemäßer Weise angewendet werden dürften (siehe dort im Text die fettgedruckten Zeilen). Selbst gute Mittel können, falsch angewandt, schädlich wirken. In einer Hinsicht haben aber die damals an der Macht befindlichen Gegner doch wohl durch den Gang der Entwicklung Unrecht bekommen bezüglich ihrer damaligen ablehnenden Haltung, vom Mittel der Kreditschöpfung für Arbeitsbeschaffung für staatliche Großarbeiten irgendwie Gebrauch zu machen (siehe hierzu die Rede Dr. Luthers vor dem Verein Berliner Kaufleute und Industrieller am 8. März 1932), nämlich in folgender Hinsicht:

"Wenn nur damals um die Wende 1931/32 so gemäßigte und besonnene Männer wie Brüning und Dr. Luther von diesem Mittel Gebrauch gemacht hätten, etwa wie vorgeschlagen in den Texten von 1932 Anhang 1), 2), 4), 5) und 6), dann würde die Wirtschaftsbelebung durch direkte Arbeitsbeschaffung und Kreditschöpfung schon unter Brüning und Dr. Luther 1932 eingetreten sein, und dann hätte Brüning den großen durchschlagenden Erfolg in der Bekämpfung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit gehabt und nicht Hitler. Erfolgszahlen, wie sie aus Anhang 8 I und II ersichtlich sind, hätte dann Brüning vor dem deutschen Volke für sich verbuchen können. Wenn ein so vorsichtiger und besonnener Charakter die Sache in die Hand genommen hätte, so wäre er zweifellos nicht den Versuchungen erlegen, die dieses Mittel für die

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Staatsführung in sich trägt. Eine Regierung Brüning hätte die Sache sicher nicht zu weit übertrieben und wäre nicht in den Kurs der so weit übersteigerten Rüstung hineingeraten, sondern es wären sicher gute Resultate erzielt worden ohne ein solches dramatisches Nachspiel in kosmischem Maßstabe, wie es sich nachher tatsächlich ergeben hat.

Besonders die Unterredungen mit dem früheren Reichskanzler Brüning jetzt im Jahre 1953 haben diese Vermutung nochmals verstärkt, denn es lag tatsächlich in dessen Gesamtkonzeption, nach Erreichung einer vernünftigen Regelung für die Reparationsfrage, die im Interesse der Sicherheit der westlichen Welt das einzig Gegebene war und 1932 in Kürze bevorstand, sofort auch selbst die Wege einer aktiven Konjunkturpolitik zu beschreiten. Siehe dazu die Stellungnahme Brünings im Reichstage vom 11. 5. 1932 zu den ihm von Strasser am 10.5.1932 vorgetragenen Arbeitsbeschaffungsvorhaben, die in Bezug auf Art und Umfang der vorgeschlagenen Großarbeiten erhebliche Ähnlichkeit hatten mit denen der Schrift "Kreditschöpfung" (Siehe Seite 6 und Seite 11). Weniger eine grundsätzlich negative Einstellung Brünings zur Frage der aktiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, als vielmehr die Verspätung um mindestens ein Jahr in der Frage der radikalen Herabsetzung der Reparationszahlungen des I. Weltkrieges, war demnach die Ursache der für die ganze westliche Welt unheilvollen innerpolitischen Entwicklung in Deutschland nach 1932.

Den Herren Dr. Brüning, Dr. Luther, v.Pa en, v.Schwerin-Krosigk und meinen Mitarbeitern in der "Studiengesellschaft" Dr. Dalberg, Dr.Grotkopp und Dr. Grawell und vor allem Herrn Präsident Wagemann möchte ich meinen Dank dafür aussprechen, daß sie mich durch ihre hier erwähnten, mündlich oder brieflich gemachten Mitteilungen und späteres nochmaliges Durchlesen bei der Abfassung dieser einleitenden Vorbemerkungen unterstützten.

Lübeck, den 2. 3. 1953

Heinr. Dräger

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

25/A-36/82 - 45

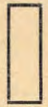
Graphische Darstellung über:

25 JAHRE THEORIE UND PRAXIS VON KONJUNKTURBELEBENDEN MASSNAHMEN*)

unter Zuhilfenahme monetärer Maßnahmen (Kreditschöpfung) durch staatliche Großarbeiten für rein zivile Zwecke in den Jahren 1926 bis 1951 in Deutschland und U. S. A.
(Bezüglich „Theorie" sind auch Arbeiten von Keynes mit berücksichtigt.)

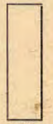
Theorie von 1926 bis Sommer 1932

Umfang der auszuführenden staatlichen Großarbeiten jährlich!



RM
5 Mrd.

Robert Friedländer-Prechtl 1926.
(Buch Chronische Arbeitskrise, ihre Ursache, ihre Bekämpfung.) Siehe vorn den vollständigen Neuabdruck dieser Schrift, Seite 22-24 das fett Gedruckte. Gesamtumfang des Programms umrissen mit einem Arbeitswert von Dutzenden von Milliarden, die aber wiederum auf viele Jahre zu verteilen sind. Darum für 1 Jahr eingesetzt 5 Mrd.



RM
6 Mrd.

Robert Friedländer-Prechtl Mai 1931.
(aus Buch Wirtschaftswende.)

RM
1 Mrd.

Arbeitsbeschaffungsprogramm für Städte-Neubau.
(Sanierung von Altstadtvierteln bei gleichzeitiger Auflockerung des gesamten Stadtbildes usw.)
Sondergutachten der Minderheit der Mc.-Millan-Kommission unter Mitarbeit u. a. von Keynes, Bevin und Mc. Kenna Juni 1931?
(siehe im sogenannten Mc.-Millan-Bericht Seite 206 ff.)
Eine Mrd. als eigene Schätzung eingesetzt.

RM
1 Mrd.

Dalberg Dez. 1931.
(nach Dalberg Ein Programm der Devalvation Dez. 1931.)
(Unterlagen dazu siehe die Veröffentlichung von Dr. Grotkopp „Die große Krise" im Anhang.)

RM
1,5 Mrd.

Woytinski, Tarnow, Baade.
WTB-Programm vom Jan. 1932 der Gewerkschaften (Leipart)
siehe auch Kongress der Gewerkschaften vom April 1932 (Leipart).

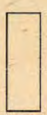
RM
5 Mrd.

Strasser-Programm vom 22. 10. 32.
(Direkte Arbeitsbeschaffung. Siehe auch Reichstagsrede Strassers vom 10. 5. 1932.)

RM
~~1~~ 1/2 etwa
~~1~~ Mrd. bis zu 1,5 Mrd.
Arbeitsbeschaffungs-Programm öffentlicher Arbeiten, Straßenbau und Ostsiedlung.
Vorbereitet April/Mai 1932 durch Regierung Dr. Brüning. Mitarbeiter aus den Ministerien u.a. Ministerialdirektor Weigert und der Nationalökonom Lautenbach sowie der Präsident der Reichsanstalt für Abeitslosenfürsorge, Dr. Syrup.
(Die Vorschläge von Robert Friedländer-Prechtl zur Bekämpfung der Arbeitskrise waren Brüning bekannt.)

Autobahnbau

RM
1,5 Mrd.
für
1932



RM
bis zu maximal 5 Mrd.
für
1933

Das Arbeitsbeschaffungsprogamm der gesteigerten Bedarfsdeckung in „Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung" Juni und August 1932.

RM
2 Mrd.

Vorschläge im Brief der Studiengesellschaft für Geld- und Kreditwirtschaft an v. Papen vom Aug. 1932. Veröffentlicht in Arbeitsbeschaffung, eine Gemeinschafts-Arbeit Febr. 1933.

Praxis in Deutschland etwa ab Sommer 1932 jährlich:

Bis Ende Januar 1933 durch Gesetzgebung des Reiches bereitgestellt RM 1,4 Mrd. für öffentliche Arbeiten der Arbeitsbeschaffung jährlich:
(siehe umstehend Tabelle 2 aus Kreditschöpfung. Ausgabe 1934, Seite 75)

RM
0,74 Mrd.

Regierung von Papen beschließt Ende Aug. 1932 neben den Steuergutscheinen von 1,5 Mrd. und Beschäftigungsprämien von 0,7 Mrd. ein Arbeitsbeschaffungsprogramm von 740 Millionen für öffentliche Arbeiten.
Davon konnte 1932 nur ein kleiner Teil noch für staatliche Großarbeiten verwandt werden. Der verbleibende Rest wurde im Jahre 1933 dafür verbraucht. Gesetzgebung Sept. 32 über 740 Millionen Programm öffentliche Arbeiten, hervorgegangen zum großen Teil aus dem von der Regierung Brüning im April/Mai 1932 vorbereiteten Arbeitsbeschaffungsprogramm.

RM
1 Mrd. (u. mehr)

Gereke-Plan der Regierung Schleicher der für 1933 sicher noch erheblich erhöht worden wäre. Gesetzgebung Dez. 32 / Jan. 33 (siehe anl. Tabelle 2).

RM
1,5 Mrd. (u. mehr)

Zivile Arbeitsbeschaffung der Deutschen Reichsregierung 1933/34. Gesetzgebung 1. Juni 1933 Reinhard-Programm 1 Mrd. 27. Juni 1933 Autobahngesetz ca. 500 Mill. Sonstiges 1 bis 1,5 Mrd. (siehe anl. Tabelle 3).
1934/35 usw. nennenswert höhere Zahlen des Umfanges der öffentlichen Arbeiten in RM als wie 1,5 Mrd. jährlich.

Deutschland
15. 2. 1932 bis 20. 9. 1933 Sinken der Arbeitslosen um 2,2 Millionen über Preisbewegungen siehe umseitige Tabellen.

*) Diese graphische Darstellung und die nachfolgenden Tabellen sind entnommen der für 1954 geplanten Veröffentlichung: „Dokumente und Material über Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung." Dort siehe auch weitere Unterlagen zu dieser Tabelle.

Praxis in USA. etwa ab Sommer 1933 jährlich:

Theorie 1936

RM
11,4 Mrd.

$
2,7 Mrd.

Public Works ab ca. Aug. 1933 1934/35 in U. S. A. Gesetzgebung April 1933.

Keynes Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes (erschien 1936).

Praxis im gesamten Gebiet der Marshallplan-Länder 1947 bis 1952 jährlich:

$
3 Mrd.

DM
12,6 Mrd.

Marshall-Plan am 5. 6. 1947 vor der Havard-Universität vom damaligen USA Außenminister Marshall entwickelt, wurde bis 30. 6. 1952 in Höhe von 13,37 Mrd. $ durchgeführt. Davon erhielt die Bundesrepublik in 4½ Jahren DM 5,8 Mrd., wovon DM 3,2 Mrd. für Investitionen verwendet wurden.
Zum Vergleich:
Nach einer Radiorede des Amerikaners Stettson erhielt Österreich seit Beginn des Marshallplanes 960 Mill. $ = 4 Mrd. DM Subsidien.
Es ist anzunehmen, daß auch beim Marshallplan Finanzierung durch Kreditschöpfung eine Rolle spielte, siehe Preise und Löhne in umstehenden Tabellen.
Der unterstrichene durchschnittliche jährliche Anteil Deutschlands an den Wiederaufbaugeldern des Marshall-Planes ist schraffiert dargestellt.
Marshall erhielt 1953 den Friedens-Nobelpreis.

U. S. A.

Staatsschulden in U. S. A. 1933 **22,5 Mrd. $.**
1933 bis 1938 Zunahme der Verschuldung (auch aus anderen Gründen) 15,1 Mrd. $ = RM 63 Mrd.
1935 bis 1937 öffentliche Arbeiten für Arbeitsbeschaffung 10,8 Mrd. $ = RM 45 Mrd.
1933 bis 1938 im ganzen dadurch beschäftigte Personen ständig 2-4 Millionen.
1933 bis 1938 Steigen der Preise um ca. 10 %
(siehe Tabellen III bis V Kreditschöpfung für Arbeitsbeschaffung).

August 1953 Beschluß des Kongresses, soweit erforderlich, die Staatsschuld von ca. 270 Mrd. auf rund **290 Mrd.** $ insgesamt zu erhöhen. Dies entspräche einer Erhöhung der Staatsschulden von 1933—1953 bei voller Ausnutzung der 290 Mrd. $ um einen Nennbetrag von **1000 Mrd. DM.**

Annäherungs-Zahlen zwecks Hinweis, daß diese Maßnahmen der Kreditschöpfung in Form der Verschuldung der öffentlichen Hand auch ihre negativen Seiten haben.

Das heutige Bild in USA. wird verzerrt durch die hinzugekommene starke Verschuldung für reine Rüstungszwecke, die hauptsächlich nach 1938 einsetzte. Einen klareren Einblick auch in etwaige Nachteile des Verfahrens gibt die Zunahme der Verschuldung in USA. bis Ende 1938 sowie um-

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Hanshenning von Holtzendorff

Empelde bei Hannover, 25. 3. 1953
Stille Str. 4

Sehr geehrter Herr Dr. Dräger!

Für Ihren Brief vom 2. 3. danke ich Ihnen sehr. Er ruft die Erinnerung an eine besonders interessante Zeit ins Gedächtnis. Leider überstürzten sich die Ereignisse damals so,und ich selbst habe später durch Berufswechsel - ich wurde 1934 wieder aktiver Soldat und den Krieg -, Zusammenbruch und Neuanfang 1945 - Landarbeiter, jetzt Pressereferent im hiesigen Bauernverband - so viele wechselnde Eindrücke gehabt, daß man viele Einzelheiten nicht mehr so in Erinnerung behält.

Ihr Besuch mit Ott bei uns in Zehlendorf ist mir in Erinnerung, ebenso, daß Sie damals und später Pläne entwickelten, Ihren Betrieb zu einer Stiftung im Interesse der Gesamtheit über die Reichswehr zu machen. Auch daß über die Arbeitsbeschaffung gesprochen wurde, erinnere ich. Einzelheiten über den "Grauen Plan" sind mir leider nicht mehr gegenwärtig.

Zur Stellung Schleichers zur Arbeitsbeschaffung ~~über~~ durch Kreditausweitung kann ich Ihnen positiv nicht viel sagen. Die Frage der Arbeitsbeschaffung interessierte ihn natürlich stark, denn die sechs Millionen Arbeitslosen waren das Problem Nr. 1 dieser Zeit. Aus diesem Grunde berief er Dr. Syrup als Arbeitsminister, weil dieser als Leiter der Reichsanstalt der Arbeitslosenvermittlung und Arbeitsbeschaffung wohl der beste Mann zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war. Deshalb machte er Syrup auch gegen starke Widerstände schon vorher zum Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst und förderte diesen dadurch, daß er ihm Einsatzmöglichkeiten auf den Übungsplätzen und bei den Befestigungsarbeiten im Heilsberger Dreieck (Ostpreußen) gab. Ich erinnere aus dieser Zeit eine Unterhaltung mit Syrup, wobei dieser sagte, daß eine Aufrüstung - Schleicher rechnete mit einem 300 000-Mann-Heer unter Zustimmung der Entente - für die Ankurbelung der Wirtschaft und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine sehr wirksame Initialzündung geben könne, weil von der Bauwirtschaft über Textil- und Metall-Industrie fast die gesamte Wirtschaft Aufträge erhielte.

Auch für Warmbolds Pläne und die Steuer-Gutscheine und Gedanken zeigte er großes Interesse. Aus einer Unterhaltung mit dem damaligen Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung,Gereke, erinnere ich, daß die Wehrmacht auch mit erheblichen Summen an dem Ertrag der Steuer-Gutscheine zu Aufbauzwecken teilnahm.

Die Frage der Kreditschaffung hat damals die Gemüter sehr bewegt. Ich weiß, daß die offiziellen Finanz- und Bankstellen erbittert gegen solche Gedanken zu Feld zogen. Man darf nicht vergessen, daß die furchtbaren Eindrücke der Inflation erst acht Jahre zurücklagen und in aller Gedächtnis waren. Ich weiß daher nicht, ob Schleicher, der kein Wirtschaftler war, ein Währungsexperiment gegen den Rat von Leuten wie Luther und Schacht gemacht hätte, es sei denn in sehr vorsichtiger Form wie etwa eine verstärkte Steuer-Gutschein-Politik. Darüber wird Ihnen aber wahrscheinlich Graf Schwerin-Krosigk näheres sagen können, der damals die Etat-Abteilung im Finanzministerium hatte, unter Schleicher Minister wurde und bis 1945 blieb. Er lebt noch und hat auch ein recht interessantes Buch geschrieben. Ob Warmbold und Syrup noch am Leben sind, kann nich nicht sagen.

bitte wenden

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Soweit meine Kenntnisse, die Ihnen hoffentlich einen kleinen Anhalt geben können.

/ Das Sonderheft "Die Wirtschaftswende" mit dem Gereke-Plan schicke ich anliegend mit bestem Dank zurück. Ich habe hier Gereke noch längere Zeit in Hannover als Landwirtschaftsminister erlebt. Schade, daß dieser kluge und fähige Mann politisch diesen Irrweg gegangen ist - gegen den Rat aller seiner Freunde - und sich damit unmöglich gemacht hat.

/ Da Sie sich für den Fall Schleicher interessieren, füge ich Ihnen den Durchschlag einer Studie bei, die ich 1946 einmal im Lager über diese Zeit gemacht habe. Sie hat den einen Vorteil, daß sie angefertigt wurde, ehe die Tendenz-Memoiren der letzten Jahre die Erinnerung beeinflußten.

Mit besten Grüßen
Ihr sehr ergebener

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ZS/A-36 / 02 - 47

DR. HEINRICH DRÄGER

LÜBECK, MOISLINGER ALLEE 53-55

13. November 1953.

Dr.HD/D.

Sehr geehrter Herr von Holtzendorff !

Kurz nach Absendung meines letzten Briefes an Sie fand ich in dem sehr interessanten Artikel über Brünings Sturz einen Teil Ihrer Niederschrift als Dokumenten-Material mit abgedruckt. Es ist zweifellos sehr gut, daß es hier an dieser Stelle so zweckentsprechend hat verwandt werden können.
Ich bin der Ansicht, daß dieses in der von mir geplanten Verwendung in der Ihnen genannten Schrift auch keineswegs störend im Wege stehen wird.

Mit besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

Heinr. Dräger

NS: Vielen Dank für Ihren Brief vom 15.11., der soeben hier einging. Ich entnahm daraus, daß dem Abdruck Ihres Briefes an mich und der Anlagen dazu nichts im Wege steht, wenn es auch schon auszugsweise veröffentlicht sein sollte.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Hannover, den 11.4.1954

Sehr gehrter Herr Dr.Dräger!
In der Anlage übersende ich Ihnen einen Brief an Botschafter a.D. Ott, der der Ausgangspunkt unserer neuerlichen Unterhaltung war. Ich brauche ihn nicht zurück.

Dagegen wäre ich für gelegentliche Rücksendung zweier, überwiegen politischen, Unterlagen dankbar, die Ihnen demnächst von Prof.Dr. von der Gablentz zugehen. Ich hatte sie ihm zugesandt und um Weitergabe nach Lübeck gebeten.

Ich habe inzwischen nochmal meine Akten durchgearbeitet und dabei, besonders aber durch die Lektüre Ihrer "Grauen Denkschrift" in Lübeck, ist manches wieder im Gedächtnis aufgetaucht.

Ich erinnere die "Graue Denkschrift" nun wieder und ebenso, da wir sie im Gegensatz zu vielen Anregungen von der N.S.D.A.P. her, sehr ernst nahmen, genau wie die Wagemannschen Pläne. Die Wirtschaftspläne der N.S.D.A.P. wurden wegen des damals noch erheblichen Einflusses von Feder für nicht serieus gehalten.

Ihre "Graue Denkschrift ist sicher damals auch an Gerecke als Arbeits-Beschaffungskommissar und Syrup als Arbeitsminister weitergegeben worden. Ich halte es für warscheinlich, daß die von mir Ihnen und Ott gegenüber erwähnte Bemerkung von Syrup über Auswirkung einer beschränkten Aufrüstung auf dem Arbeitsmarkt bei dieser Gelegenheit gefallen ist.

Auch Ihrer Bemerkung in der Unterredung in Zehlendorf gegenüber Ott über den "Trommler auf der Lokomotive" und seine Antwort entsinne ich mich jetzt wieder.

Als Gesammteindruck möchte ich von der Wirtschaftspolitik des Kabinetts Schleicher folgendes sagen.

Schleicher war überwiegend militär- und innenpölitisch tätig gewesen und dort lag auch seine Stärke.Er hatte aber in seiner Tätigkeit im General - Quartiermeister - Stab während des 1.Weltkrieges laufend mit Wirtschaftsfragen zu tun gehabt. Die Wirtschaft der besetzten Gebiete Nordfrankreich, Westrußland, Rumänien, Ukraine und Norditalien wurden von dort aus geleitet, praktisch durch Schleicher als Chef der Abtg.II mit einem ganz kleinen Stab von hervoragenden Praktikern aus Wirtschaft und Verwaltung. Nur 5 Referrenten, darunter der Vorsitzende der Deutschen Landwirtschaftlichen Gesellschaft Dr. von Wolsky und Dr.Gustaf Ratgen, Mitinhaber des Bankhauses

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Delbrück-Schickler u.Co leisteten die ganze Arbeit, da Schleicher an dem Prinzip festhielt, in der Central-Stelle brauche man wenige aber sehr gute Leute.

So hatte er einen Blick für Spitzenkönner in der Wirtschaft und war sich der Grenzen seines Könnens auf diesem Gebiet genau bewußt. Er hat daher auch gerade auf diesem Gebiet gute Leute im Kabinett Papen und später seinem eigenen herangeholt und ihnen freie Hand gelassen, und zwar gerade Leuten die für neue Ideen aufgeschlossen waren. - Warmbold, Syrup, Schwerin-Krosigk. - Tatsächlich wurde auch damals mit den Steuergutscheinen der 1.Schritt einer vorsichtigen Kreditschöpfu gewagt. - In einem Lande das die furchtbare Inflation von 1923 erst 8 Jahre hinter sich hatte, sicherlich ein kühner Entschluß. Sicher wäre er nach der Einstellung seiner Mitarbeiter diesen Weg weitergegangen, wahrscheinlich aber nicht so bedenkenlos wie H itler, und daher langsamer.

Mit besten Grüßen und der Bitte um Empfehlungen an Ihre verehrte G attin

Ihr ergebener

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 49

DR. HEINRICH DRÄGER

LÜBECK, MOISLINGER ALLEE 53-55

13.4.1954

Dr.HD/Bi.

Sehr geehrter Herr von Holtzendorff!

Vielen Dank für Ihren Brief nebst einigen Unterlagen. Haben Sie Bedenken, wenn ich Ihren mit der Schreibmaschine geschriebenen Brief sowie den nicht durchgestrichenen Text des Briefes an Herrn Ott, gegebenenfalls unter Fortlassung des Namens (statt dessen nur .....), unter Umständen in meiner Materialsammlung mit veröffentliche?

In Vorbereitung unserer nächsten Zusammenkunft sende ich Ihnen ein ausführliches Exposé. Es stammt aus dem Jahre 1950, und ich habe nichts daran geändert. x)

Der Inhalt Ihres handschriftlichen Briefes wird inzwischen unter Berücksichtigung Ihrer Wünsche erledigt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

Heinr. Dräger

x) Liegt dem Brief vom 21.4.bei.

28

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 50

DR. HEINRICH DRÄGER

LÜBECK, MOISLINGER ALLEE 53-55

8.Mai 1954.

Dr.HD/D.

Sehr geehrter Herr von Holtzendorff !

Anliegend übersende ich Ihnen einen Entwurf für eine Herausgabe von "Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung" mit Material am Schluß betr.Dr.Wagemann. Es genügt, von der Wiederveröffentlichung von 1932 nur das Fettgedruckte zu überfliegen und dazu noch einmal den Brief Dr.Luther. Ich bitte aber, dieses Material vertraulich zu behandeln.
Diese Schrift, entstanden 1931/32, war der Vorgänger der Ihnen bekannten "Grauen Schrift".

Ferner übersende ich Ihnen eine Seite Text, die das Allgemeine unserer gemeinsamen Unterhaltung bei meinem Besuch wiederzugeben trachtet.
Hauptkorrektur zu meinem langen Exposé wäre: Wir dürfen als Deutsche unsere Rolle nicht zu wichtig und nicht zu wirkungsvoll einschätzen. Das bedeutet aber nicht, daß wir deshalb glauben dürften, eine passive Rolle spielen zu müssen.

Mit besten Grüßen, und mit einer Empfehlung an Ihre Frau Gemahlin,

Ihr sehr ergebener

Heinr. Dräger

Charlotte 10/7

NS: Für Sie und Herrn General Kuntze je eine Copie des Briefes an den Lutherischen Weltbund, von dem Sie das Original in Händen haben.

29

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

ZS/A-36 / 02 - 51

DR. HEINRICH DRÄGER

LÜBECK
DRÄGERWERK

1.Oktober 1954.
Dr.HD/D.

Sehr geehrter Herr von Holtzendorff !

Anliegend vertraulich mit der Bitte um Rücksendung einen Brief von Professor Dr.Brüning.
Ich suche noch einige Zeugen, die mir bestätigen, daß die von Herrn Professor Dr.Brüning gemachten Behauptungen über seine Förderung des Autobahnbaues zutreffen, nicht weil ich daran zweifle, sondern um etwaigen öffentlichen Zweiflern, die diesen Brief angreifen könnten, von vornherein zu begegnen.
Der Brief wird u.a. auch abgedruckt in "Material zur Frage der Krisenbekämpfung aus der Zeit um 1932".

Für den Fall, daß Sie die Tabelle "25 Jahre Theorie und Praxis von konjunkturbelebenden Maßnahmen" noch nicht haben sollten, füge ich diesem Schreiben eine bei.

Mit besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

Heinr. Dräger

Frankfurt 10/10.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

30

ZS/A-36 / 02 - 52
Foertsch, Hermann

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 53

Hans-Henning von Holtzendorff.

Hannover, den 17.11.50.
Arnswaldtstr. 35

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1038/53

R/Heo 23.10.53.

Lieber F o e r t s c h !

In den beiden letzten Jahren habe ich viel korrespondiert bezw. mich unterhalten mit Dr. Henning Graf von Borcke-Stargordt. Vor allen Dingen drehte es sich bei uns um das Thema "Hindenburg-Schleicher - Brüning".

Graf Borcke ist ein Idealist, der sich zum Ziel gesetzt hat, die politische Diffamierung des preußischen Ostjunkers durch falsche Gerüchte in der Nazi- und Besatzungszeit zu bekämpfen, da er darin zum großen Teil auch einen Grund für die heutige antideutsche Stimmung in weiten Kreisen des Auslandes sieht.
Er hat mit unerhörtem Fleiß und Zähigkeit und sehr viel Beziehungen authentische Stellungnahmen von allen möglichen prominenten Leuten der Vor-Nazi-Zeit -darunter von Papen, Brüning, Braun (Preußischer Ministerpräsident) zusammengetragen.

Ich könnte mir denken, daß darunter auch manches ist, was für Ihre Dienststelle von Interesse sein könnte. Als Beispiel schicke ich Ihnen meinen letzten Schriftwechsel mit ihm.
Sollten Sie Interesse an einem Zusammenbringen haben, würde ich gern Graf Borcke entsprechend anschreiben.

Mit besten Gruß

stets Ihr treuer

Anlagen.

00011

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-36 / 02 - 54

Gablentz, Otto Heinrich v. d. Dr.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 55

DR. OTTO HEINRICH v. D. GABLENTZ

BERLIN-DAHLEM,
HABELSCHWERDTER ALLEE 24, d. 19.3.54

Lieber Herr v.Holtzendorff!

Vielen Dank für Ihren freundlichen und ausführlichen Brief. Es ist hart, wenn man den ernsten Schleicher mit dem gewissenlosen Papen in einem Atem nennt. Aber den Vorwurf des Intrigantentums kann man ihm nicht ersparen. Immerhin hat er Brüning auf dem Wege über Hintertreppen gestürzt, und sein Augenmass hat gegenüber den Chancen Papens und der Gefährlichkeit Hitlers versagt. Der schwache Punkt Ihrer interessanten Denkschrift ist doch der, dass Sie nichts darüber sagen, wie Brüning gestürzt wurde.

Ich hätte mich gern einmal länger mit Ihnen darüber unterhalten. Am 28.3. habe ich in Loccum zu sprechen. Um die ganze Tagung mitzumachen, fliege ich schon am 26.3. früh, komme gegen 9 in Hannover an und werde Sie dann anrufen. Vielleicht kommen Sie auch selber nach Loccum, wo Sie ja öfter sind, wie mir Pastor Wischmann eben erzählte.

~~32~~

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Wir haben uns sehr gefreut,als wir hörten,dass Sie in Hannover wieder eine vernünftige Tätigkeit gefunden haben.Ich bin nun in meinem vierten Beruf als Professor,fühle mich darin wohl,aber bei dem "interessanten"Leben unserer Generation kann man nicht wissen ob es der letzte ist.An Jagow erinnere ich mich sehr gut und gern Ich habe 1943 meinen Otto dahin gebracht.Er ist jetzt Referendar und hat ein postgraduate-Stipendium für Oxford im Stil der früheren Rhodes-Stipendien,weniger Gelegenheit für wissenschaftliche Arbeit,als er manchmal möchte,aber eine Verbindung zu der ganzen englischen Führerschicht,wie wir sie unseren Leuten leider niemals geben,wenn sie nicht einmal zufällig diese Leute im Elternhaus erleben.

Meine Frau und die Kinder schliessen sich den herzlichen Grüssen an Sie,Ihre Frau Gemahlin und alle erreichbaren Kinder an.In der Hoffnung auf baldiges Treffen

Ihr ganz ergebener

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 56

DR. OTTO HEINRICH v. d. GABLENTZ

BERLIN-DAHLEM,
HABELSCHWERDTER ALLEE 24

,d.22.3.54

Lieber Herr v.Holtzendorff!

Kurz nachdem ich den Brief an Sie eingesteckt hatte,sprach ich mit meinem Kollegen Fischer-Baling über den Gröner-Vortrag,den zu halten er Bedenken hatte.Wir waren uns einig,dass es dafür keinen besseren Mann gäbe als Sie.Bitte überlegen Sie,ob Sie es nicht übernehmen wollen.Wir könnten uns dann am Freitag gleich darüber unterhalten.Es ist ja auch sehr bequem für die Aufnahme, dass Sie in Hannover wohnen.

Mit herzlichen Grüssen

Ihr ganz ergebener

v.d.Gablentz

abgelehnt

Am 17/4. 54
Mitteilung über Ablehnung
gesandt mit der Bitte
um Weitergabe an Dr. H. Bräger, Hildesheim.

33

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 57

Görlitz, Walter

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 58

Walter Görlitz

(21b) Dahl (Ennepe-Ruhrkreis)
Haus Dahl, 2o. 2. 1953
Tel. Dahl 3o2

Herrn
Generalleutnant a.D.
Hans-Henning v.Holtzendorff
(2oa) H a n n o v e r
Arnswaldtstrasse

Sehr geehrter Herr General !

Nachdem Graf Borcke vom "Göttinger Arbeitskreis" mir schon länger mehrmals empfohlen hatte, mich mit Ihnen à Konto von Arbeiten zu einer Biographie Hindenburgs in Verbindung zu setzen, möchte ich mir aus Anlass einer Reise nach Hannover erlauben, diesem Rat endlich Folge zu leisten und Sie zu bitten, mir in diesem Zusammenhang eine Unterredung über den Komplex Schleicher-Hindenburg zu gewähren. Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diese Bitte wohlwollend behandeln würden.

Ich bin am Mittwoch, 25. Februar ab Mittag in Hannover und würde dann versuchen, Sie telefonisch zu erreichen, um zu erfahren, ob Sie an diesem Tag Zeit haben, anderenfalls käme auch der 27. 2. noch in Frage, v.a. der Vormittag, am 26.2. werde ich in Medingen bei Oskar v.Hindenburg sein.

Die Fragen, die ich Ihnen gern unterbreiten würde, würden v.a. betreffen die Entwicklung des Verhältnisses Schleicher - Hindenburg, den Komplex Groener, die Entwicklung 1932 und die Entfremdung zwischen Hindenburg-Groener wie Hindenburg-Schleicher

Wie gesagt, werde ich mir erlauben, Sie am Mittwoch , 25.2., in Hannover zunächst tel. anzurufen.

Für Ihre etwaigen Bemühungen darf ich Ihnen im Voraus verbindlichst danken.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichsten Hochachtung

Ihr sehr ergebener

W. Görlitz

14

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 82 - 59

Entwurf
vH/Si

Hanshenning von Holtzendorff

Hannover, 21. 2. 1953
Arnswaldtstr. 35
Tel. 2 42 52

Herrn
Walter Görlitz
D a h l (Ennepe-Ruhrkreis)
Haus Dahl

Betr.: Gespräch über Schleicher
Bezug: Ihr Schreiben vom 20. 2. 1953

Sehr geehrter Herr Görlitz!

Besten Dank für Ihren Brief vom 20. wegen einer Unterredung über das Problem Schleicher. Ich stehe Ihnen gern dazu zur Verfügung, bin aber leider am 25. 2. mit meinem Präsidenten von morgens ab zu einer Besichtigungsfahrt mit dem Kultusminister abwesend. Rückkehr ganz ungewiß, wahrscheinlich erst gegen Abend. Dagegen bin ich am 27. 2. frei und würde vorschlagen, daß wir uns möglichst am späten Nachmittag oder Abend einmal in Ruhe über diese Dinge unterhalten. Am 27. vormittags würden wir uns natürlich auch im Büro sehen können, dann ist aber bei mir gewöhnlich so starker Betrieb, daß es zu einer wirklich gründlichen Behandlung des Themas nicht die nötige Ruhe vorhanden ist. Vielleicht könnten wir aber am Vormittag alles Weitere noch mündlich oder fernmündlich vereinbaren.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener

15

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 60

Walter Görlitz

(21b) Dahl (Ennepe-Ruhrkreis)
Haus Dahl, 22. 2. 1953
Tel. Dahl 302

Herrn
Generalleutnant a.D.
Hanshenning v.Holtzendorff
(20a) H a n n o v e r
Arnswaldtstr. 35

Sehr geehrter Herr General !

Mit dem besten Dank für Ihre freundlichen Zeilen v. 21.2. möchte ich Ihnen heute noch mitteilen, dass ich dann am 27.2. in Hannover mich zunächst telefonisch am Vormittag melden werde, damit wir eine Zeit für die Unterredung vereinbaren können, ursprünglich hatte ich geplant, im Lauf des Nachmittags zurückzufahren, sofern Ihre Zeit es nicht anders erlaubt, würde ich jedoch den Spätnachmittag oder Abend in Hannover bleiben und am anderen Morgen zurückfahren.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

W. Görlitz

16

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 61

Walter Görlitz

(21b) Dahl (Ennepe-Ruhrkreis)
Haus Dahl, 12. 3. 1953
Tel. Dahl 3o2

Herrn
Hanshenning v.Holtzendorff
(2oa) H a n n o v e r
Arnswaldtstr. 35

Sehr geehrter Herr v.Holtzendorff !

Mit nochmaligem aufrichtigem Dank für die seinerzeit in Hannover gewährte Unterredung, die für mich sehr wertvoll war, darf ich Ihnen heute vorerst die beiden freundlicherweise zur Durchsicht überlassenen Unterlagen zurückreichen.

Die Studie über Rommel habe ich mit sehr grossem Interesse gelesen, sie erscheint sehr einleuchtend und ist m.E. vortrefflich geeignet, Rommels Persönlichkeit, Bedeutung, Taktik usw. zu charakterisieren. Schade, dass sie der Öffentlichkeit entzogen bleibt, - vielleicht entzogen bleiben muss auf Wunsch der Alliierten, für die sie geschrieben wurde ? Sonst würde ich empfehlen, sie doch irgendwie vielleicht der Gesellschaft für Wehrkunde-München oder sonst irgendwo anzutragen, ob sie sie nicht in mil.Zeitschriften veröffentlichen wollen. Es wird noch einen lebhaften Meinungsstreit geben um Rommel, soweit ich die Dinge überblicken kann.

Sehr dankbar, aber ich möchte damit keineswegs drängen, wäre ich gelegentlich für die Studie über Schleicher.

Mit nochmaligem Dank und den besten Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

W. Görlitz

17

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 62

Hanshenning von Holtzendorff

Hannover, 24. März 1953
Arnswaldtstr. 35, Tel. 2 42 52

Herrn
Walter G ö r l i t z

D a h l (Ennepe-Ruhrkreis)
Haus Dahl

Sehr geehrter Herr Görlitz!

Nach Wiederherstellung meiner Sekretärin hat sie sich sofort an die Abschrift des Manuskripts gemacht, die ich Ihnen beiliegend übersende.

Ihre Ansicht über die Rommelstudie hat mich sehr interessiert. An-sich liegen keine Bindungen vor, die eine Veröffentlichung verhindern. Ich habe sie deswegen auch z. B. seinerzeit General Speidel zur Unterrichtung von Frau Rommel als Material zur Verfügung gestellt, weiß aber nicht, ob und wieweit davon Gebrauch gemacht worden ist.

Mit besten Grüßen
Ihr sehr ergebener

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 82 - 63

Walter Görlitz

(17a) Heidelberg-Wieblingen
Mannheimerstr. 224, 21.4.1954
Tel.Heidelberg 4977

Herrn
Hanshenning v.Holtzendorff
Hannover
Arnswaldtstr. 35

Sehr geehrter Herr v.Holtzendorff !

Erlauben Sie mir bitte heute, in einer den General v.Schleicher betreffenden Frage noch einmal Sie um Ihr Urteil zu bitten.

Mit der ZEITWENDE, der führenden evangelischen Zeitschrift, ist zum 2o.Jahrestag eine eingehende Revision des Themas "3o.Juni 1934" abgesprochen, für das hier zu etlichen Komplexen sich unbekanntes Material hat ermitteln lassen.

Dabei ist von mir mit einem Bekannten Schleichers, den Sie wahrscheinlich auch kennen müssten, Herrn v.Etzdorf, heute Berlin, erneut die Frage erörtert worden, ob nach E.s Eindrücken Schl. wirklich aktiv im Juni 1934 konspiriert hat, wie Hitler dies bekanntlich behauptet hat und wie der ehem. Reichskanzler Brüning dies in seinem berühmt-fatalen "Brief" an Dr.Pechel ja auch angedeutet hat. E. verneint dies, leider gehen meine Notizen über unser seinerzeitiges Gespräch in Hannover nicht soweit, dass ich Ihre Erzählungen über Schl. letzte Lebensmonate auch festgehalten habe, ich glaube mich indes zu erinnern, dass Sie äusserten, Ihnen sei nichts darüber bekannt ?

Nun hat aber Etzdorf berichtet, Reichenau habe ca. Mai 1934 Schl. einmal aufgesucht, Besuche, die sich im Juni 34 noch mehrfach wiederholten, wie Schl, ihm erzählt habe. Einzelheiten über die Unterredungen Schl.-Reichenau sind ihm nicht bekannt, nicht einmal auch nur andeutungsweise Inhalt der Gespräche. Dies ist jedoch eine ganz neue, beinahe sensationelle Version, die auf Reichenaus bis heute m.W. in den Einzelheiten nicht geklärte Aktivität vor dem 3o.6.34 ein neues Licht wirft. Mich würde nun sehr interessieren, ob Schl. Ihnen gegenüber je davon erzählt hat, oder ob Ihnen sonst über diese Besuche und den möglichen Inhalt der Unterredungen etwas bekannt ist ? Das Ganze ist höchst wichtig an der Glaubwürdigkeit der Etzdorfschen Aussage besteht, soweit ich urteilen kann, keinerlei Zweifel.

Etzdorf hat ferner ausgesagt, nach Erzählungen Schl., Röhm habe zweimal, ca. Februar o.März 34 und dann nochmals im Mai 34, versucht, sich durch Mittelsleute Schl, zu nähern. Dieser habe E. um Rat gefragt, der ihn vor solchen Kontakten, seines Erachtens, mit Erfolg, gewarnt habe. Ist Ihnen darüber etwas bekannt ? Bezw. hat Schl. sich dazu noch Ihnen gegenüber geäussert.

Für eine möglichst baldige kurze Stellungnahme - ich muss per 1. Mai das Manuskript abliefern - wäre ich Ihnen äusserst dankbar.

In der Hoffnung, dass es Ihnen soweit zufriedenstellend geht

bin ich

mit den besten Empfehlungen

Ihr stets ergebener

W. Görlitz

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Hannover, den 25.4.54

Sehr geehrter Herr Görlitz!
Zu der Frage, ob Schleicher im Jahre 1934 aktiv konspiriert hat, kann ich Ihnen folgende Beobachtungen mitteilen.

Sept. 1933: bei einem Besuch in Babelsberg warnte ich Schleicher vor Unvorsichtigkeit. Er müßte mit Überraschungen rechnen und müsse sich für längere Zeit völlig aus der Politik heraushalten. Antwort: "Das habe ich auch vor und freue mich, wenn ich ich mich mit meinem Garten beschäftigen kann."

Frühjahr 34. Trotz dieser Einstellung wurde er von vielen Leuten aufgesucht, die Sorge über die Entwicklung hatten und äußerte sich bei solchen Gelegenheiten sehr offen und abfällig über die neuen Leute, ebenso bei einer Besuchsreise zu alten Mitarbeitern in dieser Zeit.

Das führte z.B. dazu, daß der spätere General Crüwell (Afrika-Kämpfer) damals Generalstabs-Offz. in Münster bei dem er solche Äußerungen gemacht hatte, nach dem 30.6.1934 verhaftet werden sollte.

Verstärkt wurde dieser Eindruck - Sammelpunkt der Unzufriedenen - durch die Tatsache, daß seine - völlig unpolitische - Frau über seinen Sturz so verbittert gegen alles geworden war, was mit Hindenburg, Papen, Hugenberg und dem Nationalsozialismus zusammenhing, daß sie positive Äußerungen über die Entwicklung als persönliche Kränkung empfand und solche Leute fernzuhalten suchte.

Mir passierte das mit zwei Bemerkungen über die wirtschaftliche Entwicklung - "ich glaube, auf diesem Gebiet werden sie es schaffen" - und über das Abkommen mit Pilsudski.

Im Mai 34 sagte mir der spätere Generaloberst Frhr. von Vietinghoff, damals Oberst und Abteilungschef im Ministeramt und guter Freund von Schleicher aus der alten O.H.L. 18/19, er sei unglücklich über Schleichers unvorsichtigen Äußerungen auf der erwähnten Besuchsreise. Er und General von Reichenau hätten Schleicher mehrfach dringend zur Vorsicht und Zurückhaltung geraten und ihm eine Auslandsreise wie Planck zu machen empfohlen. Schleicher wollte aber nicht den Eindruck erwecken, als ob er sich drücke.

Auf meine Frage, ob ich selbst mal den Versuch machen solle, meinte er es sei nicht nötig, Reichenau habe ihn vor kurzem erneut gewarnt und die Lage sehr ernst dargestellt.

Das werden die erwähnten Besprechungen mit Reichenau gewesen sein.

Ich selbst habe Schleicher im April bei einer Gesellschaft mit meiner Frau in seinem Hause zuletzt gesehen und bin dann im Juni nochmal unangemeldet in Babelsberg vorgefahren. Ich wurde nicht angenommen, bekam aber am nächsten Tage ein sehr liebenswürdiges Billet von Schleicher, er habe erst nachher erfahren, daß ich dagewesen sei; er hätte mich sonst sofort hereingeholt, da er nur Besuch von dem auch mir bekannten Bankier Regendanz gehabt habe, wo ich gar nicht gestört hätte.

Offensichtlich hatte Frau von Schleicher für Abweisung gesorgt - das war auch der Eindruck von meiner mitfahrenden Frau. Vielleicht mein Glück, denn Ragendanz wurde mit dem 30. Juni in Verbindung gebracht, entkam aber mit eignem Flugzeug nach England.

Kurz nach Schleichers Ermordung sagte mir sein langjähriger Adjutant, General Noeldechen, 1952 gestorben, damals Battriechef in Potsdam, er sei ein oder zwei Tage vor sei-

20

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

nem Tode zu einem gemütlichen Abend bei ihm gewesen. Dabei habe ihm Schleicher erzählt, Röhm suche Verbindung, er (Schleicher dächte aber gar nicht daran, sich mit ihm einzulassen.

Für mich steht daher einwandfrei fest, daß Schleicher nicht von sich aus 1934 aktiv geworden ist, wohl aber daß Röhm und andere sich um ihn bemüht haben und daß er in seiner unbekümmerten Art scharfe Kritik übte, die Hitler und seinen Leuten auf die Nerven ging. Dazu kam sein gutes Verhältnis zu Francois Poncet, das ihm - wie Bismark seine Russischen Beziehungen nach dem Sturz - als landesverräterisch ausgelegt wurde.

Hitler selbst haßte ihn , wegen der Straßer - Affaire 1933 hat aber wohl seine Ermordung nicht veranlaßt, wie aus den Äußerungen in München zu einem mir bekannten Generalstabsoffizier auf der Fahrt zu Röhms Erledigung hervorgeht.

M.E. sind Himmler und Göring die Schuldigen.

Bei dem ganzen Ablauf des 30. Juni wird oft nicht gesehen, daß es im Grunde zunächst ein Sieg der gemäßigten Richtung in der Partei und auch zunächst der Wehrmacht über die üblen Elemente in der S.A. war.

Röhm wollte die Reichswehr von der S.A. her überschlukken. Hitler machte nicht mit, weil er die Reichswehr nicht entbehren konnte. Daraufhin war Röhm entschlossen, Hitler und die höhere Führung der Reichswehr zu beseitigen, Zeitpunkt unbestimmt, Abschußlisten wurden gefunden.

Der Gegenschlag kam dem zuvor, er war m.E. nötig und berechtigt, wurde aber von Himmler und anderen Parteileuten ausgenutzt, um im Nebel dieser Vorgänge alte Rechnungen zu begleichen.

Die Erleichterung über die 1. Säuberung der Partei war deshalb der überwiegende Eindruck, die Morde im Dunklen wurden vielfach als Übergriffe wildgewordener Rollkommandos angesehen. Auch von mir s.Zt. Schleichers Ermordung.

Heute sieht sich das alles sehr viel einfacher an.

Eben finde ich bei der Durchsicht des Schriftwechsels mit meinem verstorbenen Freunde Noeldechen, über Schleicher folgenden Satz, der Sie interessieren wird:"Haben Sie das Buch über den Generalstab von Görlitz gelesen? Es ist ausgezeichnet und die Ära Seekt ist hervorragend geschildert. Wann erscheint eigentlich das Buch über "Die Rolle Hugenbergs in der Weimarer Republik, kritisch beleuchtet"

Mit besten Grüßen

Ihr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-36 / 02 - 66

Kuntzen, Adolf Maj.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 67

Empelde 27. 2. 49

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1038/53

Lieber Kunkeln!

Vor 3 Wochen lernte ich einen Graf Borcke aus Pommern, jetzt in Bad Driburg, kennen, der mit großem Schwung und Passion sich in die Aufgabe gestürzt hat, die Deutschen Junker von dem Vorwurf zu reinigen, sie hätten Brüning gestürzt und die Nazis an die Macht gebracht und später mit ihnen eng zusammengearbeitet.

Seiner Ansicht nach ist dieser Vorwurf in N.S.A. u. England weitverbreitet und hat erheblich zu der scharfen Einstellung in N.S.A. gegen Adel, Großgrundbesitz und Militär beigetragen und für den Ausgang der Konferenzen von Ottawa bis Potsdam eine große Rolle gespielt.

Ich persönlich glaube, daß diese Ideen neben dem durch die Judenpolitik erzeugten Haß nur eine nebensächliche Rolle gespielt haben und spielen. Trotzdem ist Aufklärung nützlich und ich habe Borcke gern mein Material über Schleicher zur Verfügung gestellt.

Ihn interessierten besonders die Gründe zu Brüningsstürz, wobei er über die Vorgänge des S.A.-Verbots, Groners Heirat und ihre Auswirkung über Innenministerium, die schließlich den Anstoß zum Rücktritt Brünings gaben, gar nicht im Bilde war.

Dabei stieß ich auf eine Darstellung der Zeit von Carlovitz, die manches richtige, von Mitte 32 an aber ausgesprochene Fehler enthält, die ich für die Festlegung der späteren geschichtlichen Wahrheit für sehr bedenklich halte.

Ich kann sie mir nur daraus erklären, daß Carlo ab Mitte 32 bei Bracht in Preußen saß und ab 30./1 33 ganz draußen vor war und angefangen hat zu „kombinieren".

Schleicher hat mir daran gedacht, die Partei in die Regie-

00020

zu holen, weil er ihr „eine Falle stellen" wollte d.h. glaubte, Hitler wolle illegal werden und er könne ihn dann mit der Reichswehr vernichten. Das hätte er im Sommer 32 viel bequemer gehabt, als der „Marsch auf Rom" in Ostpreußen u. Schlesien geplant war und auf seine Warnung an Röhm und Göring abgeblasen wurde.

Er wollte sie vielmehr aus der bequemen Opposition heraus haben und in der Verantwortung erziehen oder wenn das nicht ging schwächen.

Einen Zusammenstoß mit der Reichswehr wollte er auf jeden Fall vermeiden, weil der größere Teil der Partei wertvolles Material war und das einzige Gegengewicht gegen den damals etwa 6 Mill. Wähler starken Kommunismus. Das war auch der letzte Anlaß zu seinem – sehr widerwillig übernommenen Kanzlerschaft.

Ich habe nun die Abschrift von Carlos Darstellung und einen Aufschluß eine angefertigte journalistische Studie erhalten, die ich gern zu ihrer und Foertsch Kenntnis bringen möchte.

Bitte nach Kenntnisnahme an Foertsch weiterzusenden. Umschlag liegt bei. Wir können uns ja dann mal mündlich darüber aussprechen.

Kennen Sie übrigens den im Sommer 1947 in der „Deutschen Rundschau" veröffentlichten Brüning Brief? Ich habe das Heft und einen darum anschließenden Briefwechsel Brüning-Brünneck jetzt bekommen.

Herzlichen Gruß von Haus zu Haus und bald mal auf Wiedersehen.

Stets Ihr Gottgemuth

Notiz für Foertsch: Bitte das Material nach Kenntnisnahme an mich zurück. Wäre Ihnen für Ihre Ansicht dankbar. Gruß. Gr.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 82 - 68
Manstein, Erich von GFM

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36/02 - 69

v. Holtzendorff

Hannover, den 23. 8. 51

Herrn
E. v. M a n s t e i n

W e r l / Westf.
Langenwiedenweg 46

Sehr verehrter Herr v. Manstein!

Ich bin gern bereit, Ihnen das Material über General von Schleicher für Ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen. Da ich sowohl in den Jahren 18/19 bei der alten O.H.L. wie in den Jahren 29-33 im Reichswehr-Ministerium einer seiner engsten Mitarbeiter gewesen bin, glaube ich, über seine Persönlichkeit ein absolut zutreffendes Urteil abgeben zu können.

Die beiliegende Zusammenstellung habe ich seinerzeit 1946 im Lager gemacht in der Annahme, daß die Frage für Nürnberg Bedeutung gewinnen könnte. Dieses ist aber nicht erforderlich geworden. Ich glaube, Sie können daraus ein Bild über Charakter und Tätigkeit entnehmen, soweit das schriftlich in so gedrängter Kürze möglich ist. Sollten Sie weitere Einzelheiten, insbesondere auch über seine Tätigkeit während der Revolution 18/19 brauchen, bin ich gern bereit, Ihnen darüber zu schreiben und bitte um entsprechende Nachricht.

Ich freue mich, aus Ihrer Anfrage zu ersehen, daß Sie dort die Möglichkeit haben, sich wissenschaftlich zu betätigen und darf Ihnen alles Gute wünschen, vor allen Dingen recht baldige Freiheit.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

8

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

v. E. v. Manstein

ZS/A+36 82 / 78

Wal/Westf.
17. 8.
Langenwiesenweg
46

Sehr verehrter Herr v. Holtzendorff!
Darf ich Sie heute mit einer Bitte behelligen. Herr Jahres schrieb mir von einer sehr interessanten Darstellung Schleichers, die er an Ihnen zur Einsicht erhalten hätte.
Bei dem Abfassen meiner Erinnerungen möchte ich mich auf Schleiches eingehen, den ich, wie Sie ja wissen, sehr geschätzt habe. Nicht auf seine politische Tätigkeit, die ich ja nicht näher habe beurteilen können, sondern in erster Linie auf seine Persönlichkeit. Dazu wäre es mir natürlich sehr wertvoll, wenn ich in Ihre Arbeit Einblick nehmen könnte, da Sie ja jahrelang

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ersten Mitarbeiter an Schleiches
gerechnet sind. daher meine Bitte
Ich freute mich auf diese Weise
zu hören, daß Sie noch am Leben
sind, was man ja in unserer
Zeit nie ohne weiteres voraus-
sehen kann.

Mit herzlichem Gruß
Ihr sehr ergebener

[illegible]

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Hanshenning von Holtzendorff den 25. Oktober 1951

Sehr verehrter Herr von M a n s t e i n !

Haben Sie sehr vielen Dank für die Übersendung Ihres Mauskriptes mit dem Abschnitt Schleicher. Ich habe Ihre Ausführungen mit größtem Interesse gelesen und halte die Darstellung seiner Persönlichkeit und seines Wirkens in jeder Hinsicht für zutreffend.
Ich kann auch meiner Freude Ausdruck geben, daß Schleicher auf diese Weise durch Ihre Darstellung einen besonders wertvollen und wirkungsvollen Nachruf erhält.
Mit der Verwendung meiner Unterlagen bin ich sehr einverstanden.
Vielleicht interessiert es Sie, daß ich kürzlich mit dem ehemaligen Finanzminister Graf Schwerin-Krosigk über Schleicher sprach, der gerade ein Buch veröffentlicht hat, in dem er auch ein Kapitel Schleicher widmet. Ich habe es leider noch nicht gelesen. Schwerin kannte meine Darstellung und schrieb mir, daß er in der Wertung der Persönlichkeit mit mir übereinstimme, im Gegensatz zu meiner Darstellung aber glaubte, Schleicher habe auf eine echte Spaltung der NSDAP hingearbeitet - Ich habe aus seinen Äußerungen den Eindruck gehabt, daß er zunächst die Strassergruppe heranziehen wollte und dabei gehofft habe, daß allmählich der Rest folgen würde.
Die Stellungnahme von Herrn Zehrer liegt bei. Er kannte mein Meterial schon seit vorigem Jahr.
Vor längerer Zeit habe ich übrigens das Material auch einmal an Professor Meinecke geschickt, der in einer Broschüre 1946 eine völlig verzerrte Darstellung von Schleichers Persönlichkeit gegeben hatte.
Leider ist einer der besten Kenner Schleichers, sein alte Adjutant Noeldechen, vor wenigen Tagen plötzlich verstorben. Er lebte in Stelle bei Harburg.
Eine besondere Empfehlung soll ich Ihnen ausrichten von dem Bürochef unserer Organisation, Herrn Benecke, der lange bei Ihnen im Stabe war und sich sehr freute, auf diese Weise etwas über Ihr Ergehen zu hören.

Mit herzlichen Grüßen und den besten Wünschen
für die weitere Entwicklung
Ihr sehr ergebener

PS: Ich habe mein Exemplar wieder herausgenommen, weil ich es

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

gern noch einmal abschreiben lassen will. Sollten Sie ein Exemplar brauchen, steht es gern zur Verfügung.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 72

Fm. E. v. Manstein

den 10.10.

Sehr verehrter Herr v. Holtzendorff!

Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihren freundlichen Brief und für Ihre Ausarbeitung über Schleicher, die mir von besonderem Wert gewesen ist. Sie geht Ihnen anliegend zugleich mit dem Entwurf des Schleicher betreffenden Kapitels meiner Erinnerungen durch Vermittlung von Herrn Dr. Zehrer wieder zu. Ich habe nun an Sie die grosse Bitte, dass Sie mein Manuskript einmal durchlesen, ob es im Grossen mit Ihrer Auffassung übereinstimmt bezw. in welchen Punkten Sie aus genauerer Kenntnis eine andere Darstellung für richtiger hielten.

Auch bitte ich um Ihr Einverständnis zu der Art, in der ich von dem Inhalt Ihrer Aufzeichnung Gebrauch gemacht habe.

Würden Sie dann so gut sein mir das Manuskript mit Ihrer evtl. Stellungnahme und der, die Herr Dr. Zehrer vielleicht schon beigefügt hat, zurückzusenden aber nicht hier an die offizielle Adresse, sondern da es mir nicht ratsam erscheint, dass das Manuskript durch die britische Zensur geht.

Ich wäre dankbar, wenn Sie die Sendung wie folgt adressieren würden:

Innenumschlag: Herrn Faraday

Aussenumschlag: Frl. Lucie Stiefermann
Neheim-Hüsten/Westf.
Postschliessfach 195

Mit sehr herzlichem Dank und Gruss
Ihr sehr ergebener

Manstein

N.B. Ich bin auf Schleichers Haltung bei den Rücktritten von Groener, Papen und Brüning nicht eingegangen, da mir dazu jede Unterlage fehlt. Ich weiss auch nicht ob das nötig oder zweckdienlich wäre.

11

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 73
Meinecke, Friedrich Prof. Dr.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 74

[illegible] Dr. Meinecke
[illegible]-Dahlem, Am Hirschsprung 13

29. Juli 1946

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
1038/53

Sehr geehrter Herr General,

Ihre freundliche Zuschrift vom 8. d. M. kam erst vor ein paar Tagen, nach meiner Übersiedlung hierher, in meine Hände und ist mir natürlich sehr wertvoll als Zeugnis eines Mitarbeiters Groeners und Schleichers. Ich wäre Ihnen also sehr dankbar, wenn Sie mir die Unterlagen Ihres Urteils noch mitteilen würden.

Auf den ersten Blick sind Ihre Aussagen und Groeners Erzählung zu mir in diametralem Gegensatz. Ich kann mich der Groenerschen Worte genau erinnern und möchte noch jetzt meinen, dass sie subjectiv wahrhaftig waren, d. h. dass er wirklich geglaubt haben muss, Schleichers Zustimmung zum SA-verbot; wenn auch vielleicht nur für einen Augenblick, erhalten zu haben. Dabei kann dann Ihre Aussage, dass Schleicher von vornherein schwere Bedenken gegen das SA-verbot gehabt und geäussert hat, sehr wohl bestehen.

Über die Zweckmässigkeit des SA-verbots sind Sie und ich sehr verschiedener Meinung. Die im Augenblick vielleicht ungünstigen Wirkungen hätten ertragen werden können, wenn nur Hindenburg selbst fest blieb und Brünings Regierung stützte. Und er hätte Brüning und Groener unter allen Umständen damals stützen müssen, um die Lebensgefahr des Hitlerismus von Deutschland abzuwenden. Schleichers Hauptfehler damals war, diese Lebensgefahr nicht im

00023

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

wollen Umfang erkennen zu haben, sondern geglaubt zu haben, durch ein schlaues Kompromiss über sie hinwegsehen zu können.

Mein Aufsatz war ein Kapitel aus meiner Schrift über die deutsche Katastrophe, die in Kürze [illegible] erscheinen wird (bei Ed. Brockhaus in Wiesbaden). Ich könnte dann erst in einer eventuellen 2. Auflage zu Ihren Mitteilungen Stellung nehmen.

In vorzüglicher Hochachtung

Ihr ergebenster

Fr. Meinecke

ZS/A-36 / 02 - 75

Hans-Henning
von Holtzendorff

Hannover, den 27. Mai 1949.

Herrn
Prof. Dr. Fr. Meinecke

Berlin-Dahlem
Am Hirschsprung 13.

Sehr verehrter Herr Professor!

Sie werden sich wundern, daß ich nach 3 Jahren auf einen alten Schriftwechsel zurückkomme, den ich mit Ihnen aus dem Gefangenenlager über die Persönlichkeit des Generals von Schleicher führte. Die Aufklärung liegt darin, daß ich einen Brief von Ihnen vom 29.6.48 durch unglückliche Umstände erst jetzt erhalten habe. -- Mehrfacher Wechsel des Gefangenen-Lagers, sodaß meine Frau ihn mir nicht schicken konnte, die ihrerseits als Flüchtling damals mehrmals das Quartier wechselte.

Ich wußte daher nicht, ob Sie auf weitere Unterrichtung Wert legten und darf Ihnen nunmehr verbindlichst für Ihre Liebenswürdigkeit danken und wegen der Verzögerung um Entschuldigung bitten.

Trotz der großen Verzögerung schicke ich Ihnen beiliegend das in Aussicht gestellte Material. Ich glaube, es dient der Sache, wenn Leute, die geschichtlich wichtige Vorgänge miterlebt haben, daß sie Tatsachen angeben können, diese den berufenen Persönlichkeiten zur Feststellung der historischen Wahrheit zur Verfügung stellen. Es ist dies m. E mehr denn je heute notwendig, weil einmal durch die Zerstörungen des letzten Krieges viel Material verloren gegangen ist, und dann sowohl nach 1933 wie heute aus begreiflichen Gründen tendenziöse Darstellungen die sachlichen überwogen, bezw. heute noch überwiegen. Außerdem ist der Kreis der Personen, die über die Zeit vor 1933 etwas aussagen können, erheblich zusammengeschrumpft.

Zu meiner Legitimation darf ich noch folgendes anführen: Im Jahre 1918/19 war ich Ordonnanzoffizier bei dem damaligen Major von Schleicher in der alten Obersten Heeresleitung und ab November 1918 auch noch im kleinen Stabe des Generals Groener in Wilhelmshöh und Kolberg. Sommer 1919 nahm ich den

Abschied

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Abschied, wurde Landwirt und übernahm unser Familiengut. 1929 h
te mich der damalige Chef des Ministeramtes, General von Schleiche
und der damalige Reichswehr-Minister Groener als Zivilreferenten i
das Reichswehrministerium, woich bis Sommer 1934 tätig war. -- in
Hauptsache Bearbeiter für nichtmilitärische Kabinettsfragen.
General Groener war Pate meines ältesten Sohnes, General von Schle
cher meiner ältesten Tochter. Sie ersehen daraus, daß ich beiden
Persönlichkeiten nahestand. Das ist aber auch der Grund, daß ich
vielleicht mehr erfahren habe als der normale und häufig wechselnd
militärische Mitarbeiter im Ministerium. Bei General von Schleicher
hatte ich z. B. in der ganzen Zeit -einschl. seiner Minister- und
Reichskanzlertätigkeit- fast täglich Vortrag.

Das Expose, das ich Ihnen zu übersenden mir erlaube, ist im Gefa
nenlager Neu-Ulm im Jahre 1946 entstanden. Es ist unverändert gebli
ben und ich habe es inzwischen durch 3 langjährige Mitarbeiter von
General Schleicher aus der damaligen Zeit überprüfen lassen, die
alle 3 die Richtigkeit sowohl der Charakter- wie der Tatsachendars
lung bestätigt haben. Es sind dies der General der Infanterie Foer
der von 1929- 1933 Pressereferent im Ministerium war, Generalleutn
Kunzen, damals zunächst Bearbeiter für Reichstagsangelegenheiten,
später Adjutant des Chefs der Heeresleitung und Generalleutnant
Noeldechen, von 1922 --1933 militärischer Adjutant von General vo
Schleicher.

Ich darf deswegen für die Darstellung in Anspruch nehmen, daß es
nicht um eine einseitige, objektive oder tendenziöse Schilderun
handelt. Von einer Veröffentlichung habe ich Abstand genommen, da
die Zeit trotz vieler solcher Veröffentlichungen dafür für nicht ge
net halte. Die Menschen haben begreiflicherweise mehr Interesse fü
die Sorgen des Tages als für die Klärung der Vergangenheit. Dazu i
wenig Bereitschaft, gerade solche Probleme wirklich sachlich zu di
kutieren.

Dagegen glaube ich, wie ich schon eingangs erwähnte, daß sie für de
Historiker wertvoll sein können, der die objektive Wahrheit sucht;
dann bin ich überzeugt, daß das Material bei Ihnen in die besten u
berufensten Hände kommt.

Mit nochmaligem verbindlichsten Dank und vorzüglicher
Hochachtung

Ihr sehr ergebener

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-36 / 82 - 76

Noeldechen, Ferdinand Hptm.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 77
Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV
1038/53

Quarles Company m. b. H.

in

An

Betrifft:

Tag: 18.5.49

Lieber Hohendorff!

Ihren Brief vom 14.5. mit Anlagen, den ich gestern erhielt, will ich gleich beantworten.

Ich stimme mit Punkt 2 Ihres Briefes an Graf Borcke vom 13.5.49 völlig überein. Ich habe von einer Beteiligung Schleichers in dieser Richtung nie etwas gehört, halte sie auch für vollkommen ausgeschlossen da sie a) seinen Ansichten b.) seinem Charakter in jeder Weise zuwiderlaufen würde. An sich ist schon paradox, Schleicher mit „radikalen Ansichten junger Leute" für die er nie und auf keinem Gebiet zu haben war, in Verbindung zu bringen.

Ich muß immer wieder feststellen, daß kaum über eine Persönlichkeit des öffentlichen Lebens soviel Falsches und Schiefes nach diesem Orlog verbreitet worden ist und immer noch wird, wie über unseren Chef, von dem sich ja immer mehr herausstellt, daß er doch einer der Klügsten war. Es zuckt mir immer in den Fingern mich mal hinzusetzen und allen diesen Skribenten, zu denen leider auch alte Generale z. B. Hoßbach gehören mal zu antworten. Aber ich halte das

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

im Moment aus den verschiedensten Gründen für inopportun und man hat auch zeitweise fest dazu. Außerdem hat man keinerlei Unterlagen, als das doch nicht mehr 100% funktionierende Gedächtnis. Aber vielleicht kann man das mit Lung wenn man nichts anderes mehr arbeiten kann.

Im Moment haben wir in unserem Laden sehr große Schwierigkeiten, die einen voll in Anspruch nehmen. Dennoch hoffe ich, daß es mir im Laufe des Jahres mal möglich sein wird, nach Hannover zu kommen, um Sie zu sprechen.

Für heute herzlichen Gruß

Ihr

Loewenfeld.

Hofrat Lichtenstein

Hof Mannig Birstein
Bad Brückenau

ZS/A-36 / 02 - 78

Nolte,

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 79

Hans-Henning von Holtzendorff.

Hannover, den 7. Februar 1951.
Arnswaldtstr. 35

Schleicher

Lieber N o l t e !

Ich erzählte Ihnen wohl einmal von einem Grafen Borcke aus Pommern -Vetter von Zitzewitz-Kottow, der sich mit Schwung und Bienenfleiß in die Aufgabe hineingestürzt hat, den im Ausland vorhandenen Komplex, die ostelbischen Junker seien an dem Entstehen des Dritten Reiches und besonders am Sturz Brünings schuld, zu beseitigen. Er hat durch gute Beziehungen im Ausland und Deutschland beachtliches Material zusammengetragen -Schriftwechsel mit Brüning, Brüneck, Otto Braun, Papen- und hat auch meine Ihnen bekannte Darstellung über Schleicher.
Er liest alle maßgebenden Veröffentlichungen und kommt dann zu mir, um mich als Kronzeuge für oder wider anrüchige Stellen zu vernehmen. Das bedeutet für mich, daß ich neben meiner allgemeinen 10 - 12-stündigen Büroarbeit noch abends einige Wälzer lesen muß, was nicht ganz einfach, aber der guten Sache wegen nötig ist, und auch manches wieder in Erinnerung bringt, was man vergessen hatte.
Das anliegende Buch von dem Ihnen nicht unbekannten Meißner habe ich soeben durchgeackert und gebe es auf seinen Wunsch an Sie weiter. Damit Sie nicht gleich die Hände hochnehmen: Sie brauchen das Buch nicht zu lesen, sondern nur im Namensverzeichnis hinten nachzuschlagen, wo Schleicher steht, und diese Stelle bezw. Seite einmal zu überfliegen. Ich habe es auch gemacht, und dabei schließlich das ganze Buch gelesen, weil es doch viel Interessantes und meines Erachtens zu etwa 95 % Richtiges bringt, was vielen Leuten heute unangenehm ist.

B. interessiert nun folgendes besonders: Meißner behauptet, Brüning sei letztenendes gestürzt worden dadurch, daß sich Schleicher und Oldenburg-Januschau zusammen getan hätten; letzterer wegen Osthilfe- und Siedlungsfragen. Dies trifft meines Erachtens nicht zu. Denn ich kann mich nicht erinnern, daß der Januschauer mit Schleicher politisch zusammengewirkt hat, zumal sie allgemein politisch und auch agrarpolitisch grundverschiedene Linien hatten. Schleicher stand gerade der Osthilfe- und Siedlungsfrage gegenüber durchaus po-

sitiv

7

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

sitiv gegenüber und vertrat den Grundsatz der wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit, d. h., wenn der Staat hilft, soll auch wirtschaftlich etwas für die Allgemeinheit in puncto Siedlung getan werden. Ich könnte mir wohl denken, daß der Januschauer gegen Brüning gearbeitet hat; ich weiß es aber nicht - und daß gleichzeitig und unabhängig in der letzten Phase der Brüning'schen Kanzlerschaft sich Schleicher wegen der Panne mit Groener im Innenministerium ebenfalls von Brüning abwandte und nunmehr aus ganz verschiedenen Motiven und ohne Fühlung mit dem Januschauer in einer Opposition gegen Brüning stand. Wissen Sie etwas Mitteilbares über solche Verhandlungen zwischen Schleicher und Oldenburg in dieser Zeit?
Eine andere Frage ist, daß der Reichs-Landbund -und dabei gerade d Ostpreußen- sicherlich eine Aktie an Schleichers Sturz haben. Den Eindruck habe ich damals gehabt und auch in meiner Darstellung n dergelegt. Für die Brüningkrise trifft das meines Wissens nicht

Ich habe es sehr bedauert, Sie neulich hier verfehlt zu haben schade, daß Sie sich nicht einmal in Empelde sehen lassen konnten.. vielleicht das nächste Mal.

Mit herzlichen Grüßen
stets Ihr getreuer

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-36 / 02 - 80

Ott, Eugen Botsch.

darin: Korr'n Ott m. [Dr. Adolf v.] Carlowitz,
[Prof. Dr. Theodor Eschenburg],
Dr. Wilhelm Grotkopp

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 81

Empelde 20.9.52

Lieber Ott!

Papens Memoiren, die die „Welt" jetzt bringt, werden Sie sicher lesen; Sie werden übrigens auch gelegentlich zitiert.
Einen Gesammteindruck habe ich noch nicht, zweifellos sind sie geschickt geschrieben und natürlich will er seine Haltung rechtfertigen.
Worüber ich zunächst gestolpert bin und auch mit Kunzen Verbindung aufgenommen habe, ist die völlig schiefe Darstellung der Person Schleichers in der Ausgabe vom 18.9.
Bevor ich etwas unternehme, wollte ich aber noch von Ihnen hören, wie Sie Papens Schilderung beurteilen.
Ich habe s. Zt. 46 eine Darstellung niedergeschrieben, die ich auch heute noch für richtig halte und die in manchen Dingen grundlegend von Papens Angabe abweicht. Ich lege sie nochmals bei, glaube allerdings, Sie Ihnen schon mal zugesandt zu haben.
Von uns ist nichts besonderes zu berichten. Ich bin noch in meiner alten Tätigkeit als Presse-Mann beim hiesigen Bauern-Verband und die Familie ist bis auf den vermißten Ältesten wohlauf. Dasselbe hoffe ich von Ihnen und den Ihren

Mit herzlichen Grüßen von Haus zu Haus

Stets Ihr ergeben

Goltzmann

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Eugen OTT. Icking/Isartal, den 18. November

Lieber Holtzendorff!

Ich danke Ihnen sehr für Ihren freundlichen Brief vom 20. Sept., ich habe mich über das Lebenszeichen und die befriedigenden Nachrichten von Ihrem Haus gefreut und über unser gleiches Urteil zu den Papen-Memoiren.

Wenn ich so spät antworte, bitte ich um freundliches Verständnis. Es schien mir notwendig, erst ein en Gesamtüberblick über das Werk zu haben und einen Weg vorschlagen zu können, auf dem wir alten Schleicher Männer wirksam für unsern Chef eintreten könnten.

Das Buch habe ich jetzt durchgelesen, es ist zweifellos geschickt geschrieben und bringt der Forschung manches neue Material, sucht durch sein Bekenntnis zu "aufrechter" monarchischer Grundhaltung zu wirken, die P. in seiner praktischen Haltung keineswegs bestimmt hat, und verbiegt das Bild von Schleicher zum Intriganten.

Das Echo in der Presse und dem Schrifttum ist, soweit es mir zu Gesicht kam, kritisch und lässt sich von den Entlastungsversuchen Papens nicht überzeugen oder gegen Schleicher besonders einnehmen. Am ruhigsten scheint mir Giselher Wirsing aus dem alten Zehrerkreis zu urteilen, er nennt P. in Christ und Welt Nr. 45 v. 6. Nov. "den Herrenreiter im Moras bemüht sich aber, die Ereignisse vor der Machtergreifung aus dem Zwang der Gesamtlage und der Ohnmacht der Parteien zu erklären, und entgiftet gleichzeitig das Bild Schleichers.

Die Frage, was der alte Schleicherkreis tun könnte, habe ich mit Förtsch besprochen, der ja von Uns Allen eine Fülle Materials gesammelt hat und im Rahmen einer Arbeit über Wehrmacht und Nat. Sozialismus sich eingehend mit der Person und Politik Schl. befassen wollte.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Daraus wird nun leider nichts, Förtsch hat sich offenbar freundschaf
lich vom Institut für Zeitgeschichte getrennt, das Material verblieb d
zuständigen Institut, und seine Verwertung im Ganzen ist wohl ungewiss
Teilweise wird es wohl Staatsrat Dr. Eschenburg, Professor für Staatspo
litik in Tübingen, benutzen. Er wird zusammen mit dem Tübinger Histori
Professor Dr. Rothfels, die "Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte" erse
nen lassen (im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte) und hat einen
Beitrag über Papens Memoiren angekündigt. Ich kam mit Förtsch überein,
dass ein eigenes Vorgehen seitens des Schleicherkreises nicht wirksam
wäre, da wir ja nur zu einem beschränkten Teil der Memoiren aus bes
schränkter Sicht einen Beitrag leisten könnten. Am besten würden wir
mit Eschenburg in Verbindung treten und ihm unsere Kenntnisse zur ob
jektiven Verwertung für seinen Papen-Aufsatz anbieten, dort läge es in
guten Händen und bei einer Autorität.

Ich habe meinerseits an Eschenburg, den ich gelegentlich über Schl
gesprochen habe, geschrieben, da ich ja von Papen öfters zitiert werde
und mich zur mündlichen oder schriftlichen Aussprache angeboten, Ihre
drschrift, die auch ich trotz der Reisser von Meisner und Berndorff "Ge-
neral zwischen Ost und West" im Wesentlichen für richtig halte, werde i
Esch, gerne zum gleichen Zweck übergeben, wenn Sie einverstanden sind od
nicht etwa selbst mit ihm korrespondieren wollen, seine Anschrift ist
einfach die Universität Tübingen.

Wenn Sie meinen, könnten wir auch Kuntzen, Carlowitz und Crüwell
auf diesen Weg aufmerksam machen, ich glaube aber, dass ihre Zeugnisse
sr. Zt. von Förtsch für das Institut erschöpfend niedergelegt worden s

Das wäre meine Antwort, lieber Holtzendorff, ich bitte noch e
mal zu verzeihen, dass sie so spät kommt. --

Der Familie Ott geht es ordentlich, wir haben endlich einen St
das Haus in Icking bei München frei bekommen, so dass wir hier ve

Herzl Gr.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 83

Eugen OTT
Botschafter a.D.

Icking/Isartal, 18.Nov.1952.

Sehr verehrter Herr Staatsrat! [Theodor Eschenburg]

Die Deutsche Verlagsanstalt kündigt im Werbeschreiben für die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte einen Beitrag von Ihnen über Papens Memoiren an. In Erinnerung an unser früheres Gespräch und nachdem ich zu den Ereignissen um Schleicher in den Memoiren wiederholt zitiert worden bin, stelle ich Ihnen gerne meine Kenntnisse der damaligen Vorgänge zur Verfügung, falls Sie zum Thema Schleicher einige Fragen an mich richten wollen. Sollte Sie in nächster Zeit der Weg in das Institut für Zeitgeschichte in München führen, könnte ich gerne dorthin zur mündlichen Erörterung kommen.

Mit bestem Gruss

Ihr sehr ergebener

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 84

Hanshenning von Holtzendorff
privat: Empelde b. Hannover
Stille Str. 4

Hannover, 24. 11. 1952
Arnswaldtstr. 35

Lieber Ott!

Besten Dank für Ihren Brief wegen der Schleicherangelegenheit. Ich bin ganz Ihrer Ansicht, daß man sich unter diesen Umständen Foertsch's Rat entsprechend durch Material-Lieferung an die Tübinger Herren und nicht durch eigene Veröffentlichung für eine Klarstellung einsetzt. Ich bin selbstverständlich sehr damit einverstanden, daß Sie Professor Eschenburg mein Exposé übergeben und werde ihm auch noch persönlich schreiben. Sehr schade, daß Foertsch nicht selber die Frage weiter betreiben kann.

Orientiert habe ich übrigens unter zur Verfügungstellung von Unterlagen über Schleicher seinerzeit folgende Persönlichkeiten:

1. Professor Meinecke, anläßlich einer völlig schiefen Darstellung Schleichers noch aus dem Lager. Er sagte mir zwar Berücksichtigung bei späteren Darstellungen zu, was aber infolge seines hohen Alters wohl kaum noch zum tragen kommt.
2. Zürer vom „Sonntagsblatt", der ein Buch schreiben wollte, woran ich aber etwas zu zweifeln beginne.
3. Mannstein für seine Memoiren.
4. Seinerzeit beim Verlassen des Lagers General Erfurth auf seinen Wunsch für den kriegsgeschichtlichen Stab.

Auch Kunzen, Nöldechen und Karlowitz kennen die Schrift und halten die Darstellung für richtig.

Kunzen habe ich über Ihren Brief unterrichtet. Er ist auch unserer Auffassung. Karlowitz hoffe ich in der nächsten Zeit ebenfalls einmal zu sehen. Von mir sonst nichts Neues.

Mit der Bitte um sehr viele Empfehlungen und

herzlichen Grüßen
stets Ihr

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 85

Eugen OTT. Icking/Isartal, den 12.Dez/1952.

Eugen OTT. Icking/Isartal, 12.Dez.1952.

Sehr verehrter Herr Professor! [Theodor Eschenburg]

Besten Dank für Ihre freundliche Antwort vom 2.12. und die Zusendung der eindrucksvollen Denkschrift über die Ermordung Schleichers. (Im Februar 1934 vor meiner 2. Ausreise nach Japan war ich mit General von Rundstedt bei Schleicher zu Tisch und habe ihm dringend vorgeschlagen, er solle sich durch eine Weltreise und einen längeren Aufenthalt als mein Gast in Japan von Deutschland fernhalten -wie es damals Planck getan hat-, er sei in Deutschland gefährdet, seine Strasser-Poltik sei bestimmt nicht vergessen und seine scharfe freimütige Kritik werde weitergetragen werden. Er lehnte ab, "Emigrant" zu werden und suchte Rundstedt und mich zu beruhigen, er werde sich in Sprache und Handeln zurückhalten, die Zeit zur wirksamen Gegenaktion sei noch nicht gegeben).-

Auf Ihre Fragen darf ich in Kürze zurückkommen sobald ich Papens Memoiren wieder in Händen habe, die ich vorübergehend weggeben habe.

Für heute füge ich das Expose von Holtzendorff bei. H. war Gutsherr auf Jagow in der Ukermark als Erbe des Admirals von Holtzendorff, stellte sich dem befreundeten General von Schleicher zur freiwilligen Mitarbeit in Wirtschaftsfragen im Ministeramt des Rw. Min zur Verfügung und gehörte zu unserm engeren Kreis. Seine Niederschrift ist 1946 im Lager geschrieben und durch spätere Publikationen in Einzelheiten überholt, mag aber als Urteil eines vertrauten Mitarbeiters über die Person und Poltik des Generals zu einiger Klarstellung gegenüber der scharfen Polemik Papens dienen.

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

ZS/A-36 / 02 - 86

Eugen Ott. Icking/isartal, den 13.dez.1952.

Lieber Holtzendorff!

Besten Dank für Ihren zustimmenden Brief vom 24.11.und das Einverständnis, Ihre Denkschrift an Eschenburg zu geben.

Eschenburg hat seinerseits vor einigen Tagen geantwortet, ee mache gerne von der angebotenen Hilfe Gebrauch und erbat dabei auch Ihre Denkschrift, die ich abgehen liess.

E. Stellt zunächst folgende Fragen:

) " Mich interessiert vor Allem zu erfahren, auf welche Weise Papen Reichskanzler geworden ist. Am 25. Mai 32 will Papen nach seinen eigenen Erinnerungen (S.182) von Schl. einen Anruf bekommen haben, und am 28. Mai zum ersten Mal von dem Kanzlerprojekt erfahren haben. An anderer Stelle aber behauptet P., dass Francois-Poncet schon Ende April durch Schl. erfahren habe, Brüning solle durch P. ersetzt werden. Hier entsteht ein Widerspruch."....

.) Fragen über meine Entsendung zu Hitler nach Weimar.....

.) ..."Welches waren die eigentlichen Gründe Schl., auf die Entlassung von P. zu drängen? Die Presse hat damals die Mitteilung gebracht, dass die Mehrheit des Kabinetts sich für den Rücktritt P. ausgesprochen hätte. Ich war bei dem bekannten Herrenclub-Essen im Dez. 32 anwesend, als P, seine Rede hielt. Ich bin damals zu Planck gegangen und habe ihn gefragt, wie er eine solche Rede zulassen könne. Das wäre der reine Dolchstoss. Planck erwiderte mir: " Lassen Sie ihn ruhig reden, das stört uns nicht", Ich hatte überhaupt den Eindruck, dass Schl. noch bis zum 28. Hanuar die ganze Politik P. nicht ernst genommen hatund sich auf eine lange Reichskanzlerschaft eingerichtet hatte. Ist das richtig? ....

Ich will E. , sobald ich die Papen-Memoiren wieder in Händen habe, antworten, soweit ich das vermag , wir können auf dem Umweg über die Papenfragen ja durchaus für unsern guten Chef wirken.

Beide Fragen a und c berühren Sie ja auch in Ihrer Denkschrift, aber vielleicht erinnern Sie sich noch weiterer Einzelheiten, die uns zur Klarstellung dienen können. Über die Bemerkung Francois-Poncet gegenüber habe ich sehr meine Zweifel, Schl. stand zwar mit ihm in einer gewissen bonne camaraderie und hatte seinen Spass an dessen Witz, aber eine Indiskretion dieses Ranges halte ich für sehr unwahrscheinlich, sie konnte Schl, -sollte er

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

überhaupt Ende April schon die Entwicklung so gesehen haben, teuer zu stek
hen kommen, besonders dem Zentrum und dem R.P. gegenüber.

Mich persönlich fragte Schl. bei einem Morgenritt im Tiergarten, was ich
zu einer Kanzlerschaft Papen meine (ich glaube unmittelbar nach dem Rückt
trizz Brünings). Als ich sehr überrascht scharf ablehnte und P. -nach mei
nen gelegentlichen Eindrücken im Vorzimmer Schl.-das Können und Gewicht f
für den Stuhl Bismarcks absprach, erwiderte Schl., Hitler sei noch nicht
reif, Wewtarp unbrauchbar, es sei kein brauchbarer Kandidat rechtsgerichte
ter Einstellung verfügbar, P. habe die Chance, das Zentrum oder wesentliche
Teile davon mitzubringen.

Könnten Sie sich an Weiteres erinnern?

Zur Frage c war die Lage doch wohl so geworden, dass P. ohne jede Aussic
mit dem Parlament regieren zu können, sich nur noch auf Präsidial-Verord
nungen stützen konnte d.h. also letzten Endes auf die Wehrmacht im Ausnah
mezustand, der damit einen Kanzler zu halten gehabt hätte im voraussicht-
lichen Bürgerkrieg. Ich höre noch die äusserste Schärfe, mit der Hitler mi
in Weimar P. als völlig untragbar erklärte. Demgegenüber war Schl. der Hof
nung, dass ein Reichswehrminister, der Kanzler wäre, ein Gewicht einzusetze
hätte, das den Einsatz der Reichswehr ersparen werde, daher sein Entschlus
das niemals erstrebte Amt der Kanzlerschaft in der Kenntnis der ihm ge
gezogenen Grenzen der Persönlichkeit widerstrebend und als Statthalter f
einen Nachfolger anzunehmen!

Damit wäre auch die Frage nach der Erwartung einer langen Kanzler-
schaft beantwortet.

Was meinen Sie dazu? Es deckt sich ja wesentlich mit Ihrer Denk-
schrift. Die Intriguen, gegen die P. wiederholt und gehässig polemisiert,
sind m.E. Verleumdungen von P.

Ich wäre Ihnen für ein paar Worte zu diesen Absichten
der Darstellung dankbar und bin mit den besten Grüssen an die Famili
und auch an Kunzen, bitte

Anlage von P. übersandt
ein erschütterndes Dict.

Ihr alter [illegible]

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 87

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG

Privat: Dr.Wilhelm Grotkopp
Hamburg-Othmarschen
Elbchaussee 215.
Tel.492112.

Hamburg, den 13.12.52

Auch Fortsetzung 15.XII.

[COM]

Sehr geehrter Herr Botschafter,

Ihre Anschrift verdanke ich Herrn Zimmermann (Ferdinand Friedensburg), der gegebenenfalls auch gern zu Auskünften bereit ist.

Zurzeit arbeite ich an einem grösseren Buch über die Wirtschaftspolitik in den Jahren 1930/33. Manches kann aus den Akten nur noch schwer festgestellt werden. Dies gilt vor allem für die Bemühungen der Regierung Schleicher. Da Sie damals an wichtigen Verhandlungen beteiligt waren, wäre ich Ihnen für Mitteilung dankbar, wobei ich es Ihnen anheimstelle zu bestimmen, ob ich diese Angaben mit oder ohne Nennung der Quelle verwenden kann.

Wie weit waren die Bestrebungen gediehen, Strasser heranzuziehen? Nach einigen Mitteilungen war an ein Direktorium Schleicher-Strasser-Wagemann gedacht, nach anderen sollte Strasser sogar Reichskanzler, zumindest preussischer Ministerpräsident werden.

Wer hat neben Gereke auf die Arbeitsbeschaffungspolitik entscheidend Einfluss genommen? Welche Minister oder Ministerien waren aktiv. Wie verhält sich die Reichsbank? Wer hat die Konstruktion des Arbeitsbeschaffungswechsels entwickelt?

Zu begrüssen wäre natürlich eine persönliche Rücksprache, aber bei der weiten Entfernung wird diese kaum möglich sein. Somit wäre ich Ihnen im Interesse einer objektiven Darstellung sehr verbunden, wenn Sie sich die Zeit nehmen würden, auf diese Fragen kurz einzugehen.

Mit verbindlichsten Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

Grotkopp

DIE WELT-Verlags-Ges. m. b. H., Hamburg - Essen - Berlin.
(24 a) Hamburg 36, Gr. Bleichen 38-52, Ruf: 34 10 10, nachts sowie an Sonn- und Feiertagen: 34 54 71 und 34 42 79, Ferngespräche nur für die Redaktion 34 31 03. Bankkonten: Hamburger Kreditbank, Hamburg, Konto-Nr. 3588, Norddeutsche Bank in Hamburg, Hansa-Bank, Hamburg, Konto-Nr. 917 800. Postscheck: Hamburg 1230 00. Drahtanschrift: Weltverlag.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-36 / 02 - 88

Eugen Ott. Icking/Isartal, den 15.12.1952.

Lieber Holtzendorff!

Eben erhalte ich einen Brief, der uns vielleicht die Möglichkeit gibt, noch auf einem weiteren Weg für Schleicher zu wirken. Deshalb schreibe ich Ihnen heute nochmals.

Ein Dr. Grotkopp, der der Zeitung "die Welt" nahesteht und von Herrn Zimmermann (Ferdinand Fried des Lehrerkreises) an mich gewiesen ist, bearbeitet ein Buch über die Wirtschaftspolitik der Jahre 1930/33, und bittet um Auskünfte über die Bemühungen der Regierung Schleicher, die aus den Akten nur mangelhaft festzustellen seien.

Im Einzelnen fragt er:

Wie weit waren die Bestrebungen gediehen, Strasser heranzuziehen? Nach einigen Mitteilungen sei an ein Direktorium Schleicher-Strasser-Wagemann gedacht worden, nach andern sollte Strasser sogar Reichskanzler, zumindest preussischer Min. Präsident werden.

Wer hat neben Gereke auf die Arbeitsbeschaffungspolitik entscheidenden Einfluss genommen? Welche Minister und welche Ministerien waren aktiv? Wie verhielt sich die Reichsbank? Wer hat die Konstruktion des Arbeitsbeschaffungswechsels entwickelt?----

Die Fragen, besonders über die Arbeitsbeschaffungspolitik liegen meist ausserhalb unseres damaligen Blickfeldes, aber Einiges über diese Gebiete, die Schleicher ja sehr am Herzen lagen und ihn von der Politik des Vorgängers unterschieden, werden wir beitragen können.

Ich will dazu mein eigenes Gedächtnis durch das Material des Instituts für Zeitgeschichte ergänzen und versuchen, in der Staatsbibliothek den Wortlaut der Rundfunkrede Schleichers an den Reichstag zu bekommen.

Wenn Sie, lieber Holtzendorff, mir auch Einiges dazu sagen

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

bin ich Ihnen dankbar. Wissen Sie, ob und wo Warmbold noch lebt? Er wäre wohl die beste und eine loyale Quelle.

In den Vortagen von Weihnachten ist Vater Holtzendorff wohl s sehr beschäftigt, lassen Sie sich bitte Zeit für eine Antwort. Ich werde Herrn Grotkopp schreiben, dass ich ihm gerne nach Möglichkeit Auskunft geben werde, nachdem ich mein Gedächtnis durch einige Nachforschungen ergänzt hätte.

Mit bestem Gruss und herzlichen Wünschen
für Weihnachten und ein Gutes Neues Jahr

Ich
Ihr
[illegible]

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Eugen Ott. Icking/Isartal, den 15.12.1952.

Lieber Carlowitz,

darf ich mich heute im Interesse unseres lieben alten Chefs, des Generals von Schleicher an Sie wenden?

Als die Welt einige Teile der Papen-Memoiren im Vorabdruck brachte, rehte Holtzendorff bei mir an, etwas gegen die Verzerrungen der Person und Rolle Schleichers zu unternehmen. Ich habe mich nach der Durchsicht d s Gesamtwerkes mit Foertsch in Verbindung gesetzt, dessen geplantes Buch über die Wehrmacht und den Nationalsozialismus mir die wirksamste Plattform für eine Zurückweisung der Verzerrungen erschien. Leider wird nun aus diesem Buch aus der Feder Foertsch nichts, F. ist aus dem Institut für Zeitgeschichte ausgeschieden und hat das Material dort belassen müssen. Auf der Suche nach einer anderen soliden und wirksamen Plattform kamen wir auf die Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, die der Tübinger Historiker Rothfels und der Tübinger Staatsrechtler Eschenburg neuestens herausgeben. Eschenburg hat eine Studie über die Papen-Memoiren für eines der kommenden Hefte angekündigt.

So habe ich mich an ihn gewandt und ihm angeboten, etwaige Fragen über die Schleicherzeit im Interesse einer objektiven Beurteilung Schleichers zu beantworten, soweit das möglich ist. Holtzendorff ist einverstanden und hat mir zunächst seine Denkschrift aus dem Jahr 1946 zur Verfügung gestellt, die ich an Eschenburg gegeben habe. E. nimmt die angebotene Hilfsstellung an und hat zunächst folgende Fragen gestellt:

a.) Mich interessiert vor Allem zu erfahren, auf welche Weise Papen Reichskanzler geworden ist. Am 28. Mai 32 will P. nach seinen eigenen Erinnerungen (S. 182) von Schl. einen Anruf bekommen haben und am 28. Mai zum erstenmal von dem Kanzlerprojekt erfahren haben. An anderer Stelle aber behauptet P., dass Francois-Poncet schon En-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

b.) Fragen über meine Entsendung nach Weimar.

c.)"Welches waren die eigentlichen Gründe Schl, auf die Entlassung P. zu drängen. Die Presse brachte damals die Mitteilung dass die Mehrheit des Kabinetts sich für den Rücktritt P. aussprochen habe. Ich war bei dem bekannten Herrenclubessen im Dez. 32 anwesend, als P. seine Rede hielt. Ich bin damals zu Planck gegangen und habe ihn gefragt, wie er eine solche Rede zulassen könne. Das wäre der reine Dolchstoss. Planck erwiderte mir: Lassen Sie ihn ruhig reden, das stört uns nicht". Ich hatte überhaupt den Eindruck, dass Schl. bis zum 30. Januar die ganze Politik P. nicht ernst genommen hat und sich auf eine lange Kanzlerschaft eingerichtet hat. Ist das richtig?"

Sobald ich die vorübergehend weggegebene Papen-Memoiren wieder in Händen habe, will ich E, antworten in der allgemeinen Linie

zu a.) Brüning unhaltbar, weil notwendige Zusammenarbeit mit stärkster Partei NSDAP nicht erreichbar, P, von Schl. als Statthalter gedacht bis Hitler bei RP durchsetzbar, Andere Persönlichkeit auf der Rechten nicht in Sicht. Schl. selbst nicht bereit, k Kabinett zu führen. Mitteilung am Fr. Po. nichts bekannt, unwahrscheinlich.

zu c,) Papen ohne Mehrheit im Parlament auf Präsidial-V.O.s angewiesen, latente Gefahr des Ausnahmezustands, d.h. Einsatz der Wehrmacht für Kanzler des Notbehelfs gegen die NSDAP.

Kanzler Schl. gleichzeitig Führer der Reichswehr bot Aus sicht eines Gewichts, das Einsatz der Reichswehr erübrige. Schl. widerstrebend Amt übernommen, betrachtet sich als Übergangskanzler bis zur legalen Kanzlerschaft Hitler unter Einbau starker Sicherungen gegen Diktatur.

Eine zweite Gruppe von Schleicherfragen hat ein Dr. Grotkopp auf Empfehlung des Herrn Fried des alten Zehrerkreises an mich gerichtet. Er bearbeitet ein Buch über die Wirtschaftspolitik der Jahre 30/33 und bittet um Auskunft über die Bemühungen der Regierung Schl.

Seine Fragen richten sich 1.) auf die Verhandlungen mit St Strasser, 2.) auf die Arbeitsbeschaffungspolitik und ihre Träger ausser Gereke.

Diese letzte Frage lag ja zumeist ausserhalb unseres Gesichtskreises bei der W, aber vielleicht weiss der ehemalige Pressechef von Preussen dazu etwas zu sagen?

Wenn es Ihre zeit erlaubt, lieber Carlo, wäre ich Ihnen für ein paar Beiträge in Stichworten zu den erwähnten Fragengebieten sehr dankbar.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit für die Braut Monika und die Brauteltern die herzlichsten Glückwünsche der Familie Ott aussprechen--ich habe zu meinem Schrecken bemerkt, dass ich das im Umzug nach Icking (zur Wiedervereinigung mit Frau und Tochter im freier gewordenen Haus) und über einem Trubel laufender Dinge schmählich versäumt habe.

Institut für Zeitgeschichte München

ZS/A-36 / 02 - 90

Hanshenning von Holtzendorff

Hannover-Empelde, 23. 12. 1952
Stille Str. 4

Lieber OTT!

Mein Brief an Professor ~~Schnellen~~Eschenburg auf Grund Ihrer damaligen Nachricht war gerade weg, als Ihr Schreiben eintraf. Ich bin ganz Ihrer Ansicht, daß wir auf diesem Wege am besten für unseren alten Chef etwas tun können. Die Fragen zu a und c hat er mir auch gestellt. Sie sehen, daß ich genau denselben Eindruck hatte und daß Schleicher Papen noch nicht als scharfen Gegner wertete, während uns Becker bereits warnte, daß er und der Mann mit dem hohen Kragen scharf gegen ihn agitierte.

Trotz seines guten Verhältnisses zu Fr.-P. glaube ich auch nicht, daß er ihm gegenüber eine so diffizile Sache erwähnt hätte, ehe sie völlig spruchreif war. Er war zwar verblüffend offen, aber dann mit voller Absicht und eine Indiskretion von Fr.-P. hätte tödlich sein können. Alles siehe Abschrift meines Briefes an Eschenburg. Gestern kam übrigens zufällig über den Rundfunk in der Sendung "Vor 20 Jahren" ein Auszug aus der Schleicherrede mit der wörtlichen Wiedergabe seiner Ausführungen über Papen (Ritter ohne Furcht und Tadel). Was die Länge der Kanzlerschaft anbetrifft, so war ich persönlich der Ansicht, daß Schleicher die Absicht hatte, sich baldmöglichst wieder auf den Reichswehrminister zurückzuziehen - siehe meine Studie "Bis einer von den beiden billiger spielt" (RP bzw. Hitler). Sicher hat Schleicher nicht gegen Papen intrigiert.

Soweit Ihr erster Brief, den zweiten kann ich gleich mitbeantworten und zur Wirtschaftspolitik aus der Erinnerung noch folgendes sagen: Strasser sollte meines Wissens als Vizekanzler und Sprechminister herangezogen werden. Auf die Arbeitsbeschaffungspolitik hatte entscheidenden Einfluß der ausgezeichnete Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Syrup, der damals, und auch heute noch, als einer der besten Fachleute galt und im Kabinett Schleicher Arbeitsminister wurde. Ich weiß nicht, ob er noch lebt. Ich habe häufiger mit ihm gesprochen und erinnere mich eines Ausspruchs von ihm, daß eine Aufrüstung in vernünftigen Grenzen eine der besten Möglichkeiten zur schnellen Ankurbelung der Wirtschaft und Behebung der Arbeitslosigkeit sei. Es ist interessant, daß im Kabinett Hugenberg/Hitler dieser ausgesprochen tüchtige Fachmann durch den unbedeutenden Seldte ersetzt wurde (Stahlhelm). Er wurde wieder Präsident der Reichsanstalt und hat m. W. von dort aus auch noch längere Zeit sachlich und vernünftig gewirkt. Syrup war

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

übrigens auch gleichzeitig der Leiter des freiwilligen Arbeitsdienstes, der damals von allen Seiten betrieben wurde - beide Kirchen, Jungdeutscher Orden, Sozialisten, Einzelverbände und ganz schüchtern auch Kreise der NSDAP, die getarnt mitmachten, weil ihre Führung nur staatlichen Arbeitsdienst zuließ. Der große Hierl wurde damals von Schleicher zu mir geschickt und wollte sich Rat holen, wie er trotz dieses Dilemmas beim freiwilligen Arbeitsdienst mitmachen könne, weil ihm sonst seine Leute wegliefen. Ich habe ihm damals geraten, er könne ja ruhig überall den freiwilligen Arbeitsdienst mitmachen und in dem einzigen nationalsozialistisch regierten Land Anhalt versuchsweise einen solchen Dienst nach Ansichten seiner Partei aufziehen. Darauf zog er befriedigt ab.

Ganz entscheidend hat natürlich bei den ganzen Dingen Warmboldt mitgewirkt, der sowohl im Kabinett Papen wie Schleicher Wirtschaftsminister war. M. E. lebt er noch. Er ist auch, soviel ich weiß der Erfinder der Steuergutscheine, die einen ersten Vorgriff auf erhöhte Steuereinnahmen infolge Ankurbelung der Wirtschaft - also Kapitalschöpfung - darstellten, allerdings in einem gegenüber dem Dritten Reich sehr geringem Umfange, m. W. 800 Millionen. Diese Maßnahme erfolgte im vollen Einvernehmen mit Finanzminister und Reichsbank, so daß der Minister Graf Schwerin-Krosigk darüber Bescheid wissen muß. Ob er in seinen Memoiren darüber geschrieben hat, ist mir im Augenblick nicht klar. Krosigks Adresse könnte ich Ihnen beschaffen. Warmboldt lebt glaube ich noch und ich werde ebenfalls versuchen seine Adresse herauszubekommen. Er war ja bis zum ersten Weltkrieg Leiter der Wirtschaftsberatung der märkischen Landschaft und später Rektor der landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim bei Stuttgart. Kürzlich gratulierten ihm Bekannte aus der Wirtschaftsberatung zum 70. Geburtstag.

Soweit meine Kenntnis. Es wäre sicher gut, wenn man sich mit den betreffenden Verfassern einmal mündlich unterhalten könnte, da es schriftlich kaum möglich ist, alles im einzelnen zu klarieren.

Daß ich mit Zehrer und Zimmermann durch das Sonntagsblatt, an dem beide tätig sind, in Berührung kam, schrieb ich wohl schon. Mit Zehrer auch wegen Schleicher.

Ich muß jetzt schließen und hoffe auf baldige mündliche Ergänzug. Ich selbst bin leider stark angespannt, vielleicht führt Sie Ihr Weg einmal hierher.

Ein recht schönes Fest und gutes neues Jahr und Empfehlungen von

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-36 / 02 - 92

Haus zu Haus

stets Ihr

P.S.: Von Herzen Dank für die übersandten Unterlagen über Schleichers Tod.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 93

Dr. W. GROTKOPP

HAMBURG-OTHMARSCHEN
Elbchaussee 215
Telefon: 49 21 12

22.1.53

Antwort 16.1

Sehr geehrter Herr Botschafter, [DH]

mit einer Karte vom 15.13. hatten Sie mir freundlicherweise eine Beantwortung meiner Karte vom 13.13. in Aussicht gestellt. Sehr würde ich es begrüssen, wenn Sie gelegentlich die Zeit fänden.

Zu meinen damaligen Fragen tritt eine andere hinzu. Nach einer vorgefundenen Akte hatte der Lübecker Industrielle Dr.Heinrich Dräger, in dem beiliegenden Schriftstück H.D. genannt, Ende Januar 1933 eine Unterredung mit Ihnen als dem Vertreter des Reichskanzler Schleicher. Sehr wären wir Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie uns mitteilen würden, dass diese Niederschrift in Ungefähr den Erinnerungen entspricht, die Sie von der damaligen Zeit haben.

In Erwartung Ihrer Nachricht verbleibe ich mit den verbindlichsten Empfehlungen

Ihr sehr ergebener

Grotkopp

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Eugen Ott. Icking/Isartal, den 16.2.1953.

Sehr geehrter Herr Dr. Grotkopp!

Auf Ihre freundlichen Schreiben vom 13.12 52 und 22.1.53 darf ich Ihnen im Folgenden einige Auskünfte geben und bitte, die verzögerung zu entschuldigen, eine nachshaltige Grippe hat mich für einige Wochen ausser Gefecht gesetzt-.

An den Verhandlungen d s Reichskanzlers von Schleicher mit Gregor Str Strasser und an seinen Massnahmen für die Arbeitsbeschaffung waren wir militärischen Mitarbeiter im Allgemeinen nicht beteiligt. Meine Erinnerungen stützen sich zumeist auf Äusserungen Schleichers und sind recht lückenhaft. Wenn ich Ihnen trotzdem einige Bruchstücke zu Ihrem Gesamtbild geben kann, ist es mir eine Freude. Als Quelle bitte ich mich nicht zu nennen.

Die Verhandlungen mit Strasser waren soweit gediehen, dass Hindenburg ihn empfing und unter dem Eindruck, dass Str. bereit war, das Parteiprogramm der Lage anzupassen, dem Vorschlag Schleichers zustimmte, Str, zum Vizekanzler zu berufen. Der Versuch mit Str. scheiterte an dessen Ablehnung als Einzelpersönlichkeit ins Kabinett einzutreten wie Schleicher wünschte. Er ging einen anderen Weg, griff in einem Brief an Hitler dessen unfruchtbare Opposition an und forderte, als Vertreter der Partei in das Kabinett Schl. eintreten zu dürfen, gleichzeitig legte er seine Parteiämter nieder. Trotzdem Str, sich der Zustimmung führender Parteigrösse wie Frick versichert hatte ist es Hitler gemeinsam mit Göbbels gelungen den "Verräter Strasser völlig zu isolieren und die Partei erneut zusammenzuschliessen. Str, entzog sich druch seine Abreise aus Berlin weiteren Verhandlungen mit Schleicher, die aber auch von dessen Seite kaum mehr in Frage kamen nachdem Str, derart an Gewicht verloren hatte und die Gewerkschaften sich nach anfänglicher Bereitschaft ebenfalls versagten.

Auf die Arbeitsbeschaffungspolitik haben m!W. zwei Persönlichkeiten entscheidenden Einfluss genommen, der Arbeitsminister im Kabinett im Kabi

Abschrift.

Lübeck, den 10.2.1952.

Unterredung mot Major(resp.Oberstlt,resp.Oberst)Ott und Herrn von Holtzendorff anlässlich der Übergabe des ersten Korrekturdruckes der Gemienschaftsarbeit"Arbeitsbeschaffung",der noch die Rede des General von Schleicher enthielt.

(Ein gleiches Exemplar erhielten auch andere Freunde der Studiengesel schaftusa. auch der damalige Landrat in Rendsburg Stelzer).

HD sagte zu Ott mit dem Bemerken,dass Schleicher jetzt eine ungeh re Initiative und Aktivität entfalten müsse,auch in puncto Arbeitsbesc fünf,um sich unter allen Umständen zu ha ten,beim Abschied noch Folgen

Lasst auf keinen Fall den Trommler auf die Lokomotive,ich habe diese Leute jetzt kennen gelernt.Er ist kein Lokführer,er überfährt nachher,w er erst richtig in Fahrt kommt,alle Haltesignale.Er ist kein kühl rech der sachlich denkender Mann,aber dafür ein glänzender Propagandist und steht es,mit wundervollem Schwung die Menschen niederzureissen.Lasst ja ni den Trommler auf die Lok,sonst gibt es ein furchtbares Eisenbahnunglüc

Ott antwortete resigniert darauf:Der alte Herr wird wohl schliess doch nicht andersokönnen,fürchte ich,was wollen Sie denn machen.Seine Leute sind jetzt ~~xxxxx~~ so stark geworden,was wollen Sie denn machen,w Sie bei jedem andern Lokführer,wenn es nicht Hitler selber ist,uns so die Schienen aufreissen.

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

ZS/A-36 / 02 - 95

Eugen Ott. Icking/Isartal, den 16.2.1953.

Sehr geehrter Herr Dr. Grotkopp!

Auf Ihr freundliches Schreiben vom 13.12 52 und 22.1.53 darf ich Ihnen in im Folgenden einige Auskünfte geben, und bitte die Verzögerung damit zu entschuldigen, dass mich eine nachhaltige Grippe für längere Zeit ausser Gefecht gesetzt hatte.

Wir militärischen Mitarbeiter waren im Allgemeinen an den Verhandlungen des Reichskanzlers mit Politikern und an seinen Massnahmen für die Arbeitsbeschaffung nicht beteiligt. Meine Erinnerungen stützen sich zumeist auf Äusserungen Schleichers und sind recht lückenhaft. Wenn ich Ihnen trotzdem einige Bruchstücke zum Gesamtbild geben kann, wäre es mir eine Freude, als Quelle bitte ich mich nicht zu nennen.

Die Verhandlungen mit Strasser waren soweit gediehen, dass Hindenburg ihn empfangen hat und dem Vorschlag Schl.s zustimmte, ihn zum Vizekanzler zu berufen, nachdem er den Eindruck gewonnen hatte, dass Str. kein unnachgiebiger Programmfanatiker war. Schl. betrieb den Eintritt Strassers in das Kabinett als Einzelpersönlichkeit, einerseits mit dem Ziel, die NSDAP zu spalten, anderseits wohl mit Rücksicht auf die Gewerkschaften, die für ein Zusammenwirken mit einem Vertreter der Partei kaum zu gewinnen waren. Strasser aber ging seinen eigenen Weg, griff in einem Brief an Hitler dessen unfruchtbare Opposition an und forderte, als Vertreter der Partei ins Kabinett delegiert zu werden. Trotzdem er sich der Zustimmung führender Parteigrössen wie Frick zu seiner Haltung versichert hatte, scheiterte er mit diesem Schritt. Es gelang Hitler und Strasser gemeinsam, ihn als Vertreter zu isolieren, vgl. dazu Göbbels Tagebuch "Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Str. reiste von Berlin ab und die Verhandlungen waren zu Ende, kamen auch für Schleicher nicht mehr in Frage, nachdem Strasser derart an Gewicht verloren hatte und die Gewerkschaften nach anfänglicher grosser Bereitschaft sich ebenfalls versagten.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Auf die Arbeitsbeschaffung hatten zwei Männer neben Gereke entscheidenden Einfluss, der Arbeitsminister im Schleicherkabinett, Syrup, und der Wirtschaftsminister Warmboldt. Beide Namen sind Ihnen bestimmt geläufig. Syrup übernahm das Ministerium von seiner hochangesehenen Stellung als Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversichering und kehrte dorthin zurück, nachdem Hitler in seinem ersten Kabinett Seldte zum Arbeitsminister gemacht hatte. Syrup war gleichzeitig der Leiter des freiwilligen Arbeitsdienstes, der damls eine grosse Anziehungskraft besass und von Parteien und Verbänden eifrig gefördert worden ist, um die Jugend der Lockung der S.A. zu entziehen. Ob Syrup noch lebt, ist mir nicht bekannt.

Minister Warmboldt hatte vor Kurzem 70. Geburtstag. Seine Anschrift erhalten Sie wohl durch die Landwirtschaftliche Hochschule Hohenheim bei Stuttgart, deren Rektor er eine Zeit lang gewesen ist. Warmboldt war, wie man hörte, der Vater der Steuergutscheine, mit denen das Reich bis zur Höhe von etwa 800 Millionen auf die Steuereinnahmen vorggriffen hat, deren Erhöhung durch die Belebung der Wirtschaft zu erwarten war. W. ging dabei in vollem Einvernehmen mit der Reichsbank und dem Finanzminister Graf Schwerin-Krosigk vor, der Ihnen darüber wohl auch eingehend Auskunft geben könnte.

Über den Anteil Schleichers an der Arbeitsbeschaffung und über die Wege, die ihm zur Vergrösserung der getroffenen Massnahmen vorschwebten, kann ich Ihnen sachliche Angaben leider nicht mehr machen. Ganz allgemein kann ich nur unterstreichen, dass Schl. diese Fragen als die vordringlichsten erklärte und im engen Kreis der Mitarbeiter seine Idee von der stufenweisen Gesundung Deutschlands immer wieder mit den Worten formulierte: Zuerst die Sanierung der Wirtschaft, dann die Festigung der Staatsauborität, zuletzt die Aktivierung der Aussenpolitik.

Die bekannte politische Entwicklung im Januar 1933 liessen ihn zu keiner wirksamen Arbeit kommen und drängten auch die Arbeitsbeschaffu

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

in den Hintergrund. Meine angebliche Äusserung vom Ende Januar 1933, ich erinnere mich wohl einer Zusammenkunft mit Herrn Dr. Dräger, aber nicht der Einzelheiten der Unterredung -, entspricht in Ungefähr der damaligen Auffassung unseres Kreises über die Lage.

Mit den verbindlichsten Empfehlungen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Dr Fischer heute noch erreichbar ist, weiss ich nicht, wollte Sie aber jedenfalls auf diese mögliche weitere Quelle für Ihre Arbeiten hinweisen.

Herrn Dr. Dräger, der mir an Hand einer Denkschrift "Gereke-Plan" einige weitere Fragen über die Sozialpolitik Schleichers gestellt hat, musste ich leider antworten, dass ich über Einzelheiten nichts mehr zu sagen vermag. Ich habe ihm aber die Anschrift des Herrn von Holtzendorff gegeben (E m p e l d e bei Hannover, Stille Strasse 4) Er hat mich sr. Zt. mit Dr. Dräger ih seinem Berliner Haus zusammengebracht und ist vielleicht in der Lage, Einiges beizutragen.

Mit verbindlichsten Empfehlungen

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-36 / 02 - 98

Dr. W. GROTKOPP

HAMBURG-OTHMARSCHEN
Elbchaussee 215
Telefon: 49 21 12

21.2.53

Sehr verehrter Herr Botschafter Ott,

Haben Sie verbindlichsten Dank für Ihren freundlichen Brief vom 16.2., dessen Angaben für mich überaus wertvoll gewesen sind. Selbstverständlich werde ich Ihren Wunsch berücksichtigen und Sie nicht als Quelle nennen. Geplant ist, im Vorwort generell die Persönlichkeiten zu nennen, die mir gewisse Auskünfte gegeben haben, wie z.B. die Herren v. Papen, Graf Schwerin-Krosigk, Luther, ohne aber anzugeben, um welche Einzelheiten es sich handelt. Soweit diese betr. Herren mir derartige Erlaubnis erteilt haben, werden Einzelheiten im Text besonders erwähnt. Sehr würde ich es begrüssen, wenn ich in dieser generellen Aufzählung auch Ihren Namen anführen könnte, um so nach aussen zu dokumentieren, dass ich mich auch um eine Klärung der Position Schleichers bei einem der wenigen Überlebenden aus dem Kreise Schleicher bemüht habe. Der entsprechende Wortlaut des Vorwortes würde Ihnen vorher zugesandt.

Ausserdem habe ich noch eine Anfrage, für deren Beantwortung ich Ihnen sehr zu Dank verpflichtet wäre. Im Winter 1932 spielte ja eine gewisse Rolle der Präsident des Statistischen Reichsamts, Geheimrat Wagemann. Er erzählte mir oft von seinen engen Verbindungen zu Schleicher und Strasser und später auch von dem Projekt eines Direktoriums Schleicher - Strasser - Wagemann, wobei Wagemann als eine Art Vizekanzler die oberste Leitung aller wirtschaftlichen Ressorts übernehmen sollte. Erinnern Sie sich an diese Pläne?

Mit verbindlichsten Empfehlungen Ihr

sehr ergebener

Grotkopp

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Eugen Ott. Icking/Isartal, den 24.2.1953.

Sehr verehrter Herr Dr. Grotkopp!

Mit verbindlichem Dank für Ihr freundliches Schreiben vom 21.Febr. erkläre ich mich gerne bereit einverstanden, wenn Sie mich im Vorwort des geplanten Werkes wie vorgeschlagen mit erwähnen wollen.

Was Dr. Wagemann betrifft, so erinnere ich mich wohl häufiger Bemerkungen Schleichers, die seine enge Fühlung und Hochschätzung erkennen liessen. Über die Absicht eines Direktoriums Schl.-Wagemann-Strasser, einer Vizekanzlerschaft Wagemann oder der Zusammenfassung aller Wirtschaftsgebiete in dessen Hansd ist mir nichts bekannt. Wenn Dr. Wagemann Ihnen davon gesprochen hat, so mögen solche Gedanken sehr wohl unter den zahlreichen Überlegungen erörtert worden sein, die man damals anstellte, um irgend einen Ausweg aus den ständigen lähmenden Parlamentskrisen zu finden. Hätten diese Gedanken eine festere Form angenommen, wären Sie mir vermutlich bekannt.

Herrn Dr. Dräger, der mir an Hand einer Denkschrift "Gereke-Plan" einige weitere Fragen zur Politik Schleichers auf dem Gebiet der Arbeitsbeschaffung gestellt hatte, musste ich leider antworten, dass ich über Einzelheiten nichts mehr zu sagen vermag. Vielleicht wäre Herr von Holtzendorff dazu in der Lage, in dessen Haus ich seinerzt. Dr. Dräger getroffen habe. Die Anschrift Holtzendorffs ist E m p e l d e b. Hannover, Stille Strasse 4.

Mit verbindlichsten Empfehlungen

E. O.

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

ZS/A-36 / 02 - 99

Eugen Ott. Icking/Isartal, den 24.2.1953.

Sehr verehrter Herr Dr. Grotkopp!

Mit verbindlichem Dank für Ihr freundliches Schreiben vom 21.2. stelle ich gerne anheim, meinen Namen im Vorwort des geplanten Werkes in der vorgeschlagenen Weise zu erwähnen.

Was Herrn Geheimrat Wagemann betrifft, so erinnere ich mich häufiger Bemerkungen Schleichers, die seine enge Fühlung und Hochschätzung erkennen liessen. Von dem Plan eines Direktoriums Schl, Strasser, Wagemann mit einer Art Vizekanzlerschaft Wagemanns und der Zusammenfassung aller Wirtschaftsressorts unter seiner obersten Leitung ist mir nichts bekannt. Solche Gedanken mögen wohl unter den zahlreichen Überlegungen erörtert worden sein, die man damals angestellt hat, um irgend einen Ausweg aus der ständigen lähmenden Krise der Staatgewalt zu finden. Hätten sie eine festere Form angnommen, wären sie mir bekannt geworden.—

In diesen Tagen ist mir wieder eine Schrift "Schleicher, Mythos und Wirklichkeit" von Dr. Rudolf Fischer-Hanseatische Verlagsanstalt Hamburg- 1932-vor Augen gekommen. Es ist ein mehr temperamentvolles als sachliches Opus eines jungen Mannes, enthält aber auf Seite 52 ff. Andeutungen über den Entwurf einer Proklamation der Regierung Papen über Sozialpolitik, "die in deh Hauptzügen aus dem Wehrministerium stammte". Nach dem weiteren Satz: "es geht aus dem Schriftstück deutlich hervor" ist anzunehmen, dass der Verfasser den Wortlaut kannte. Ob

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 82 - 108

Eugen Ott. Icking/Isartal, 25.Febr.1953.

Lieber Holtzendorff!

Ich habe Ihnen noch für Ihren ausführlichen Brief vom 23.12.52 zu danken, aus dem ich Ihre Hinweise auf Syrup und Warmbold in der Antwort an Dr.Grotkopp verwertet habe.

Neuerdings hat sich auch ein kleiner Schriftwechsel mit Dr.Dräger in Lübeck entwickelt, den ich Ihnen mit der Bitte um Rückgabe beifüge. Nachdem Dr.Dräger von dem Treffen ausgeht, das Sie in Ihrem Haus im Januar 33 vermittelt haben, habe ich ihn auf Ihre heutige Anschrift hingewiesen! Vielleicht erinnern Sie sich als unser damaliger Fachmann für Wirtschaftsfragen besser an Einzelheiten, besonders die "graue Denkschrift", die Herrn Dräger offenbar sehr am Herzen liegt.

Ich hoffe, Sie haben nichts dagegen, lieber Holtzendorff, und wenn Sie ohnehin noch im Kontakt mit Dr.Dräger stehen, so ist mein Hinweis eben überflüssig.

Vom Professor Dr.Eschenburg habe ich nach Zusendung meiner Stellungnahme noch nichts wieder gehört. Das nächste Heft der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, worin E. vermutlich seinen Aufsatz über Papen bringen wird, erscheint erst im April, wie mir das verantwortlich zeichnende hiesige Institut für Zeitgeschichte mitgeteilt hat.

Ein Bekannter in München hat Geschäftsverbindungen mit Niedersachsen angeknüpft, die ihn hoffentlich im Lauf der nächsten Monate mit seinem Wagen einmal nach Hannover führen. Dann hoffe ich, mitfahren zu können und freue mich sehr auf ein Wiedersehen,

herzlichst mit Grüssen von Haus zu Haus

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 101

Hannover 20. 6. 54

Lieber Ott!

Ihnen und Ihrer Verehrten Gattin – sowie der Fl. Tochter als Zimmer-Inhaberin – möchte ich nochmal herzlich für die wirklich schönen, erholsamen und anregenden Tage in Icking danken. Vielleicht war das Wetter dazu gerade richtig, wenn man die landschaftlichen Schönheiten nur ahnen konnte.

Die Reise verlief gut; wir hatten reichlich Platz, und zu Hause trafen wir alles wohlauf. Hier hat es wenig geregnet und z. Zt. ist Kauffhitze. Einen Nachmittag habe ich dem Garten gewidmet.

Wie versprochen, übersende ich Ihnen anbei:

a) den Bericht über 32/33 zum Verbleib.

b) meinen Schriftwechsel mit

Mannstein Prof. Contze Prof. v. d. Gablentz
Noeldeckern Görlitzer Graf. Borcke
Min Schwerin-Krosigk.

mit der Bitte um gelegentliche Rückgabe. Ich bin nach wie vor für ~~gelegentli~~ Zusammenarbeit mit Contze u. Görlitz.

Die Haushaltsmaschine – zum Zerkleinern und Mischen – heißt „Quickly" und wird von der Firma Mally u. Co in Warendorf (21a) Zumloh-Str. 4 hergestellt. Preis: M. 86.

Auf der Messe arbeitete sie bei verschiedenen Vorführungen einwandfrei. Wir bekommen sie Ende Juni, und ich berichte Ihnen gern, wie sie sich in der Hauspraxis bewährt.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Mein T. H.-Studiosus-Sohn sagte mir, die Landtechnik Ihres Nachbars gälte bei den Landw.-Maschinen-Leuten als „die" Zeitung.

Da er 4 Jahre Landmaschinen-Praxis hat und in 2 großen Landmasch.-Fabriken in der Versuchs-Abtg. tätig war, interessiert das vielleicht Ihren Nachbarn.

Sonst nicht Neues.

Nochmals herzlich Grüße und Empfehlungen Ihnen und den Ihren weiter alles Gute.

Stets Ihr getreuer

Wolfgang Kopp

Meine Frau grüßt mit mir.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 102

Hannover 8/1. 55.

Lieber Olt!

Herzlichen Dank für Ihren netten Brief, der sich mit meiner Karte gekreuzt hat, und besonders noch für Ihre freundliche Einladung. In Erinnerung an die schönen Tage in Iskung hoffe ich sehr, daß ich mal wieder nach München komme.

Sehr erfreulich ist, was Sie über das Colloquium berichten. Ich glaube, es war richtig, daß man den Weg der Unterrichtung sachlicher Forscher gegangen ist; das ist wirkungsvoller, als Memoiren.

In diesem Zusammenhang schicke ich Ihnen einen Schriftwechsel mit einem Doktoranden, den ich nicht kenne, der aber nach seinem 2. Brief ein ziemlich anmaßender Jüngling zu seien scheint, warum ich den Briefwechsel nicht fortsetze.

Vielleicht interessiert er aber Vogelsang u. Fortsch, weil man daraus ersieht, was zweifellos anders eingestellte Historiker z. Zt. betreiben. Ich bitte um gelegentliche Rückgabe.

Weiter schicke ich Ihnen einen Bücherschau über das Groenerbuch, die mir Graf Borcke übermittelte. Interessant daran ist die Feststellung, sein Sturz sei darin nicht geklärt. Deshalb müssen es wohl auch nichtpolitische Ursache gewesen sein.

Damit ist richtig erkannt, daß Groeners 2. Ehe wohl der Schlüssel ist, die in dem Buch überhaupt nicht erwähnt ist.

Ich habe über Weihnachten eine längere Stellungnahme zum Groener Buch zu Papier gebracht. Trotz mehrfacher Änderung gefällt sie mir noch nicht.

Man wird, solange Frau und Sohn leben, wahrscheinlich die Dinge kaum beim Namen nennen können, ohne damit Sensationsdarstellung zu entfachen, und das liegt nicht im Sinne Schlei-

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

chers, und Groeners Bild möchte ich auch dadurch nicht ver-
zerren. Ich erinnere übrigens aus meiner Jugend eine Darstellung
des Iren-Führers Parnell in der „Weltgeschichte der Gegen-
wart" von Albrecht Wirth. Wirth behandelt dort die Wirkung e-
iner Heirat, die Parnell völlig aus der politischen Bahn ge-
werfen hat.

Ich schicke Ihnen und Kuntzen die Sache, wenn sie fertig
ist. Wir können uns dann noch überlegen, ob und wie man
davon Gebrauch macht.

Nochmals herzlichen Dank, alles Gute für 1955 und
herzliche Grüße von Haus zu Haus

Stets Ihr

Wolfgang

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 103

Schwerin-Krosigk, Lutz Graf RMin.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 104

von Holtzendorff

Empelde bei Hannover, den 2.10.51
Stillestr. 4

Schleicher

Verehrter, lieber Graf Schwerin!

Entsprechend unserer neulichen Unterhaltung übersende ich Ihnen die Studie über Schleicher.
Verzeihen Sie die fürchterliche Aufmachung, aber es ist das Original, was ich seinerzeit im Lager in Neu-Ulm verfaßt habe, da - wie ich feststellte - alle Abschriften inzwischen Liebhaber gefunden haben. Wann ich sie nochmals abschreiben lassen kann, weiß ich nicht, und ich nehme an, daß Sie sie lieber schnell in der augenblicklichen Form als weiter zeitlich verzögert haben wollen.
Darf ich um gelegentliche Rücksendung bitten?

Mit herzlichen Grüßen und der Bitte um Empfehlungen an Ihre Gattin

Ihr sehr ergebener

Anlage

12

Institut für Zeitgeschichte Archiv

ZS/A-36 / 02 - 105

Elisenhof / Arenberg b/ Koblenz.
2. I. 52

Schleicher

Verehrter, lieber Herr von Holtzendorff!

Haben Sie sehr vielen Dank für die Übersendung einer Abschrift der Studie über Schleicher und für Ihren ausführlichen Brief, dessen Inhalt mich sehr interessiert hat. Es ist mir immer wieder überraschend, wie weit über Fakta die Ansichten auseinandergehen können.

Zu 1) Von den Menschen, die 1923 Seeckt zur Machtübernahme drängten, haben mir verschiedene, darunter nach meiner Erinnerung Geldte und Knebel, erzählt, dass Schleicher damals auf ihrer Seite gewesen sei. Aber hier muss wohl die Darstellung, die Schleicher Ihnen selbst gegeben hat, den Vorzug verdienen. Mir nicht bekannt, aber durchaus bezeichnend ist auch der eigentliche Grund für die Entfremdung zwischen Seeckt und Schleicher.

Zu 2) Dass die Rechberg'sche Behauptung nicht stimmt, kann ich mir durchaus denken. Sie werden auch mit Ihrer Erklärung recht haben, ebenso damit, dass Schleicher die N.S.D.A.P. nicht aus staatlichen Fonds unterstützt hat. Wohl aber glaube ich, dass er eine indirekte Unterstützung über verschiedene Geldleute durchgeführt hat, um die Partei in finanzielle Abhängigkeit zu bringen.

Zu 3) Dass Hitlers Militärpapiere von ihm eifrig gesucht und nicht gefunden worden sind, steht m. E. fest. Ob sie vernichtet oder von jemand bei Seite gebracht worden sind, habe ich nie in Erfahrung bringen können. Ich glaube auch heute, dass Hitler deswegen Schleicher in Verdacht gehabt und mit besonderem Hass verfolgt hat.

Zu 4) Ein Zivilbekannter Schleichers, der mich von der Verpflichtung, seinen Namen nicht zu nennen, noch nicht entbunden hat, hat mir in der Gefangenschaft versichert, Schleicher habe ihm einige Tage vor dem 30. Juni einen Putsch Röhms als unmittelbar bevorstehend erklärt; er

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

könne Röhm nicht siechen, werde aber mitmachen. Halten Sie das nicht f
durchaus möglich, dass Röhm an Schleicher herangetreten ist, dass dieser
reserviert verhalten hat, aber den Faden nicht hat abreissen lassen, u
auf diese Weise ein Come back zu erreichen?

Zu 5) Es freut mich, dass Sie in der Beurteilung Gröners mit
mir einig sind. Ein alter General, im I. Weltkrieg bei Moltke II, ho
mir, unter Übersendung einer höchst interessanten und aufschlussreich
Studie über Schlieffenplan und Marnewunder, entgegengehalten, ich hä
Gröner charakterlich zu günstig dargestellt. Er war aber wohl durch G
ners Feldherrnbuch in Moltkes Seele gekränkt und daher nicht ganz
jektiv. Hat bei der Entfremdung Gröner/Schleicher nicht auch Grö
Tochter eine Rolle gespielt?

Ich hoffe, dass ich bei der dritten Auflage des Buchs, die
einigen Tagen in Druck gegeben werden soll, einige Korrekturen a
bringen kann. Deshalb bin ich für solche Beiträge wie den Ihrigen s
dankbar.

Wir haben hier „bei voller Belegschaft" ein schönes und d
bares Fest gefeiert. Das neue Heim, in dem wir alle Kinder gut un
bringen konnten, stellt sich immer mehr als ein richtiges Juwel her
Wir haben wirklich grosses Glück gehabt.

Von zwei zu Weihnachten aus Landsberg Entlassenen ha
ich einen geradezu niederschmetternden Bericht über die dortigen Verh
nisse erhalten. Es wird Zeit, dass 1952 auf diesem Gebiet etwas Dur
greifendes geschieht. Auch das Buch von Raucke kann man nich
ohne Erschütterung lesen.

Noch einmal alles Gute für 1952!

Mit besten Grüssen von Haus zu Haus

Stets Ihr ergebener

Uhrosigk

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 106

Sethe, Paul

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 107

Abschrift

Hans-Henning von Holtzendorff

Hannover, den 17.7.1954
Bismarckstraße 74

Herrn
Paul S e t h e
über Redaktion der
"Frankfurter Allgemeinen Zeitung"

F r a n k f u r t /Main

Sehr geehrter Herr Sethe !

Ich habe mit großem Genuss Ihr Buch "Schicksalsstunden der Weltgeschichte" und zahlreiche Artikel von Ihnen in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" gelesen.

Ich habe daraus den Eindruck gewonnen, daß es Ihnen auf die geschichtliche Wahrheit ankommt und daß Sie sie auch dort aufzuspüren suchen, wo die landläufige Meinung zu anderen Ergebnissen gekommen ist. Ich denke hierbei an einen Artikel von Ihnen aus dem Vorjahr über die Vorgeschichte der Machtergreifung 1933, wo Sie andeuten, es hätte vielleicht eine Möglichkeit gegeben, mit dem Nationalsozialismus fertig zu werden, nämlich, ihn frühzeitig in die Verantwortung zu ziehen. Anlaß zu meinem Brief ist nun die Tatsache, daß meines Erachtens in der letzten Zeit zwei historische Vorgänge von der Öffentlichkeit in Deutschland nicht richtig gesehen werden, vielleicht nicht richtig gesehen werden können, weil die Quellen zu einseitig sind und die Hauptakteure nicht mehr leben.

Einmal ist es die Politik des Generals von Schleicher gegenüber der NSDAP vor der Machtergreifung. Er hat nämlich praktisch die von Ihnen angedeutete Möglichkeit angestrebt.

Und zweitens ist es der Röhmputsch, über den ich am Tage seiner 20-jährigen Wiederkehr fast übereinstimmend in der Deutschen Presse eine Darstellung gefunden habe, die meines Erachtens dem historischen Ablauf nicht gerecht wird.

Ich schicke Ihnen daher beiliegend

1) eine Darstellung der Politik Schleichers vor 1933. Sie hat den einen Vorteil, daß sie schon 1946 in der Gefangenschaft entstanden ist, also von Nürnberg und der Memoiren-Inflation unbeeinflußt.

2) eine soeben verfaßte kurze Niederschrift über den 30. Juni 1934.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Ich halte mich dazu befugt, weil ich beide Ereignisse in einer Stellung erlebt habe, wo ich mehr über die Vorgänge und Pläne erfuhr, als die meisten anderen Menschen, und hinter die Kulissen sehen konnte.

Es kommt mir nicht darauf an, dadurch etwa in der Öffentlichkeit eine Auseinandersetzung hervorzurufen. Der Zweck ist vielmehr, Persönlichkeiten, die sich ernsthaft mit der Erforschung dieser Zeit beschäftigen, Material in die Hand zu geben.

Die Schleicher-Studie habe ich daher s.Zt. Professor Meinecke auf eine völlig abwegige Darstellung Schleichers 1947 hin geschickt, ebenso hat sie Professor Conze, Münster, bekommen und noch einige andere Forscher und Schriftsteller. Meine Auffassung über den 30. Juni 1934 ist bisher nur Ihnen zugegangen.

Wieweit meine Darstellung nun gewichtiger erscheint als viele andere, die sicher davon stark abweichen, z.B. Papen, muß der Forscher selbst entscheiden.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihr sehr ergebener

gez. v. Holtzendorff

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

In verschiedenen sehr sachlichen Blättern - Frankfurter Allgemeine Zeitung, Beilage zum "Parlament" habe ich zum 20-Jahres-Tag des 30. Juni eine Schilderung der Lage gefunden, die m.E. nicht dem historischen Ablauf entspricht.

Grob gesprochen werden die Pläne von Röhm und seinem Kreis verharmlost, während der Reichswehrführung der Vorwurf gemacht wird, sie habe Hitler zum Zuschlagen gedrängt, um einen unbequemen Konkurrenten loszuwerden, und dabei eine Gefahr aufgebauscht. Hitler wieder habe die willkommene Gelegenheit benutzt, um die zu mächtig gewordene SA-Führung zu beseitigen und sich die Reichswehr zu verpflichten, obwohl er keine akute Gefahr sah.

Die Beurteilung ist meines Erachtens nicht richtig, aber sehr verständlich, weil der Hauptakteur Hitler später zahlreiche Beweise geliefert hat, daß ihm alles zuzutrauen wär, und seitens verschiedener Parteigrößen die Auseinandersetzung dazu benutzt wurde, alte Rechnungen zu begleichen und persönliche Feinde zu erledigen. Auf diese Weise wird Röhm mit seinen Leuten beinahe zu Märtyrern gemacht und gegen die Reichswehr der Vorwurf erhoben, sie sei mitschuldig an der gesetzlosen Hinrichtung dieser gar nicht so gefährlichen Frondeure.

Ich habe durch eine eigenartige Verkettung von Umständen damals zu den drei Fronten nahe Beziehungen gehabt.

Mit General von Schleicher war ich durch langjährige Mitarbeit (1918/19 und 1929 bis 1933) freundschaftlich verbunden.

Ich stand bis kurz vor seinem Tode in Verbindung mit ihm. Er war nicht an den Röhm-Plänen beteiligt.

Von 1929 bis Mitte Juli 1934, wo ich als reaktivierter Kompanie-Chef aus dem Ministerium ausschied, war ich Referent in der für alle politischen Fragen zuständigen Wehrmachts- späteren Inlandabteilung. Von dorther kannte ich - wenn auch nicht in allen Einzelheiten - die Sorgen des Reichswehrministerium hinsichtlich der obersten SA-Führung.

Schon früher (1932) war uns zweimal aus Kreisen höherer SA-Führer vertraulich der Wunsch nahegebracht, auf die Partei im Sinne des Ausscheidens von Röhm einzuwirken, weil er durch seine Veranlagung (175) und charakterlich untragbar sei. Damals wurde den Leuten

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

bedeutet, es sei ihre eigene Sache, bei sich für Sauberkeit zu sorgen.

Schließlich war ich seit August 1933 bis 15. Juni 1934 - dann wegen bevorstehender Reaktivierung ausgetreten - Ausbildungsberater bei einer Berliner NSKK (Motor-SA)-Standarte. Dies entsprach dem Wunsch meiner Dienststelle, da es damals darauf ankam, die SA von der bisherigen Saalschutz-Tätigkeit meist arbeitsloser Mitglieder, auf ein praktisches Ziel umzustellen, das die erst allmählich wieder in Arbeit kommenden Angehörigen nutzbringend beschäftigte und von Ausschreitungen abhielt.

Beim NSKK unter Hühnlein ist das damals durch die Hinlenkung auf Motorisierungsfragen in der Art der späteren Motor-Sportschulen leidlich gelungen. Interessant ist, daß mir General von Schleicher, mit dem ich damals über die Tätigkeit sprach, dringend zuriet - "je mehr vernünftige Leute heute in diese Organisationen hineingehen, desto besser". Beim Ausscheiden am 15. Juni 1934 hatte ich noch eine lange Unterhaltung mit dem Standartenführer - alter Kämpfer und Berliner kleiner, selbständiger Kaufmann - , die sehr aufschlußreich war.

Aus einer Unterhaltung mit Reichenau - , wenige Tage darauf, konnte ich feststellen, daß sich die Lage mit der Beurteilung der Wehrmachtführung deckte.

Bei der Masse, unteren und mittleren Führung der SA (bis etwa zur Standarte) war planmässig von oben die Meinung verbreitet worden, daß ein Putsch der "Reaktion" gegen Hitler und die Partei (besonders die alten Kämpfer) geplant sei. Dazu wolle man Röhm ausbooten, wobei die Haltung der Wehrmacht und vielleicht auch Görings zweifelhaft sei. Dagegen müsse man sich wappnen und Front machen.

Nur ein kleiner Kreis der Leute um Röhm wußte Bescheid - einer der unerfreulichsten Vertreter war der Berliner Obergruppenführer Ernst (175er, wie der ganze Kreis, ganz junger Mann und fanatischer Hasser des Reichswehroffizierkorps).

Das Vorhandensein von Liquidationslisten der höheren Reichswehroffiziere und mißliebigen Parteileuten war auf mehreren Wegen einwandfrei bekannt geworden.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Nach Beseitigung von Hitler hätte die eingeweihte obere SA-Führung ihn unter begeisterter Mitwirkung der gutgläubigen Masse an der "Reaktion" sprich Reichswehr-Offizier-Korps, Gegner in der Partei und alten Oberschicht "gerächt". Dabei wäre voraussichtlich ein blutiger Bürgerkrieg und ein furchtbares Durcheinander entstanden, da alles im Dunkeln tappte.

Wann die Gruppe Röhm losschlagen wollte, war nicht bekannt; ich persönlich glaube, daß es noch einige Wochen hätte dauern können, obwohl das Reichswehrministerium schon Ende Juni Maßnahmen gegen Überfall des Gebäudes traf - verstärkte Wachen, Offiziere mußten Pistolen bei sich haben.

Unter diesen Umständen glaube ich persönlich, daß die rasche Unschädlichmachung Röhms und seiner Clique tatsächlich nötig war und viel Blutvergiessen verhindert hat.

Diese Auffassung - daß man eine Bartholomäusnacht vermieden habe - bestimmte damals die Gesamtbeurteilung. Hitler hatte sich erstmalig von alten Mitarbeitern getrennt und die unerfreulichsten und radikalsten Parteileute waren auf der Strecke geblieben. Man sah darin den Beginn einer Reinigungsaktion der Partei.

Die brutalen Methoden sah man als Notwehr gegenüber Leuten an, die selbst vielfach so gearbeitet hatten - vergl. sie sog. "Fluchtversuche" nach 1933. In Berlin wurde bekannt, daß die in Lichterfelde Erschossenen durch ein Schnellgericht der SA und SS abgeurteilt worden seien. Die anderen Morde hielt man für Übergriffe wildgewordener Rollkommandos, zumal im Falle Schleicher authentische Äusserungen von Hitler auf ein beabsichtigtes Gerichtsverfahren und die zunächst angeordnete Verfolgung der Mörder gegen Anordnung von höchster Stelle sprachen.

Das Durcheinander ergibt sich auch aus folgender Begebenheit: Der Verfasser war am 29.6. auf Urlaub gefahren und kehrte aufgrund der Rundfunknachricht am 1.7. früh nach Berlin zurück. Der Adjutant von Blomberg begrüsste ihn mit den Worten: "Schön, daß Sie da sind. Ich dachte man hätte Sie vielleicht auch umgelegt".

Die gleiche Auffassung - daß es sich um wildgewordene Rollkommandos gehandelt habe - , vertrat ein mit dem Unterzeichneten Juli 1934 auf einen Kompaniechef-Lehrgang kommandierter Offizier aus Schlesien, dessen eigener Bruder als höherer SA-Führer "versehentlich" von der SS erschossen war.

~~38~~

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Sicher ist richtig, daß man Hitler und seiner nächsten Umgebung damals vieles einfach nicht zutraute, was sie später bedenkenlos getan haben.

Aber ebensowenig ist es richtig, Leute, die damals seine Gegner waren, nur deshalb für harmlos zu halten, ein Fehler, den man nach 1945 in der großen Politik gegenüber den Kommunisten zur Genüge feststellen kann.

Ich halte die jetzt allgemein verbreitete Anschauung über den Röhmputsch nicht für die richtige.

Er war eine große Gefahr, auch wenn seine Abwendung mit Mitteln erfolgte, die zu verurteilen sind, ebenso wie die Nebenerscheinungen.

Auch daß es Himmler später gelang, anstelle der entmachteten SA seine SS Herrschaft durchzusetzen, besagt nicht, daß die Machtergreifung Röhms besser gewesen wäre; und um diese ging es m.E. damals bis zur letzten Konsequenz.

Man hat Hitlers innenpolitische Entwicklung damals genausowenig vorausgesehen, wie seine ausländischen Partner 1938 in München seine aussenpolitischen Pläne.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 113

Vogelsang, Thilo

darin: "Erste Erfahrungen m. d. Dorfgemeinschaftsschulen" v. Heinz Bockhop (Mitteilung : Generalversammlung d. Verbandes d. europ. Landwirtschaft - CEA, v. 30.9. - 4.10.1963 i. Cannes/4. Kommission: ländliche Sozialfragen, Bauernfamilie u. Hauswirtschaft)

Unterlagen v. Dr. Heinrich Dräger betr. Arbeitsbeschaffung u. Kreditschöpfung.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 114

Institut f. Zeitgeschichte München ARCHIV 1530/54

Holtzendorff

Sehr geehrter Herr Dr. Vogelsang! Hannover 29/8.54

Besten Dank für die Übersendung der Aktennotiz über unsere Unterhaltung am 3./8., die anbei zurückgeht. Im allgemeinen habe ich keine Einwände. Ergänzend dazu noch folgendes.

Ausnahmezustand: Ich erinnere mich, daß 31. oder 32 in Braunschweig – damals N. S. Regierung – geplant war einen im Reich verboten Aufmarsch durchzuführen. Für diesen Fall war ein Teil-Ausnahmezustand für das Land. Braunschweig zur Erzwingung des Verbotes vorbereitet. Als Befehlshaber dafür war der Kommandeur des Inf. Rgt. Braunschweig, Oberst Geyer, in Aussicht genommen. Ich erinnere mich daran, weil ich als Vertreter des beurlaubten Bearbeiters die Aufgabe hatte, festzustellen, ob die kleinen Enklaven des Braunschweiger Gebietes alle erfaßt waren.

Ernennung Hammersteins zum Chef Ad.

H. war zwar Schleichers Kandidat, er wußte aber bis zum letzten Augenblick nicht, ob dieser oder Stülpnagel ernannt werden würde, da auch Grüner noch im Zweifel war und Hin-

00039

deutung alle Personalfragen sehr persönlich entschied.*
„Fräulein hat sich entdeckt." Bezieht sich auf Hitlers damals gestellte Forderung nach dem Kanzler (nicht Vice-Kanzler) = Postr.
„Warnung an Schleicher zur Vorsicht" erfolgte 1933 durch mich, 1934 durch Oberst Freiherr Viotinghoff (Chef Landes-Verf. Abg.), Gen.-v. Reichenau, Oberst Ott (beim Besuch aus Japan) nach seinen unvorsichtigen Äußerungen auf einer Reise zu alten Bekannten im Westen.

Mit besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

Goltzmann

Institut für Zeitgeschichte
Eingeg. am: 2. Sep. 1954
Tgb.-Nr. Pa
Bch

x) Stülpnagel brachte, ebenfalls manche Qualitäten für das Amt mit; starke Wirkung auf die Truppe, gute Erscheinung, guter Redner. Hammerstein war ausgesprochen nüchtern u. sogar salopp, aber klüger, politisch klarer und die stärkere Persönlichkeit.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 115
Institut für Zeitgeschichte München ARCHIV 1530/54

INSTITUT FÜR ZEITGESCHICHTE · MÜNCHEN
TRÄGER: DER BUND UND DIE LÄNDER DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

- Dr. Thilo Vogelsang -

MÜNCHEN 22, den
REITMORSTRASSE 29
TELEFON 23201

R/Ho 23.10.54

Tgb. Nr. .....

A k t e n n o t i z

Am Dienstag, den 3. August 1954, besuchte ich in Hannover den Generalmajor a.D. Hans-Henning von Holtzendorff. H. hatte 1918/19 der Obersten Heeresleitung in Kassel und Kolberg angehört und war dann aus dem Wehrdienst ausgeschieden. Vom 1. Juli 1929 bis zum 15. Juli 1934 gehörte er zur Wehrmachtsabteilung im Reichswehrministerium als Referent für wirtschaftliche Fragen, später als Kabinettsreferent. Im Sommer 1934 ließ er sich als Hauptmann reaktivieren.

H. bestätigte mir, daß es 1929 von Seiten der Heeresleitung ernsthafte Widerstrebungen gegen die Erweiterung der Wehrmachtsabteilung zum Ministeramt gegeben habe. Der Grund lag darin, daß im RWM der Staatssekretär fehlte, also ein offizieller Vertreter des Ministers in politischen Fragen. In der Rolle eines beratenden Staatssekretärs jedoch fühlte sich damals Heye, zumal seit 1926 infolge alliierten Einspruches der Chef HL keinerlei Generalissimus-Funktionen ausüben durfte. Auch die Stellung des Chefs ML wurde von vielen als diejenige eines Staatssekretärs für Marinefragen angesehen. Nun sah man in der Heeresleitung durch die Schaffung des Ministeramtes eine neues "werdendes Staatssekretariat", welches der Heeresleitung ein gerüttelt Maß bisheriger politischer Zuständigkeit zu nehmen drohte. Indes blieben die Bemühungen Heyes, den Ausbau des MA zu verhindern, ohne Ergebnis. Heye, von Seeckt selbst 1926 als Nachfolger vorgeschlagen, galt als Personifikation des Troupiers, ohne jedoch die Resonanz in der Truppe zu finden, wie sie selbst bei dem kühlen, auf Abstand bedachten Seeckt vorhanden gewesen war (vgl. dazu Schleicher-Nachlaß, Bd. 35 und 36).

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Zu den Vorgängen in der Politik bemerkte H., daß Groener und Schleicher den Reichskanzler Müller als Menschen und Politiker geschätzt hätten. Die Ministerposition Groeners sei der Linken als tragbar erschienen. Doch habe Schleicher auch die Kanzlerschaft Brünings "gefördert" und seinerzeit (1930) erklärt, man müsse nun den Anschluß nach Rechts finden, etwa nach dem von ihm immer wieder betonten Grundsatz für die Reichswehrführung: „Nach Links drücken, wenn Rechts Trumpf ist, und umgekehrt." Über das Zustandekommen der Regierung Brüning vermochte H. weiter nichts zu sagen. Im übrigen habe Schleicher den Kanzler Brüning nicht etwa gestürzt, sondern lediglich „nicht mehr gehalten". Sein Einfluß beim Reichspräsidenten sei auch schon im Jahre 1930 nicht unerheblich gewesen, denn Hindenburg habe niemanden gehabt in seiner Umgebung, der imstande gewesen wäre, ihn wirklich gut zu beraten. Auf meine Frage, ob um die Jahreswende 1929/30 der Chef des Ministeramtes im RWM ex officio verpflichtet gewesen sei, sich mit den Anwendungsmöglichkeiten des Artikels 48 und dem damit verbundenen Regierungswechsel zu befassen, antwortete H., solches sei unbedingt erforderlich gewesen. Man habe gespürt, daß man auf die Dauer ohne die Anwendung von Artikel 48 nicht werde auskommen können. Jede Form der Anwendung jedoch verstärkte zwangsläufig die Bedeutung der Reichswehr und ihr besonderes Verhältnis zum Reichspräsidenten. Aus diesem Grunde war es nötig, die Eventualitäten gegeneinander abzuwägen und vom RWM Vorschläge vortragen zu lassen.

Wir kamen dann auf den General Joachim von Stülpnagel zu sprechen. St. sei im Reichsheere ein begabter, eleganter aber auch ehrgeiziger Offizier gewesen und dürfte der „Seecktschen Richtung" angehört haben. 1930 hatte er sich bereits als Chef der Heeresleitung gefühlt, Schleicher habe jedoch Hammerstein den Vorzug gegeben, und St. sei daraufhin verärgert Ende 1931 aus dem Heere ausgeschieden. Die Vermutung Rabenaus, daß Seeckt 1926 vielleicht St. als Leiter den neuen Wehrmachts-Abteilung lieber gesehen hätte als Schleicher, hält H. nicht für unbegründet.

Zu den Verbindungen Schleichers mit Hitler und Röhm. Solche Zusammentreffen mit Röhm haben stattgefunden, doch vermag sich H. nicht mehr zu entsinnen, ob die erste Begegnung 1930 oder 1931

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

vor sich ging. Es kann sein, daß der Fall Ulm der erste Anlaß dazu gewesen sein mag, sicher sind auch, wohl durch die Vermittlung Blombergs und Reichenaus, Milizprobleme erörtert worden. Röhm sei mindestens dreimal bei Schleicher gewesen.

Zu den Ereignissen des Jahres 1932 übergehend betonte H. im Gegensatz zu anderen Überlieferungen, Schleicher sei von Anfang an gegen das SA-Verbot und habe vor den Auswirkungen gewarnt. Es sei ihm auch gelungen, Groener davon abzubringen, und zwar mit der Begründung, daß die Bezeichnung „Roter General" für den Minister jetzt endlich mit großer Mühe rektifiziert worden sei und sich so etwas durch das geplante Verbot nicht wiederholen dürfe. Schleicher habe sogar mit seinem Abschiedsgesuch gedroht. Dann habe Groener nachgegeben, jedoch später das Verbot wieder befürwortet. Sechs bis sieben Wochen später habe Schleicher bei der Vorbereitung der Regierung Papen auch seinen vertrautesten Mitarbeitern gegenüber (was er sonst nicht tat) aus der Person des neuen Kanzlers ein großes Geheimnis gemacht. Doch schon im August habe er, als es um die Frage der Vizekanzlerschaft Hitlers ging, feststellen müssen: „Fränzchen hat sich selbst entdeckt".

Nach seiner Verabschiedung, in den Jahren 1933 und 34, habe Schl. keine politischen Ziele mehr verfolgt. H. hatte zudem dem General geraten, er müsse sich nun für Jahre von der Politik zurückhalten, Schl. stimmte dem zu und habe auch gesagt, sein Garten und seine Blumen würden ihm schon genug Arbeit machen. In Äusserungen habe er sich jedoch in keiner Weise zurückgehalten, sondern viel geschimpft. Auch Frau von Schleicher sei besonders über Papen und Hugenberg sehr erbittert gewesen. Er (Holtzendorff) und Reichenau hätten den General gewarnt, Ott habe außerdem zu einer längeren Japanreise eingeladen, „damit er einmal in andere Luft käme". An eine konspiratorische Verbindung Schleicher - Röhm glaubt H. nicht, doch habe Schl. am 28. oder 29. Juni 1934 zu Noeldechen gesagt: „Röhm will mit mir Fühlung aufnehmen. Ich denke aber nicht daran."

Als Reichenau im Februar 1933 das Ministeramt übernahm, habe dieser eine Ansprache gehalten und hervorgehoben, daß man dem Mann, der dieses Amt geschaffen habe, dankbar sein müsse. Alle bisherigen Mitarbeiter blieben zunächst, auch Ott als Leiter

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

der Wehrmachtsabteilung (Ott ging erst einige Monate später nach Japan). H. wies darauf hin, daß Reichenau schon 1932, als Schleicher Minister wurde, für die Chefstelle im MA vorgeschlagen worden sei. Jedoch habe Schl. sich für den dazu völlig ungeeigneten Bredow entschieden. (Hierzu die Erklärung von Foertsch: Schl. wollte als Minister mit den Abteilungsleitern im MA weiterhin direkt verkehren können, so wie er es gewohnt war. Das war aber nur möglich, wenn der ihm treu ergebene Bredow Chef des MA wurde. Ein anderer, und Reichenau ganz besonders, hätte da Schwierigkeiten gemacht.) Daß Blomberg in rasch zunehmendem Maße hitlerhörig wurde, hatte man im Ministeramt bald heraus. Dabei war Reichenau die weitaus stärkere Persönlichkeit. Ohne R., so glaubt Ho., hätte Röhm die Reichswehr glatt überfahren.

Über das Verhältnis Reichswehr - SA bemerkte H., es sei darum gegangen, etwa seit dem Sommer 1933 sich dem allgemeinen „run" auf die Reichswehr entgegenzustellen. Blomberg war geneigt, den Ansprüchen der SA weit entgegenzukommen. Der SA sollten vor- und nachmilitärische Ausbildungsaufgaben gestellt werden. Diese Aufträge liefen dann über den Chef AW (Krüger). Am ehesten hätten diese „Ausgleichsversuche" geklappt in den damals eingerichteten NSKK-Motorsportschulen, die ja deshalb auch nach dem 30. Juni 1934 bestehen blieben. Die Reichswehr hatte in diesem Stadium der vom RWM dennoch stets wachsam beobachteten Zusammenarbeit Offiziere und Unteroffiziere als Berater und Ausbilder den SA-Stäben und-Stürmen zur Verfügung gestellt. Auch eine verstärkte Beteiligung der SA am Grenzschutz in den Ostprovinzen war vorgesehen. Beim Chef AW seien damals der Major Model und der Hauptmann v. Bernuth tätig gewesen. Aber Röhm genügte dieses alles nicht. Er wollte mehr.

(Dr. Vogelsang)

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-36 / 02 - 119

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 120
Institut für Zeitgeschichte München
ARCHIV
1530/54

Ergänzungen des Gen. Maj. a.D. H.H. von Holtzendorff
zur Aktennotiz vom 3. August 1954.

Ausnahmezustand: Ich erinnere mich, daß 31 oder 32 in Braunschweig - damals NS-Regierung - geplant war, einen im Reich verbotenen Aufmarsch durchzuführen. Für diesen Fall war ein Teil-Ausnahmezustand für das Land Braunschweig zur Erzwingung des Verbotes vorbereitet. Als Befehlshaber dafür war der Kommandeur des Inf. Rgt. Braunschweig, Oberst Geyer, in Aussicht genommen. Ich erinnere mich daran, weil ich als Vertreter des beurlaubten Bearbeiters die Aufgabe hatte, festzustellen, ob die kleinen Enklaven des Braunschweiger Gebietes alle erfaßt waren.

Ernennung Hammersteins zum Chef HL.:
H. war Schleichers Kandidat, er wusste aber bis zum letzten Augenblick nicht, ob dieser oder Stülpnagel ernannt werden würden, da auch Groener noch im Zweifel war und Hindenburg alle Personalfragen sehr persönlich entschied. Stülpnagel brachte ebenfalls manche Qualitäten für das Amt mit; starke Wirkung auf die Truppe, gute Erscheinung, guter Rechner. Hammerstein war ausgesprochen nüchtern und sogar salopp, aber klüger, politisch klarer und die stärkere Persönlichkeit.

"Fränzchen hat sich entdeckt": Bezieht sich auf Hitlers damels gestellte Forderung nach dem Kanzler- (nicht Vize-Kanzler) Posten.

"Warnung an Schleicher zur Vorsicht": Erfolgte 1933 durch mich, 1934 durch Oberst Frhr. von Vietinghoff (Chef Landes-Vert.Abtlg), General von Reichenau, Oberstl. Ott (beim Besuch aus Japan) nach seinen unvorsichtigen Äusserungen auf einer Reise zu alten Bekannten im Westen.

Holtzendorff 4/9.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-36 / 02 - 121

Hannover 17. 4. 55

Sehr geehrter Herr Dr. Vogelsang!

Besten Dank für Ihren Brief und die interessante Abhandlung über die Haltung der Gewerkschaften zur Regierung Schleicher.

Ich kann die Gesammtdarstellung nur bestätigen – siehe auch meine Ausführungen über diese Tage im Memorandum von 1946.

Im einzelnen möchte ich noch auf folgendes Hinweisen:

1) Das Kriegsspiel über die Lage bei Inneren Unruhen (Nov. 32) habe ich mitgemacht und für die Aufgabenstellung Anregung von Ernährungssekretär – Verpflegung der Großstädte – gegeben. Es war tatsächlich zu dem Zweck angelegt, um sich über die Möglichkeiten klar zu werden, vor welchen Aufgaben man als Regierung stand und welche Mittel verfügbar waren. Deshalb waren Polizei und Zivilressorts maßgebend beteiligt. Auch der Eindruck ist richtig, daß danach alles, was zu einer Gegnerschaft von rechts und links führen konnte – also das Kabinett Papen = Hugenberg = Gelette – politischer Selbstmord sei und die Wehrmacht u. Polizei vor unmögliche Aufgaben stellte. Keineswegs ist es zum Zweck der Beeinflussung der Kabinettsumbildung gemacht worden.

2) Die Siedlungsfrage hat Schleicher vom Standpunkt der Gerechtigkeit und Inneren Politik ständig interessiert. Er hielt es als Gegenleistung für die Osthilfe, die für viele Großbetriebe im Osten ein Geschenk u. die Rettung war, für Gläubiger und Verwandten ein großes Opfer, für richtig, daß diese Güter nun auch Land abgaben, um die bevölkerungspolitisch wichtige u. richtige Siedlung im Osten voranzutreiben. Man nahm damit auch das Land dort, wo es am wenigsten erfolgreich bewirtschaftet war.

Ich hatte von Schleicher den Auftrag in einer von der Reichskanzlei zum 30. 1. 33 einberufenen Sitzung diesen Standpunkt zu vertreten. Sie wurde am 29./1. wegen der gespannten Lage abgesagt. Dr. Reuß von der Gesellschaft für Innere Kolonisation, mit dem ich deshalb am 29/1. 33 telefonierte, sprach mich kürzlich darauf an.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 122

3) Ihre Ansicht über Herrn Widder teile ich, ich gab meine Korrespondenz an Ott, weil ich annahm, daß Sie Interesse daran hätten in welchem Sinne man an anderer Stelle die Zeit behandelt.

Sie können das Material darüber solange behalten, wie sie wollen, ebenso meine Bemerkungen zum Groener-Buch seiner Tochter.

4) Zur Vorgeschichte des 30/1. ist Herr Rünken sicher einer der am besten orientierten Persönlichkeiten.

Mit freundlichen Grüßen und den besten Wünschen für Ihre weitere Arbeit

Ihr sehr ergebener

[signature]

Institut für Zeitgeschichte
Eingeg. am: 19. April 1955
Tgb.-Nr. Ka
Pg

Ew
Bentei
Fr

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-36 / 02 - 123

- Dr.Thilo Vogelsang -

B 9
[28.8.57]

Herrn
Gen.Maj.a.D. H.H.von Holtzendorff
H a n n o v e r
Bismarckstr.73

Institut für Zeitgesch.chte
ARCHIV
Akz. 2999/62 Best. ~~25 248/11~~
Rep. – Kat.

Sehr verehrter Herr General!

Nach sehr langer Zeit wende ich mich einmal wieder an Sie mit der Bitte um Auskunft. Zu meiner Arbeit ist zu sagen, daß sie zwar langsam, aber immerhin "vorschreitet". Die Verzögerung erklärt sich leicht aus meiner hauptamtlichen Tätigkeit als Bibliothekar, die natürlich einen großen Teil meiner Zeit in Anspruch nimmt.

Zur Zeit sitze ich an der sehr schwierigen Vorgeschichte des SA-Verbots vom 13.April 1932. Neue Quellen deuten in eine Richtung, die vielleicht den Bruch zwischen Groener und Schleicher erklärlicher machen kann; ich benötige daher mehr denn je mahezu minutiöse Unterlagen über die Vorgänge im Reichswehrministerium.

Zu diesem Zweck habe ich ein paar Fragen zusammengestellt (vielleicht werden weitere folgen), die ich auch den Herren Ott, von Carlowitz, Foertsch und Boehme vorlegen will. Zur "Vororientierung" füge ich ein paar Blätter meines Manuskriptes (Darstellung bis zum 5.April 1932) bei, aus dem der gegenwärtige Stand meiner Bemühungen ersichtlich ist.

Ich wäre Ihnen sehr dankbar, sehr verehrter Herr General, wenn Sie die Freundlichkeit haben würden, mir die Fragen zu beantworten. Auch der Manuskript-Text kann - bei dieser Gelegenheit - kritische Bemerkungen ohne weiteres vertragen.

Mit den besten Grüßen und Wünschen
Ihr sehr ergebener

2 - Anlagen -

41

~~43~~

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Institut für Zeitgeschichte
ZS/A-36 / 02 - 124
Akz. 2999/62 Bestand ZS 248/E
Rep. – Kat.

Anlage zum Schreiben an Herrn General von Holtzendorff vom 28.8.57

Ich erlaube mir, hier kurz zu verzeichnen, was dem Institut bereits durch Herrn von H. bekannt ist.:

Schleicher sei von Anfang an gegen das SA-Verbot gewesen und habe vor den Auswirkungen gewarnt. Es sei ihm auch gelungen, Groener davon abzubringen, und zwar mit der Begründung, daß die Bezeichnung "roter General" für den Minister jetzt endlich mit großer Mühe rektifiziert worden sei und sich so etwas durch das geplante Verbot nicht wiederholen dürfe. Schleicher habe sogar mit seinem Abschiedsgesuch gedroht. Dann habe Groener nachgegeben, jedoch später das Verbot wieder befürwortet. -H. selbst hätte diesen Vorgang deshalb so genau in Erinnerung, weil er ihn vor die Entscheidung stellte, ob er zu Schleicher oder Groener halten sollte, die ihm beide gleich nahestanden. H. hielt Schleichers Auffassung für die richtige. Schleicher sei nach seinem Rücktrittsentschluß jedoch auf starkes Drängen von allen Seiten geblieben. H. hätte ebenfalls seine Kündigung vorbereitet gehabt, wenn Schleicher gegangen wäre.

ZS/A-36 / 02 - 125
Institut für Zeitgeschichte
München-Berlin
Nr. 2999/62 Bestand ZS 278/1
Rep. Kat.

Fragen für Herrn von Holtzendorff. [28.8.57]

Ihnen wird erinnerlich sein, daß unmittelbar nach dem Osterburgfrieden am 5.April 1932 auf Drängen besonders Bayerns in Berlin eine Konferenz der Innenminister stattfand, auf der die Frage des SA-Verbotes erörtert wurde, obwohl die Tagesordnung urpsrünglich nur bayerische Vorschläge für ein Verbot der sog.Alarmbereitschaften (aller Parteien) vorgesehen hatte. Nach einer Notiz im Nachlaß Groener hat Herr von Carlowitz, den ich ebenfalls angeschrieben habe, als Vertreter des RWM an dieser Sitzung teilgenommen. Groener hat später niedergeschrieben, er sei praktisch von den großen Ländern (die das Verbot der Alarmbereitschaften zum Anlaß genommen hatten, geradenwegs auf das SA-Verbot hinzusteuern) unter Druck gesetzt worden und er habe sich diesem Druck dadurch entzogen, daß er von vornherein zusagte, der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten sofort nach der Wahl einen Verordnungsentwurf für das Verbot der SA zuleiten zu wollen. Das amtliche Protokoll dieser Sitzung vom 5.April, das ich mir inzwischen habe beschaffen können, sagt allerdings nichts über eine solche grundsätzliche Zusage Groeners aus. Im Gegenteil: der amtierende Reichsinnenminister verhielt sich in dieser Frage ziemlich zurückhaltend und es entsteht bei der Lektüre der Niederschrift der Eindruck, als hätten die Vertreter der Länder das Tempo und vor allem das Ziel der Besprechungen bestimmt.

Haben Sie von diesen Tagen noch einen Eindruck? Nach einer Aufzeichnung Pünders, die sich ebenfalls im Nachlaß Groener erhalten hat, soll am folgenden Tage (6.April) interministeriell von den beteiligten Ressorts (Inneres, Wehr, Justiz, Reichskanzlei) bereits ein Verordnungsentwurf für ein Verbot der SA beraten worden sein. Darf ich fragen, ob dieser Entwurf seit längerer Zeit vorbereitet war, und vor allem, ob General von Schleicher schon an diesem 6.April an den Beratungen beteiligt war?

Nach Groeners (späterer!) Niederschrift hat er Schleicher am 6.April bei dessen Vortrag über die Besprechung vom 5.April orientiert und Schleicher habe sich "sehr befriedigt"

gezeigt. Die Frage bleibt, ob die angeblich grundsätzliche Zusage Groeners dabei erwähnt worden ist oder ob Groener nur von dem SA-Problem "an sich", das ja einer Lösung harrte, gesprochen hat. Weiter: Sind Sie am 6.April durch Herrn von Carlowitz, der Teilnehmer der Ländersitzungen war, in irgend einer Weise über deren Verlauf orientiert worden? Haben Sie am 6.April als Referent der Wehrmacht-Abteilung an den interministeriellen Beratungen, die Pünder erwähnt, teilgenommen? Bestand bereits am 6.April der Eindruck, daß Groeners und Schleichers ursprüngliche Konzeptionen bezüglich der SA (Entpolitisierung, Übernahme in einen staatlich geförderten Wehrsportverband usw.) radikal umgeworfen waren?

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut f. Zeitgeschichte
München
ARCHIV
21 14 / 58

ZS/A-36 / 02 - 127

a. Zt. Steinbergen b/Rinteln/Weser
Haus Waldfrieden, 9.9.57

Sehr geehrter Herr Dr. Vogelsang!

Die Woche vor meinem Urlaub war leider so besetzt, daß ich Ihnen erst heute in Ruhe antworten kann. daß ist wohl auch in Ihrem Sinne, da Sie schreiben, es käme auf eine minutiöse Klärung dieser Vorgänge an.

Deshalb möchte ich auch genau trennen, was

a) allgemeiner Eindruck auf Grund von zahlreichen Gesprächen im Ministeramt war, ohne daß ich ~~im einzelnen~~ Datum und Person als Gesprächspartners im einzelnen angeben kann

b) Tatsachen sind, die mir mit allen Einzelheiten noch heute so genau vor Augen stehen, daß ich sie als Historische Belege aussagen kann.

Zu a) Ihre Darstellung, die ich mehrfach genau durchgearbeitet habe, entspricht genau dem Eindruck, den ich selbst und auch die nächsten Mitarbeiter von Schleicher u. Gröener damals hatten.

Das gilt besonders für die Rolle des Min. Dir. Dr. Haentzschel, der als einseitiger S.P.D. = Parteipolitiker galt, und die Tatsache, daß Schleicher, ebenso wie zum mindestens anfangs Gröener, in dem Vorgehen der Länder keine „Sicherheitsmaßnahme" gegen Putsch-Gefahr, sondern eine Maßnahme zur Beeinträchtigung eines unbequemen Wahlkonkurrenten sah. Er fühlte sich von Preußen und Bayern gedrängt und wollte nicht.

Warum m. Ansicht nach trotzdem unter Groener im Innenministerium eine von Minister abweichende Politik – nach außen getarnt, in der Tendenz klar erkennbar – getrieben werden konnte, habe ich in der Ihnen wohl v. Botschafter Ott zugänglich gemachten Stellungnahme zum Buch von Dorothea Groener dargelegt.

Einen Putsch hielt man damals – im Gegensatz zum Herbst 32 u. 34 –

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

für aussichtlos und auch gar nicht beabsichtigt, weil Hitler eingesehen hatte daß er nur auf legalen Wege vorgehen könne. Die Gefahr lag vielmehr darin die Partei dadurch zu stärken, daß man Märtyrer schaffte.

Das Ziel der Entpolitisierung aller Verbände durch Eingliederung in einen Wehrverband konnte durch solche Länder-Maßnahmen ebenso gefährdet werden wie z. B. im abgeschnittenen Ostpreussen der Grenzschutz, in dem die S. A. eine wichtige Rolle spielte.

Das war die Ansicht des R. Wehr Ministers und des R. Wehr Ministeriums, als Groener das R. Innenministerium übernahm, um dort eine gleichlaufende Politik durchzuführen. Um so überraschender kam, nach monatelanger Tauziehen sein Umschwenken auf die Linie Häntzschel, das m. E. die Grundlage für den Sturz des Kabinetts Brünings und zunächst Groeners selbst bildete.

Sie haben völlig richtig herausgearbeitet, daß nicht Schleicher als Chef des Ministeramts in seiner Haltung geschwankt hat, sondern Groener durch die zunächst gegen seinen Willen betriebene Politik im Innenministerium in ein falsches Licht geriet und schließlich umfiel.

Zu b

Leider kann ich Ihnen auf Ihre Specialfragen nur wenig Auskunft geben.

Ich habe weder mit Carlowitz über die Sitzung mit den Ländermeistern gesprochen noch bin ich bei der interministeriellen Verhandlung dabei gewesen. Auffällig scheint mir die Entsendung von Carlowitz. Wenn man ihr große Bedeutung beigemessen hätte, würden sicher Schleicher oder mindestens Ott teilgenommen haben.

Ich weiß auch leider nicht das Datum meiner Unterredung mit Schleicher – vor oder nach dem 6. April, gefühlsmäßig würde ich sagen nachher.

Das ist mir aber noch heute genau gegenwärtig, daß Schleicher sehr ernst von einem Ministervertrag zurückkam und mir unter 4 Augen etwa folgendes sagte: „Ich habe eben Groener zum 2. mal von der Zustimmung zum S. A.-Verbot abgebracht, zu dem ihn seine Leute im R. Innenministerium drängen.

Abgesehen von den sachlichen Gegengründen habe ich schließlich ins Treffen

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 128

führt, daß er ~~sich~~ durch seine sachliche Politik ~~von~~ dem früher gegen ihn von der Rechten erhobenen Vorwurf, er sei der „rote General", gerade jetzt völlig entkräftet habe. Ein S.A.-Verbot auf Drängen der Linken würde in diesem Augenblick alle alten Resentiments wieder aufleben lassen". Schließlich hätte er ihn umgestimmt.

Möglicherweise hat es sich dabei um die Unterschrift zu dem erwähnten Verordnungsentwurf vom 6. April gehandelt, der vielleicht auch mit dem „erstenmal Abbringen" gemeint ist. Danach würde die Unterhaltung zwischen dem 6. u. 13. stattgefunden haben.

Wenige Tage darauf sagte mir Schleicher dann, daß Groener umgefallen sei und das S.A.-Verbot käme. Er habe daraufhin seinen Abschied einreichen wollen, dies aber auf Drängen, besonders von der Rechten her, zurückgestellt. Ich bat ihn, mir sofort zusagen, wenn es soweit wäre, da ich dann ebenfalls meinen Vertrag kündigen würde. Worauf er mir sagte: Wir wollen erst einmal abwarten.

Der 2. Punkt, den ich mit absoluter Genauigkeit heute noch vor Augen habe, ist die Vorbereitung des Ausnahmezustandes in Braunschweig. Grund war eine Weigerung von Klages eine Weisung des Reichs – wohl Innerhalten des Osterburgfriedens – auszuführen (Uniformverbot). Für diesen Fall hatte Groener mit voller Zustimmung Schleichers die notwendigen Befehle vorbereiten lassen. Da der eigentliche Bearbeiter, Böhme, krank oder auf Urlaub war, hatte ich den Befehl ausgearbeitet, der mir deshalb in Erinnerung geblieben ist, weil man sich mit den vielen kleinen Braunschweigischen Enklaven – (bis Bremen u. Magdeburg) befassen mußte. Vorgesehen war schließlich, die vollziehende Gewalt an den Braunschweiger Rgt. Kdr., Oberst Geyer, zu geben. Da Braunschweig nachgab, trat der Befehl nicht in Kraft.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Dies zeigte deutlich, daß Groener u. Schleicher sofort zum Durchgreifen bereit waren, wenn es wirklich um Reichsautorität und Sicherheit ging, und daß kein Zweifel bestand hier mit einem Regiment sich durchsetzen zu können.

Soweit mein Wissen, um diese Tage. Vielleicht können die Angaben aber doch etwas nützen.

Ich bin vor einigen Monaten übrigens in München zum Röhm-Prozeß (Sepp Dietrich) als Zeuge geladen worden. Der Staatsanwalt und Verteidiger haben sich aber mit meinen genauen schriftlichen Angaben begnügt und auf mündliche Vernehmung verzichtet. Ich konnte mich dabei an ein Schreiben an Paul Sethe – damals Frankfurter Zeitung – halten, das ich 1954 geschrieben hatte. Damals kamen am 20. Jahrestage ~~der 20. Wiederkehr~~ dieses Ereignisses völlig abwegige Darstellungen heraus.

Ich weiß nicht genau, ob ich Ihnen diese Darstellung geschickt habe. Sie steht zur Verfügung; ich glaube, Ott hat sie auch.

Schließlich schickte mir Dr. Gordon von einer N.S.A. Universität kürzlich sein Buch über „Reichswehr und Deutsche Republik 1919–26. Er hatte mich um Material gebeten, woraus sich eine lange Korrespondenz ergab. Auch mit Ihnen stand er in Verbindung. Sie haben das Buch sicher auch, wenn nicht kann ich es Ihnen leihen.

Ich finde es recht gut.

Verzeihen Sie bitte die Schrift, aber im Urlaub habe ich leider keine Maschinen-Schreibe-Möglichkeit.

Mit besten Grüßen

Ihr sehr ergebener

Goltzamiß

~~44~~ 46a

43

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV
Akz. 3820/67 Best. ~~ZS 248~~
Rep. Kat.

ZS/A-36 / 02 - 129

Hannover 26.1.64

Sehr geehrter Herr Dr. Vogelsang.

besten Dank für Ihren Brief mit den Beiträgen von Ezichon, Etzdorf und Cordemann; die mich sehr interessiert haben. Ich lege die beiden letzteren wieder bei und bemühe mich herauszufinden, was ich dazu im Interesse Ihrer Arbeit noch sagen könnte.

Zuerst der Complex Dr. Gerecke. Ich kenne ihn von der Schleicherzeit her als klugen Organisator und Politiker, den Schleicher als Minister und Kanzler in dem dringendsten Problem (Arbeitsbeschaffung) heranholte und schätzte. Er brauchte also keine Leute die ihm die Kontakte zu Schleicher herstellen mußten. M. E. hat er in dieser Sparte – Arbeitsbeschaffung, Verfinanzierung – positives geleistet. Ich habe ihn dann wieder als Politiker in Niedersachsen kennen gelernt (1947-49). Aber das interessiert für Arbeit nicht direkt.

Dann der Brief Etzdorf.

Etzdorf ist zweifellos serieuse. Ich habe seinen Namen ein oder zweimal von Schleicher mit positiven Vorzeichen gehört. Eine wichtige Rolle hat er nicht gespielt. Das was er schreibt, enthält viel richtiges, aber er mißt ihm viel mehr Bedeutung zu – soweit der Kontakt mit Schleicher in Frage kommt, als ihm zukommt. Das ist eine Tatsache, die ich bei mir selbst feststelle, wenn ich mal kurzfristig Kontakt mit führenden Persönlichkeiten gehabt habe – Ebert, Seeckt, Neske, Luther, die ich gelegentlich bei meinem Vater sah. Die ständige, oft tägliche Zusammenarbeit, wie meine 2malige Zeit bei Schleicher, ist doch etwas anderes als ein kurzer Schnapschuß auch in interessanten Momenten. Schade, daß Schleichers persönlicher Adjutant Nöldeckn so früh gestorben ist; er wußte natürlich um die zahlreichen Besucher bei Schleicher besser Bescheid, weil wir nur davon hörten, wenn etwas wichtiges dabei herauskam. Ich bin ja in der Zeit von 20-29 auch so ein gelegentlicher, privater Besucher

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

gewesen, der sehr nett behandelt wurde, aber doch kaum Einfluß auf das Geschehen hatte.

Die Dinge die E. anführt, kenne ich zum Teil, da ich z.B. Stelzer sowohl als jungen Gen. St. O. bei der O.H.L. in Spa kenne, wo wir gemeinsam an den Räumungsbefehl gearbeitet haben (Okt. 1918), wie als Landrat in Rendsburg durch meinen alten Gönner Max Warburg (Hamburger Bankier) wegen gemeinsamer Interessen an der Kolonialschule Rendsburg in den 20er Jahren.

Daß die Reichsbank und wohl die meisten anderen Banken damals auch vernünftige Finanzpläne aus verständlicher Angst vor neuer Inflation als Sünde wider den Geist des Geldes verfolgten, ist ja bekannt. – Kampf gegen die Kreditschöpfung – Wagemann v. stat. Reichamt.

Mit Sündling hat sich damals fast jeder etwas, aktive Menschen befaßt, ich auch aktiv auf meinem Gut und später im Auftrag von Schleicher. Daß man dabei, ebenso wie beim Freiw. Arbeitsdienst auf die verschiedensten Richtungen stieß, habe ich auch erlebt, da Schleicher mir diese Leute alle schickt, von Hierl (Reichsarbeitsführer) bis zur Linken. Dies Bild zeigt auch Etzdorfs Darstellung und daß er dabei mit ehemaligen „Unabhängigen" zusammengetroffen ist, ist kein Grund ihn nicht anzuerkennen, ebenso wie seine Beziehungen zur N.S.D.A.P.

Auch wenn es heute niemand glauben will und wenigstens ungern hört, war doch in den Jahren 1930-30 die Reichswehr und ihre Führung eine der wenigen Stellen in Deutschland, die noch eine breite Vertrauensbasis besaß. Es zeigt die dämonische Klugheit von Hitler, daß es das erkannte, und bis 1938 besonders natürlich solange Hindenburg lebte, diese Einrichtung geschickt und vorsichtig behandelte. Dahin gehört auch seine Haltung der S.A. gegenüber, die er aus reiner Realpolitik fallen

ließ

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 130

Auch die Verhandlungen mit Strasser und Göring entsprechen meinem Eindruck. Bei Göring fehlt allerdings bei E. u. C. die Kenntnis der Tatsache, daß Göring leichtsinnigerweise in der italienischen (faschistischen) Botschaft hatte den Mund nicht halten können und durchblicken ließ, er wolle das Luftfahrtministerium nur haben, um von dort her Schleicher aus den Angeln zu heben. Die Rolle der Luftwaffe bei den zahlreichen Revolten in Südamerika u. den Orient läßt diese Möglichkeit deutlich werden.

Sehr vorsichtig muß man bei der Bewertung von Etzdorfs Gesprächen mit Schleicher in der Zeit kurz nach seinem Sturz u. in dem Jahr bis zu seiner Ermordung sein. Ich habe diese Gespräche auch geführt. – am 31. 1. 33 war ich mit meiner Frau u. Luis Ferdinand zusammen bei ihm eingeladen, später nochmal im April 34 in Babelsberg. Zwischendurch habe ich ihn allein aufgesucht.

Er war doch sehr „bitter" geworden, z. Tl. durch die wenig erfreuliche Behandlung aus dem Hause Hindenburg. Aber er reagierte, wenn man mit ihm allein war, sofort auf sachliche Beurteilung, die seiner Ansicht widersprach. Andrerseits war er natürlich für Kritik zugänglich und selbst sehr unvorsichtig in seinen Äußerungen, trotz guter Warnungen seiner alten Freunde.

Darüber müßten wir vielleicht doch nochmal mündlich reden. Unter diesem Vorbehalt fällt auch die Forderung an den Reichspräsidenten. Ich glaube nicht, daß sie vor seinem Rücktritt erhoben worden ist und in Schleichers Naturlag.

Schließlich Cordemann.

Ich kenne ihn nicht. Daß sich über Bredow aus den alten Beziehungen Kontakte ergeben haben, halte ich für möglich

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Ich hatte solche während der ganzen Zeit mit meinem alten Regimentskameraden Horst v. Petersdorff – Frontsoldat mit Armprotese aus dem 1. Weltkriege, Feldkorpsführer im Baltikum, alter Kämpfer in der NS.D.A.P., aber Todfeind von Röhm, der ihn 1934 auf der Abschußliste hatte. Kurze Zeit war er Oberster S.A. Führer in Berlin. Ein richtiger Abenteurer, aber charakterlich einwandfrei. Ritterkreuz im 2. Weltkrieg, hatte einen der Attentäter in seiner Wohnung versteckt und kam vorm Volksgerichtshof durch seine Frechheit gegen Freisler ebenso durch, wie beim Zusammenbruch 1945 gegen die Lager S.S. Ich kenne daher die Situation solcher Leute, die ~~[illegible]~~ nicht als Spitzel abtun sollte.

Trotzdem würde ich seinen Bericht etwas weniger serieuse einschätzen als den von Ekdorf. Er hat nicht erkannt, daß Göring skrupellos war und an die Macht wollte. Im Luftfahrtministerium wäre er gefährlich gewesen, ohne dieses war er aber nicht zu haben. Hier kann man m. E. Schleicher keinen Vorwurf machen. Daß der m. E. charakterlich saubere Gregor Straßer sich nicht durchsetzte, war der entscheidende Schlag.

Otto Straßer war ein übler Terrorist.

Ich hoffe, daß ich Ihnen vielleicht in einer oder der anderen Frage eine Ergänzung habe geben können. Vielleicht ergibt sich eine Vertiefung im mündlichen Gespräch.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr sehr ergebener

Wolfgang

P.S. Die Anlage interessiert Sie vielleicht persönlich.

Ich arbeite ab 1. März halbtags und führe z. Zt. meinen Nachfolger ein.

d. O.

Institut für Zeitgeschichte
Eingeg. am: 12. Feb. 1964
Ug

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Gespräch mit Holtzendorff am 21. Mai 1964.

Waffenstillstandskommission: Schleicher war für die Kommission vorgesehen gewesen und hat sich dagegen gewehrt. Er sagte: „Schickt doch Kriebel hin!" Kriebel war der andere Abteilungschef beim Gen. Qu. II [Nachschub]. Groener hielt Schleicher dann bei sich fest. Kriebel ist dann (intransigente Haltung) in der Kommission gewesen. Gegensatz: Kommissions-Mitglied Boetticher („Land des Lächelns").

Abteilung I S unter Major Ritter von Jahreiß Latte die Soldatenratsangelegenheiten zu bearbeiten; er tat es mit Erfolg im Sinne der OHL.

Ludendorff: „Volle Anerkennung" der Ära Ludendorff durch Schleicher bis zur 2. Offensive, die bei Reims 1918 steckenblieb. Da versuchte Schl., bei gelegentlich befohlenem direkten Vortrag, auf L. einzuwirken. Gedanken, die unaufgefordert angebracht wurden: „Der Höhepunkt ist überschritten. Wir müssen uns umstellen." Schl' kam aber damit nicht durch.

„Politische Abteilung": Hauptaufgabe: Innenpolitik. Aber „P.A." war nicht der offizielle Name! Er wurde sogar aus polit. Rücksichtnahme bewußt vermieden. Es war lediglich eine Umorganisation der alten Operationsabteilung II, die von Oberst Bauer geleitet wurde und zu der auch Major von Harbou gehörte. Bauer, als „Mann der Schwerindustrie", war Gegner Groeners noch von den Zeiten des Kriegsamtes her. Als Groener Gen. Qu. I wurde, sagte er sinngemäß zu Bauer: „Unsere Wege müssen sich jetzt trennen." Zur O II gehörten: Schleicher, Hptm. von Seidel (unter Göring später Fliegergeneral) und Oblt. v. Holtzendorff (2. Garde-Rgt z.F.) Die Umgliederung erfolgte noch in Spa.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 132

Herrn Dr. Theo Vogelsang Hamm 26/5.64

Institut für Zeitgeschichte.

München.

Sehr geehrter Herr Dr. Vogelsang.

Anliegend der besprochene Aufsatz von Prof. Rübertsch. Bonn, den ich bei meinem Sohn in Hemelingen wiederfand. Er ist dort als Hauptmann auf der Führungsakademie der Bundeswehr – wir sprachen am letzten Donnerstag darüber – Ich machte mich auf den blau angestrichenen Vortrag von Prof. Erdmann Kiel aufmerksam, den er sich angehört hatte. Urteil: Geschickt, voller Ressentiments und offensichtlicher Gereiztheit. Er habe von Sachverständigen extra

98

bekommen und sich auf Göttinger Quelle berufen. Mein Sohn war der Ansicht, es habe sich wohl um einen deutschen E. migranten gehandelt.

Vielleicht kennen Sie den Vortragenden. Schließlich übersende ich Ihnen noch die versprochene Broschüre über die Landschul-Reform in Niedersachsen, in der ich 10 Jahre von Landvolk (Bauernverband) aus tätig war. Der Verfasser fiel aus, sodaß ich die Schrift schließlich zusammenstellen u. in Cannes erläutern mußte.

Da Sie Kopfs Biografie geschrieben haben, kennen Sie ja die typische Niedersächsischen Verhältnisse, die diese Entwicklung ermöglichten.

Unser neuliches Gespräch war mir sehr wertvoll. Mit herzlichen Grüßen

Ihr ergebener

Jolgenduff

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

- 132

ZS/A-36 / 02 - 133
Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV
Akz. 43 88/70 Best. ~~75 248~~
Rep. / Kal. 7v.

CEA CANNES Generalversammlung des Verbandes der europäischen Landwirtschaft _ CEA, vom 3o.September bis 4.Oktober 1963 in Cannes (Frankreich)

Original deutsch

4. Kommission: Ländliche Sozialfragen, Bauernfamilie und Hauswirtschaft

M I T T E I L U N G

ERSTE ERFAHRUNGEN MIT DEN DORFGEMEINSCHAFTSSCHULEN

von
Heinz Bockhop
Graue / Niedersachsen

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

5. August 1963
v.Ho/Op/Ka.

I. Vorbemerkungen

Die Erfahrungen beziehen sich auf das Bundesland Niedersachsen. Da nach der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland die Kulturpolitik Ländersache ist, ist die Entwicklung in den Bundesländern verschieden.

Die drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg, Bremen haben kein Landschulproblem, das in der Weite des ländlichen Raumes liegt.

Von den Flächenstaaten ist der Gedanke der Dörfergemeinschaftsschule wohl am weitesten in Niedersachsen in die Tat umgesetzt. Das ist zum Teil auch darauf zurückzuführen, dass Niedersachsen 1962 das 9. Volksschuljahr (Pflichtschule) eingeführt hat. Es hat sich gezeigt, dass dadurch gleichzeitig dem Gedanken der Dörfergemeinschaftsschule ein starker Antrieb gegeben wurde. Deshalb muss das 9. Schuljahr an einzelnen Stellen in die Betrachtung einbezogen werden.

Seit einiger Zeit hat sich in Niedersachsen die Bezeichnung Mittelpunktschule eingebürgert.

II. Ausgangslage in Niedersachsen Mitte der 5oer Jahre unseres Jahrhunderts

Niedersachsen ist ein Land von rund 47 3oo qkm Fläche mit rund 6,64 Millionen Einwohnern und 139,8 Einwohnern je qkm. Es entspricht nach Grösse und Einwohnerzahl etwa der Schweiz (41 3oo qkm mit 5,47 Millionen Einwohnern und 132,4 Einwohnern je qkm). Das Gebiet setzt sich aus der früher preussischen Provinz Hannover, den Ländern Oldenburg und Braunschweig und Schaumburg-Lippe zusammen - also 4 ehemals selbständigen Kulturgebieten.
Wirtschaftlich enthält es zwar einige Großstädte und kleinere Industrie-Reviere, aber keine "Ballungsräume" (wie etwa das Ruhrgebiet). Weite Räume, besonders im Norden sind noch stark agrarisch geprägt. Für die Schulpolitik interessant ist weiter die Nachbarschaft der beiden Stadtstaaten Bremen und Hamburg sowie des ausgesprochenen Industrielandes Nordrhein-Westfalen. Alle drei sind nach dem Finanzausgleich "reiche Länder", während Niedersachsen

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

zu den "armen" Ländern rechnet. Das ist für das Besoldungsgefälle" der Lehrergehälter (nach Bundesländern verschieden) wichtig, ebenso wie für die Haushaltsmittel des Landes für Schulbauten.

Weiter hat Niedersachsen eine rund 5oo km lange Zonengrenze. Das ist einmal ein Nachteil, weil die wirtschaftlichen Schwierigkeiten an dem Eisernen Vorhang die Finanzkraft der Gemeinden für Schulzwecke einengen. Auf der anderen Seite wurde Niedersachsen dadurch Aufnahmegebiet für viele Zonenflüchtlinge aus dem Lehrerstand, aus denen die Schulverwaltung wertvolle Mitarbeiter für den Aufbau der Dörfergemeinschaftsschulen und des 9.Schuljahres gewinnen konnte.

Die Situation der Landschule und damit des Landlehrers bzw. der Landlehrerin war dadurch gekennzeichnet, dass 196o in Niedersachsen in den Gemeinden unter 4 000 Einwohnern, also in den ländlichen Gemeinden, 4 o17 Volksschulen bestanden, die von 325 o89 Schülern besucht wurden. Dabei standen der Zahl nach die einstufigen Volksschulen, d.h. diejenigen, in denen die Kinder vom 1. bis 8. Schuljahr gemeinsam in einer Klasse unterrichtet wurden, mit 1 377 an der Spitze, 44 9o9 Schüler besuchten diese einstufigen Schulen. In den niedersächsischen Landgemeinden bestanden 1 o39 zweistufige und 1 117 drei- bis vierstufige Schulen, d.h. Volksschulen, in denen mindestens zwei Jahrgänge in einer Klasse zusammengefasst waren. Die Zahl der mehr aufgegliederten Schulen war dagegen noch verhältnismässig gering: Ganze 34o Schulen in ländlichen Gemeinden waren fünf- bis sechsstufig und nur 144 Schulen, die von 37 5o8 Schülern, d.h. knapp 11 % der ländlichen Schüler überhaupt besucht werden, waren siebenklassig bzw. voll ausgebaut (Stand vom Sommer 196o). In den städtischen Gemeinden dagegen, in denen die Schülerzahl die des ländlichen Raumes um ein Geringes übertrifft, gab es ausschließlich voll gegliederte, also achtklassige Schulen, in denen die räumlichen und sonstigen technischen Voraussetzungen für einen reibungslosen Unterricht und vor allem auch für die Wissensvermittlung in Spezialfächern gegeben waren.

III. Der Anstoss zur Landschulreform in Niedersachsen

Als erkennbarer Ausgangspunkt für die unter dem Namen "Dorfgemeinschaftsschule" bekanntgewordene Landschulreform wird mit Recht die im Februar 1957 in Barsinghausen durchgeführte Tagung "Das Dorf und seine Schulen" bezeichnet. Sie war zwischen dem damaligen Niedersächsischen Kultusminister Langeheine und Präsident Rehwinkel vom

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Niedersächsischen Landvolk vereinbart worden, um nach Auswegen aus der schwierigen Lage der Volksschul-Oberstufen auf dem Land zu suchen und weiter nach Möglichkeiten, den Übergang auf weiterführende Schulen zu erleichtern.

Entscheidend wurden dann die praktischen Folgerungen, die Schulverwaltung und kommunale Spitzenverbände aus den gewonnenen Erfahrungen anschliessend erarbeiteten.

Sie wurden im Juli 1958 unter dem Namen

"Richtlinien zur Förderung der Landschule"

herausgegeben und haben 4 Jahre lang die Entwicklung der Dörfergemeinschaftsschule in der wichtigsten Phase bestimmt.

Mit Rücksicht auf deren Bedeutung werden sie in der Anlage im Wortlaut beigefügt.

IV. Der tiefere Grund für die Einrichtung von Dörfergemeinschaftsschulen

Um das Zustandekommen von Barsinghausen und den "Richtlinien" zu verstehen, muss man einige Jahre zurückgehen.
Anfang der 50er Jahre kam es zu Auseinandersetzungen zwischen den örtlichen Lehrerverbänden und Präsident Rehwinkel (in seiner Eigenschaft als Landvolk- und Landwirtschaftskammerpräsident) über den Rückgang der Leistung der Volksschulabgänger, der sich in den landwirtschaftlichen Fachschulen zeigte. Vieles war kriegsbedingt - Überfüllung der Dörfer durch Flüchtlinge bei Lehrermangel durch Kriegsverluste und Eingriffe der Besatzungsmächte - .
Entscheidend dabei war, dass man sich nicht zerstritt, sondern laufende Unterrichtung über beiderseitige Schulsorgen vereinbarte.

Das führte zunächst dazu, dass die Landschule so, wie sie den Krieg überstanden hatte, gefördert wurde. Es ging um ein gutes Schulklima, Verbesserung der Schulgebäude, der Lehrerwohnungen und eine Gehaltsregelung, die den Dienst in den wenig gegliederten Schulen trotz Stadtferne anziehend machte. Von Reform war noch wenig die Rede. Alles kam darauf an, erst einmal wieder normale Verhältnisse zu schaffen.

Sehr deutlich war dabei hervorgetreten, dass jede Leistungsschwankung der Volksschule sich auf die Berufsausbildung sofort nach-

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

teilig auswirkt.

Das Ergebnis dieser gemeinsamen Arbeit, bestätigt durch die Beobachtung der Entwicklung in anderen Ländern führte zu der Erkenntnis, dass bei der Oberstufe in der Volksschule auf dem Lande eine Lage eingetreten war, die zu grossen Sorgen Anlass gab. In der wenig gegliederten Landschule schrumpften die Klassen V bis VIII immer stärker zusammen.

Immer mehr Eltern schickten ihre Kinder in weiterführende oder in benachbarte stärker gegliederte Schulen aus Sorge, sie kämen nicht mehr zu ihrem Recht. Das war verständlich, denn die pädagogischen Vorteile der alten Landschulen gingen mit der Entleerung der Oberstufe zurück.

Während in der Stadt die Einrichtung von Sonderschulen möglich war, um schwach begabten Kindern zu helfen und gleichzeitig das Niveau der Klasse zu heben, verblieben sie auf dem Lande in der Oberstufe.

Dazu kam die Tatsache, dass nicht mehr wie früher Lehrerpersönlichkeiten in ausreichendem Masse zur Verfügung standen, die bereit waren, ein Leben lang in einem Dorf zu wirken. Schon der wachsende Prozentsatz der Lehrerinnen führte zu einem häufigemm Wechsel.

Schliesslich erforderte der moderne Unterricht Aufwendungen im Bau und der Ausstattung von Schulen, die die Leistungsfähigkeit - auch schulfreudiger - kleiner Gemeinden überstiegen.

Man suchte daher nach Wegen, um dem Landkinde einerseits eine Schule zu erhalten, die es vom Elternhaus aus möglichst lange besuchen konnte, andererseits Schulformen zu finden, die ihm die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten boten wie die Stadt.

Dazu kam Erfahrungsaustausch mit Schleswig-Holstein, Anregungen der landpädagogischen Kongresse und die "Empfehlungen für die Volksschulen auf dem Land" des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen vom Dezember 1956.
So ging man in die Tagung von Barsinghausen schon mit Anschauungen hinein, bei denen vieles gemeinsam vorgeklärt war.
Die Richtlinien von 1958 waren das Ergebnis einer guten Zusammenarbeit vieler Kräfte, die die Sorge um die Schule zusammengeführt hatte. Lehrerverbände und Landvolk, Schulverwaltung und kommunale Spitzenverbände hatten jeder in seinem Bereich daran mitgewirkt.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

V. Die Entwicklung der Dörfergemeinschaftsschule vom Erlass der "Richtlinien" 1958 bis zur Schulverwaltungsgesetznovelle Frühjahr 1962

Die gesetzliche Grundlage für diese Entwicklung war das Niedersächsische Schulverwaltungsgesetz vom Mai 1954.

Die Richtlinien von 1958, die in den nächsten 4 Jahren die Schulentwicklung in Niedersachsen auf dem Lande bestimmten, stellten klar heraus, dass es sich um eine echte Landschule handelte, deren Entwicklung von dem Willen der Landbevölkerung getragen werden müsse.

Sie liessden Beteiligten - Eltern und Gemeinden - einen weiten Spielraum und bot folgende Formen an, um zu einer stärker gegliederten, leistungsfähigeren Landschule zu gelangen.

1. Zusammenlegung nur der beiden obersten Klassen (VII und VIII) - nach Einführung des 9.Schuljahres VII - IX.

2. Zusammenlegung der Oberstufen (V bis VIII - später V bis IX).

In beiden Fällen verblieben die restlichen Klassen mit Lehrer im Ort, während die besonderen Anlagen - Turnhalle und Werkräume in den Dörfergemeinschaftsschulen - später als Mittelpunktschule bezeichnet - eingerichtet wurden. Damit blieben Schule und Lehrer mit ihrer kulturellen Bedeutung den Dörfern erhalten.

3. Wo die Verhältnisse und der Wunsch der Bevölkerung es günstiger erscheinen liess, konnten auch Zusammenlegung aller Klassen an einem Ort erfolgen.

Entscheidend war, dass kein Zwang ausgeübt wurde. Man wollte überzeugen und die zunächst nur in kleiner Zahl vorhandene Modellschule als Beispiel wirken lassen.

Die hohen Leistungen der wenig gegliederten Schulen in früherer Zeit wurden bewusst anerkannt. Für die Anhänger und Meister dieser Schulreform verblieben noch auf lange Jahre hinaus solche Wirkungsstätten erhalten.

Man gab den Eltern die Gelegenheit, sich selbst in der Praxis davon zu überzeugen, ob ihren Kindern in der neuen Form eine bessere Ausbildung angeboten wurde als bisher.

Im Jahre 1958 konnte man die entstandenen Dörfergemeinschaftsschulen noch an den Fingern abzählen.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Auf der Landeslehrerversammlung in Bad Pyrmont im Frühjahr 1962 gab der Kultusminister Voigt folgende Zahlen bekannt:

167 voll ausgebaute Mittelpunktschulen

194 Mittelpunktschulen in verkürzter Form (also mit mindestens Jahrgang 7 bis 9 aus mehreren Schulen zu Jahrgangsklassen zusammengefasst)

724 Volksschulen hatten einzelne Jahrgänge oder ganze Stufen an Mittelpunktschulen abgegeben.

Die neue Schulform hatte in erster Linie durch das anschauliche Beispiel einiger Modellschulen für sich selbst geworben. Weiter war der Gedanke aber auch durch die Aufklärungstätigkeit der Niedersächsischen Arbeitsgemeinschaft für ländliche Erwachsenenbildung gefördert worden.

Es war dies ein Zusammenschluss ländlicher Verbände - Landvolk, Landfrauen, Landjugend, ländliche Genossenschaften mit den ländlichen Heimvolkshochschulen.
In ihr wirkten u.a. viele Lehrer aller Schularten mit; die Aussprache wurde dadurch in zahlreiche kleine Gesprächskreise auf dem Lande hineingetragen.

VI. Die Weiterentwicklung der Dörfergemeinschaftsschule nach Erlass der Niders. Schulverwaltungsgesetznovelle im Frühjahr 1962 und die Einführung des 9.Schuljahres 1962

Bis zu diesem Zeitpunkt war die Entwicklung ohne Verwaltungseingriffe auf freiwilligen Entschluss von Gemeinden und Eltern gelaufen. Zwang war deshalb nicht nötig, weil nach einer gewissen Beobachtungszeit Eltern und Gemeinden in einem Ausmasse von dem Angebot Gebrauch machten, dass das Land Niedersachsen aus finanziellen Gründen kaum noch allen Ansprüchen gerecht werden konnte.

Dabei waren für diese Zwecke in 2 Schulbauprogrammen Niedersachsens (1961 bis 1963 und 1964 bis 1965) je 125 bis 13o Mio.DM Landesmittel bereitgestellt worden.

Die Novelle zum Schulverwaltungsgesetz vom Frühjahr 1962 konnte sich darauf beschränken, die nach den Erfahrungen der zurückliegenden 4 Jahre in Sonderfällen nötige gesetzliche Regelung zu ermöglichen, z.B. Zusammenschlüsse und Trägerschaft von Volksschulen, staatliche Zuschüsse zum Schulbau und Schülerbeförderung.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Im Jahre 1962 und 1963 zeigte sich sofort, dass das 9.Schuljahr als Motor für die Dörfergemeinschaftsschule wirkte. Auf dem Lande war die Einführung des 9.Schuljahres nur möglich, wenn gewisse Voraussetzungen geschaffen waren. Diese Voraussetzungen bedeuteten annähernd das gleiche,was die "Richtlinien von 1958" anboten, unter Ziff. 1 in Abschnitt V bzw. Ziff. 3 in der Anlage.
Es hatte sich inzwischen herausgestellt, dass eine Zusammenlegung nur des 9.Schuljahres pädagogisch nicht empfehlenswert sei und man versuchen solle, mindestens die Klassen 7 - 9 in Dörfergemeinschaftsschulen zusammenzufassen. Der Grund war, dass die aus Schulen verschieddner Art zusammengezogenen Schüler in einem Jahr nur schwer zu einer Klassengemeinschaft zusammenwuchsen, wohl aber im Laufe von 2 bis 3 Jahren.
Das 9.Schuljahr war seit 1954 in Niedersachsen als Volksschuljahr gesetzlich festgelegt. Der Zeitpunkt war offengeblieben; es wurde von der Bereitstellung der erforderlichen Lehrkräfte und Schulräume abhängig gemacht.
Es handelt sich dabei um Grössenordnungen von etwa 1 65o Lehrern und 2 6oo Klassen- und Werkräumen.

Der Entschlusszur Einführung Ostern 1962 war für alle Beteiligten nicht leicht, weder für die Schulverwaltung, die mit starken Übergangsbehelfen rechnen musste, noch für die Eltern, denen noch für ein weitere Jahr der Unterhalt für die Kinder verblieb.

In der Wirtschaft wirkte sich der Ausfall eines Jahrgangs im Zeichen der Vollbeschäftigung ebenfalls schwerwiegend aus, ganz besonders in den Familienbetrieben der Landwirtschaft.

Präsident Rehwinkel hat auf der Landesverbandsversammlung des Niedersächsischen Landvolkes in Goslar im Dezember 1961 klargestellt, warum sich das Niedersächsische Landvolk trotz dieser Schwierigkeit hinter diese Entwicklung gestellt hat.

Er führte in seiner Rede über die kulturpolitischen Aufgaben des Landvolkes dazu folgendes aus:

"Die Bildung von Dörfergemeinschaftsschulen in der Form einer Zusammenfassung der Oberstufen mehrerer Landgemeinden wird zweifellos durch die Einführung des neunten Schuljahres erheblich gefördert werden. Wir haben seinerzeit zur Einführung des neunten Schuljahres als Deutscher Bauernverband grundsätzlich ja gesagt, obwohl wir auf dem Lande den Mangel an Arbeitskräften wesentlich stärker spüren als alle anderen Berufszweige.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-36 / 02 - 141

Und wir haben in Niedersachsen zugestimmt, dass das schon 1954 vom Gesetzgeber beschlossene neunte Schuljahr 1962 Wirklichkeit wird und uns entschieden und mit Erfolg dagegen gewehrt, dass die Schulzeit-Verlängerung in der Stadt früher als auf dem Lande eingeführt wurde. Gegen eine spätere Einführung des neunten Schuljahres auf dem Lande sprach auch die Überlegung, dass dann zunächst alle Kräfte - personell und materiell - in den Städten konzentriet worden wären und das Land bildungsmässig noch stärker benachteiligt worden wäre.

Sicher bedeutet das neunte Schuljahr für viele ~~Kinder~~ Eltern ein Opfer; aber es ist ein Opfer im Interesse der Kinder, das nötig ist und sich lohnt, und wir wollen einfach auf keinem Gebiet mehr hinter den anderen zurückstehen. Wir haben uns einstimmig die Meinung unserer Berufsgenossen in Schleswig-Holstein zu eigen gemacht, die das neunte Schuljahr seit Jahrzehnten haben und versichern, dass sie es nicht missen möchten."

VII. Die Erfahrungen mit der Dörfergemeinschaftsschule und dem 9.Schuljahr auf dem Lande vom Frühjahr 1962 bis Sommer 1963 .

Bis zum Februar 1963 hatte sich die Zahl der Dörfergemeinschaftsschulen in Niedersachsen nach Angabe des Kultusministers auf einer Tagung in Hannover auf über 4oo erhöht.
Im August war die Zahl von 5oo überschritten.

Einige weitere Zahlen lassen die Art der Umschichtung erkennen. Zur Bildung dieser Mittelpunktschulen hatten rund 1 8oo Schulen etwa 27 ooo Schüler abgegeben. Aufgelöst bzw. vorläufig stillgelegt wurden rund 16o Schulen; die meisten der abgebenden Schulen waren als Grundschulen mit den Klassen I bis IV den Dörfern verblieben.

Keiner von den Teilnehmern der Schultagung in Barsinghausen hat wohl mit einer so schnellen Entwicklung der Dörfergemeinschaftsschulen gerechnet.

Beim 9.Schuljahr liegen heute Erfahrungen über ein abgeschlossenes und ein begonnenes Jahr vor. Der Eindruck ist, dass sich die erwarteten Schwierigkeiten in mässigen Grenzen gehalten haben. Viele Eltern haben die Bedenken zurückgestellt, die bei der Knappheit an Arbeitskräften auf dem Hof besonders an Landesgrenzen mit Ländern ohne 9. Schuljahr verständlicherweise entstanden waren, nachdem sich die Leistungen bei den Kindern in den neuen Schulen sichtlich erhöht haben.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Auch heute sind noch manche Vorbehalte und auch harte Kritik an der Dörfergemeinschaftsschule und dem 9. Schuljahr zu hören. Es sind aber Einzelerscheinungen. Die Dörfergemeinschaftsschule hat sich in der Bevölkerung Niedersachsens durchgesetzt.

Noch nicht abgeschlossen sind die Erfahrungen mit dem Schülertransport zur Mittelpunktschule, soweit die Entfernungen für die Schüler der Grundschule zu weit sind oder wegen starken Verkehrs Bedenken bestehen; ebenso für Wege, die für ältere Schüler über den Bereich des Fahrrades hinausgehen. Hier müssen sich die öffentlichen Verkehrsmittel oder Einsatz besonderer Schulbusse noch einspielen. Auch die Abstimmung der Leistungen zwischen Gemeinde, Kreis und Land bedarf noch der Klärung.

Festzustellen ist schliesslich, dass für das flache Land die gemeinsame Einführung von Dörfergemeinschaftsschulen und 9.Schuljahr insofern vorteilhaft war, als sich dadurch zwangsläufig der Schwerpunkt für den Einsatz der verfügbaren Mittel auf die Landschule verlagern musste.
Worin lag der Schlüssel zu diesem bisher günstigen Verlauf ?

VIII. Die Gründe für den günstigen Verlauf der Landschulreform in Niedersachsen

Rückblickend kann man feststellen, dass die Gründe für das schnelle Durchsetzen der Dörfergemeinschaftsschulen in Niedersachsen auf drei Gebieten zu suchen sind.

Politisch war es günstig, dass der Anstoss von einem Berufsverband kam. Schulreformen enthalten immer starke politische Spannungen, die zu parteipolitischer Versteifung der Fronten führen können. Hinter der über 500 km langen Grenze Niedersachsen mit der Sowjetzone lief ebenfalls eine "Schulreform", die mit ihren "Zentralschulen" ganz andere Ziele verfolgte. Mißtrauen hiergegen war verständlich. Dazu kamen Sorgen aus dem konfessionellen Bereich. Der Start in Barsinghausen liess deutlich erkennen, dass rein sachliche Gründe im Interesse des Landkindes die treibenden Kräfte für die Reformvorschläge waren.
Die Dörfergemeinschaftsschule konnte daher auf der Grundlage der "Richtlinien" von 1958 über zwei Regierungswechsel und einen Ministerwechsel unverändert weiterentwickelt werden. Die jeweilige

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Opposition arbeitete sachlich mit!

Psychologisch war es nötig, die schulfreudigen Anhänger der alten Dorfschule unter Eltern und Lehrern zu gewinnen und sie zu überzeugen, dass das neue Angebot den Kindern und Lehrern bessere Möglichkeiten brachte.
Dazu musste man ihnen Zeit lassen und die Sorge nehmen, dass man sie zu etwa Landfremden zwingen wolle.
Die Initiative des Berufsverbandes ermöglichte es, von Anbeginn an die Belange des ländlichen Raumes erfolgreich zur Geltung zu bringen. Forderungen übereifriger Reformer, z.B. hinsichtlich des Tempos der Reform und des Umfangs der Dörfergemeinschaftsschule, kamen gar nicht erst zur Auswirkung.
Die vier Jahre von 1958 bis zur Schulnovelle 1962 haben dazu ausgereicht, dass sich die überwiegende Mehrheit auf dem Lande für die Dörfergemeinschaftsschule entschied und damit die Weiterführung der Reform nur noch durch die Höhe der verfügbaren Mittel begrenzt wurde.

Organisatorisch wirkte sich, wie in der vorangegangenen Darlegung laufend gezeigt wurde, die gleichzeitige Einführung des 9. Schuljahres als starker Antrieb aus.
Auf dem flachen Lande war die Dörfergemeinschaftsschule einfach die Voraussetzung für ein erfolgreiches 9.Schuljahr und lenkte damit einen Strom von Personal und Schulbaumitteln auf das Land, der sonst in den Städten verblieben wäre.
Bei dem immer stärker werdenden Mangel an Lehrkräften in der Bundesrepublik und dem hohen Zusatzbedarf durch die Einführung des 9. Schuljahres war es von grosser Bedeutung für die Landschulen in Niedersachsen, dass die Lehrerschaft diese Reform als ihre Sache betrachtete. Viele tüchtige Lehrkräfte blieben dem flachen Lande dadurch erhalten oder wurden dadurch gewonnen, die sonst in die Stadt oder andere Bundesländer gegangen wären.
Die langjährige Zusammenarbeit zwischen Berufssverband und Lehrerverbänden schuf gute menschliche Kontakte.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Massnahmen zur Förderung der Landschule

Die von mir im Einvernehmen mit dem Landesverband des Niedersächsischen Landvolkes vom 28. Februar bis 2.März 1957 in Barsinghausen veranstaltete Tagung "Das Dorf und seine Schulen" hat lebhaften und weiten Widerhall gefunden.

Ich habe inzwischen die auf ihre erörterten Vorschläge zur Verbesserung des ländlichen Schulwesens in Beratungen mit den kommunalen Spitzenverbänden überprüft und mich mit ihnen auf die folgenden gemeinsamen Empfehlungen geeinigt.

Die Empfehlungen sollen einer nachhaltigen Verbesserung des ländlichen Schulwesens, insbesondere der Volksschule auf dem Lande, dienen. Es wird notwendig sein, diese Entwicklung durch gesetzliche Massnahmen oder Änderung von Verwaltungsvorschriften künftig weiter zu fördern (u.a. § 14 SchVG, Fahrkostenregelung für Kinder, Reisekostenregelung für Lehrer an Dörfergemeinschaftsschulen, Schaffung von Beförderungsstellen).

Schon jetzt sollten jedoch die Empfehlungen soweit wie möglich verwirklicht werden. Ich bitte deshalb die Herren Regierungspräsidenten (Präsidenten der Niedersächsischen Verwaltungsbezirke) und die Herren Schulräte, nach den folgenden Empfehlungen bei der Verbesserung der Schulverhältnisse des flachen Landes zu verfahren und alle dahingehenden Bestrebungen zu unterstützen.

Hannover, den 17. Juli 1958 III - (1) 2657/58

Der Niedersächsische Kultusminister

Anlage

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Massnahmen zur Förderung der Landschule

Empfehlungen des Niedersächsischen Kultusministeriums und der kommunalen Spitzenverbände (Landgemeindetag, Landkreistag, Städtebund).

I.

Die Dorfschule vermag heute nicht mehr allgemein die Ansprüche zu erfüllen, die die Landbevölkerung in unserer Zeit an die Bildung der Jugend auf dem Lande stellen muss und stellt. Es erfüllt alle Verantwortlichen mit ernster Sorge, dass als Folge davon die Oberstufe der Landschule verarmt und viele Kinder in weiterführende Schulen abwandern, auch wenn sie deren Abschluss nicht erstreben. Sie werden so dem Dorf entfremdet, ohne eine abgerundete Schulbildung zu erwerben. Es ist daher anzustreben, die ländliche Volksschule so auszugestalten, dass sie der Jugend auf dem Lande eine Bildung vermittelt, die gleichwertig der des Stadtkindes ist.

Die Landschule soll fest in der dörflichen Umwelt wurzeln, heimatliche Sprache und Sitte pflegen und ihren Bildungswert aus den wesenseigenen Kräften des Landes empfangen. Dazu muss ihre Ausstattung mit Lehrmitteln einen zeitnahen Unterricht in Naturkunde und Naturlehre, Werken, Hauswirtschaft und politischer Bildung ermöglichen, der dem Landkinde das Wissen und Können vermittelt, das es befähigt, seinen Aufgaben in der modernen technisierten Welt gerecht zu werden. Das gilt sowohl für die später in der Landwirtschaft tätigen jungen Menschen wie für andere Berufe.

Dieses Ziel wird zukünftig die wenig gegliederte Schule schwerlich erreichen können. Die Forderung nach einer reicher gegliederten Schule wird deshalb von den Eltern und Landgemeinden immer stärker erhoben. An ihr lassen sich Unterrichtseinrichtungen schaffen, die dem begabten Kinde den Übergang zu weiterführenden Schulen im späteren Lebensalter ermöglichen: z.B. Aufbauzüge, Kursunterricht in Fremdsprachen und Mathematik, gehobene Klassen.

Ein Mittel, die Disparität zwischen städtischer und ländlicher Schulbildung zu überwinden, ist die Dörfergemeinschaftsschule, d.h. eine von mehreren Dörfern gemeinschaftlich getragene Schule.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

II.

Die Dörfergemeinschaftsschule soll nur da errichtet werden, wo sie organisch wachsen kann und wo Elternschaft und Schulträger von ihrem Wert überzeugt sind. Keinesfalls soll sie als allgemeine und einheitheitliche Form verordnet oder organisiert werden.

Die Dörfergemeinschaftsschule wird als gegliederte Landschule jeweils nach den örtlichen Bedingungen verschieden gestaltet sein. Drei Formen haben sich in der Praxis bewährt:

1. An der Dörfergemeinschaftsschule werden die Oberstufen benachbarter wenig gegliederter Schulen zusammengelegt. Bei dieser Lösung bleibt die Grundschule, soweit es die Kinderzahl zulässt, am bisherigen Ort, der somit seine Schule und seinen Lehrer nicht verliert. Die Kinder der Oberstufe erhalten einen vertieften und erweiterten Unterricht, ohne die Nachteile des Fahrschülerdaseins oder gar die Notwendigkeit, fern vom Elternhaus zu leben, in Kauf nehmen zu müssen.

2. Die Dörfergemeinschaftsschule wird durch Zusammenlegung einzelner benachbarter Schulen gebildet. Der Lehrer soll nach Möglichkeit auch in diesem Falle am bisherigen Schulort wohnen bleiben.

3. Wo die Zusammenlegung der Oberstufen oder ganzer Schulen sich nicht verwirklichen lässt, ist die Zusammenlegung der obersten Jahrgänge (vom 7.Schuljahr an) zu erstreben.

III.

Jede dieser Massnahmen erfordert eine sorgfältige Planung, an der alle für die Erziehung der Landjugend Verantwortlichen beteiligt sein müssen. Die Gemeinden, die als Schulträger für die Errichtung und Gestaltung der Schulen zuständig sind, und die Landkreise beraten mit dem zuständigen Schulrat die den örtlichen Verhältnissen am besten angemessene Regelung. Die Unterstützung durch die Eltern und das Landvolk ist besonders wichtig.

Die benachteiligten Gemeinden, die Träger der Dörfergemeinschaftsschulen sein werden, schliessen Verträge oder bilden einen Zweckverband gemäss § 4 SchVg. und § 13 des Zweckverbandsgesetzes.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Die Wahl des Standortes für die Dörfergemeinschaftsschule wird abhängen

a) von den Entfernungen zu den einzelnen Gemeinden,
b) von den baulichen Gegebenheiten.

Zu a): Bei der Zusammenlegung von Oberstufen kann eine Entfernung etwa bis zu 5 km (Fahrradentfernung) in der Regel als zumutbar angesehen werden. Wo auch Grundschüler die Dörfergemeinschaftsschule besuchen oder grössere Entfernungen oder besonders verkehrsreiche Strassen (Bundesstrassen, gefährliche Kreuzungen) benutzt werden müssen, ist die Beförderung der Schüler durch Busse vorzusehen. Da die Einrichtung von Dörfergemeinschaftsschulen nicht an der Aufbringung der Beförderungskosten scheitern darf, sollen bei finanzschwachen Schulträgern und in schwierigen Fällen auch aus Landesmitteln Zuschüsse geleistet werden.

Zu b): In vielen Fällen wird es notwendig sein, Schulgebäude zu erweitern oder neu zu erstellen. Die Einrichtung einer Schulküche, eines Werkraumes, insbesondere der Bau einer Turnhalle und eine gute Ausstattung mit Lehrmitteln, vor allem für den Unterricht in der Naturlehre, erschliessen z.B. an der Dörfergemeinschaftsschule dem Landkinde auch die Unterrichtsgebiete, die an der wenig gegliederten Schule oft nur unzureichend gepflegt werden können. Wo zukünftig Dörfergemeinschaftsschulen errichtet werden können, soll in ihrem Einzugsbereich schon heute der Neubau kleiner und kleinster Schulen vermieden werden, um Fehlinvestitionen auszuschliessen. Diesem Gesichtspunkt wird vor allem auch bei Bewilligung der Mittel aus der Kreisschulbaukasse und der stattlichen Baumittel Rechnung zu tragen sein.

IV.

Jede Schule, auch die Dörfergemeinschaftsschule, ist in hohem Maße abhängig von ihrem Lehrer. Für viele junge Lehrkräfte mit besonderen Fachkenntnissen in Naturwissenschaften, Fremdsprache, Geschichte, Hauswirtschaft und in den musischen Fächern ist die ausgebaute Landschule anziehender als die ein- oder zweiklassige Schule. Das gilt insbesondere für die Lehrerinnen, die in wachsender Zahl künftig den Beruf bestimmen werden.
Die Dörfergemeinschaftsschule soll klar und eindeutig den Charakter der Landschule tragen. Sie soll nach ihrem Ausbau und der Auswahl der Lehrer dem Ziele dienen, dem Bildungsbedürfnis der ländlichen Jugend in heutiger Zeit zu genügen.

- - - - - - -

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS 248

ZS/A-36 / 02 - 148

Hannover 11.14.66

HANSHENNING VON HOLTZENDORFF

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV
Akz. 3820/67 Best. ZS 248
Rep. – Kat.

Verehrter, lieber Herr Dr. Vogelsang

Zunächst herzliche, nachträgliche Ostergrüße. Die 4 Tage ohne Büro sind Veranlassung zum Aufräumen. Viel Papier hat sich inzwischen angehäuft, und mit 73 Jahren muß man Vorsorge treffen, daß die Hinterbliebenen nicht vor einem Berg solcher Papiere stehen und womöglich lesen müssen, was mir Kurzlebige Bedeutung hatte.

Also möglichst weg damit!

Dabei kam mir eine Denkschrift über die Frage, die unter Führung von Herrn Heinrich Brüggen 1932 als Team-Arbeit von maßgebenden Wirtschaftlern u. Wissenschaftlern über die Arbeitsbeschaffung entstanden ist.

Herr Brüggen - Inhaber des bekannten Brüggen-Werkes in Lübeck (Atmungsgeräte und Gasmasken neben anderen Spezialitäten) und ein sehr einfallsreicher und vielseitig interessierter Mann, hatte mich s. Zt. 1932 bei Schleicher aufgesucht und Ihm mir seine wirtschaftlichen Ideen zur Behebung der Arbeitslosigkeit vorgetragen.

Sie kamen durch Schleichers Sturz nicht mehr zum Tragen; ich kann auch nicht wissen, ob sie heute noch den Historiker interessieren. Vielleicht deshalb, weil manches schon vor der Machtergreifung

geplant und eingeleitet war, auf dem Hitler aufbauen konnte. Vielleicht ist auch die Frage der Feldrekognoszierung interessant, die damals eine große Rolle spielte u. von den führenden Feldherren mit großer Skepsis behandelt wurde, weil allen noch die Währungskatastrophe von 1923 in den Gliedern steckte. Wenn daran Interesse besteht kann, ich sie Ihnen schicken. Ich selbst wollte sie nicht aufheben, weil es ja ein Spezialgebiet ist u. im Zuge des Arbeitsdienstgedankens die Jugend nicht interessiert. Sie ist im Februar 1933 herausgekommen.

Ein weiteres Papier, das mir in die Hände fiel, war ein Zeitungsartikel von Ernst Jäckh nach seiner Rückkehr aus N.Y.C.A. über „romanische Taktik". Er ist insofern interessant, als er richtiges und falsches einander gegenüberstellt, um sich als Initiator politischer Zirkel in Berlin und politische Landsknechte vorzustellen. Ich kenne ihn gut aus dieser Zeit, er war uns geschickt, klug und liebenswürdig sehr ergeben. Da hat er erzählt er hier zu 56 % Mörchen. Die Holtendorff-Stunde und bis 1924 gelaufen, dann zog sich mein Vater aus der Hamburg-Amerika Linie und der Politik zurück. Ende 1923 erlebte ich noch das gesammte schon zurückgetretene 1. Rudnitz Theaterstamm bei meinem Vater.

Die Sache mit Hesse und einem Neffen des Forsters erlebte ich im Hause meines Vaters. Das ist also glatte Verwechslung. Jäckh war 1953 schon sehr alt (20 Jahre älter als ich). Der Kreis in seinem Hause war sehr interessant, er gruppierte sich aber um Naumann und die Mitteleuropa Idee und hat mir die Bedeutung des Bethmann-Kreises und der Tätigkeit meines Vaters gehabt.

Deshalb, meint Jäckh das erwähnen zu müssen. Er war zum Schluß mehr und mehr bei uns, weil er sich von seiner sehr netten Frau sehr einsam fühlte. Sein einziger Sohn, der viel bei uns im Hause war, fiel am Ende des Krieges 1917 oder 18.

Ich schreibe das aufgefordert, weil ich Ihnen s. Zt. mal meine Notizen über diesen Kreis meines Vaters als politische Quelle geschickt hatte.

Mit herzlichen Grüßen Ihr ergebener Hellmuth Rudnitz

PS Auf Ihre Schleicher-Biographie werde ich oft und fast immer positiv angesprochen

ZS/A-36 / 02 - 149

Hannover 1. Mai 66

Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV
Akz. 4139/68 Bestl. ZS 248
Rep. — Bl. v. Mei

Verehrter, lieber Herr Dr. Vogelsang!

Aus Ihrem Brief ersehe ich, daß die Broschüren über Arbeitsbeschaffung und Kreditschöpfung für Sie vielleicht von von Interesse sind. Sie liegen bei.

Auch heute geht durch die Presse bei dem Kapitel „Stabile Währung" ~~auch~~ wieder der Gedanke ob nicht die Banken mit ihrer Kreditschöpfung ~~nicht~~ stärker von der Bundesbank an die Kandare genommen werden müßten.

Damals fielen die meisten Banken und offiziellen Stellen über Wagemann her, als er auf diese Möglichkeit im Interesse der Arbeitsbeschaffung hinwies.

Verständlich aus der „Nähe der totalen Inflation" von 1923, die allen noch in den Knochen steckten! Damals war Dr. Dräger mit seinen Gedanken zu uns ins Reichswehrministerium gekommen. Schleichers Sturz verhinderte weitere Verhandlungen. (Ende 1932)

Ich lege die Unterlagen bei, die ich von Dr. Dräger vor längerer Zeit mitbekommen habe, bitte aber wegen des Luther-Briefes um vertrauliche Behandlung.

Auf das in Aussicht gestellte Taschenbuch „Das geteilte Deutschland" freue ich ich mich und danke Ihnen im Voraus.

Ich fahre übermorgen auf 4 Wochen in mein altes „Urlaubsnest" Steinbergen im Weserbergland.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

[illegible]

Korr. ~~Dr.~~ Dr. jur. Hans Luther
m. Dr. Heinrich Dräger s. ZS 3122

~~068~~

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Wie die Pläne von einst heute beurteilt werden,
mögen einige Anlagen zeigen.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 151

Nachträgliche Bemerkung des Verfassers (Dr.Heinr.Dräger) zu dieser Anmerkung betr. Devalvation:

Der Autor irrt in der Beurteilung des Kreises, der sich für Devalvation eingesetzt hat. Dieser Kreis war größer. Zum Beispiel gehört vor allem Dr.Dalberg dazu. Ein umfassendes Devalvationsprogramm wurde von Dr.Dalberg in Zusammenarbeit mit Dr.Grävell im Deutschen Oekonomist veröffentlicht.
Ferner setzten sich Albert Hahn und Felix Pinner für eine Abwertung des Pfundes ein, später auch der Industrielle Stinnes und der Bankier Pferdmenges, wenn auch mit gewissen Vorbehalten.

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/B-36/02/152
Institut für Zeitgeschichte
ARCHIV
Akz. 4139/68 Bd. 25248
Rep. Kat. v. Ku

Auszuge aus: "Ernst Wagemann Begründer der empirischen Konjunkturforschung in Deutschland von Albert Wissler"
Verlag: Duncker & Humblot, Berlin.

Seite 31:

Nachdem Wagemann im Herbst 1931, nach der Abwertung des britischen Pfundes und bei der Frage, ob die Reichsmark dem Pfund "angehängt" werden sollte, inaktiv geblieben war x), war er im Januar 1932 mit einer in Zusammenarbeit mit Mitarbeitern des Instituts für Konjunkturforschung, aber darüber hinaus auch einem größeren Kreis befreundeter Männer, vor allem in der Wirtschaft, erarbeiteten Broschüre: G e l d- und K r e d i t r e f o r m hervorgetreten, deren Ziel es war, das deutsche Kreditsystem für eine Kreditexpansion zwecks Krisenbekämpfung umzubauen, also letzten Endes nur, u m die Krise zu bekämpfen.

Wagemann stand damals mit seinen Bestrebungen, etwas in Richtung einer aktiven Krisenbekämpfung anzuregen, gewiß nicht allein. Schon 1931 hatte die sogenannte "Brauns - Kommission" gewisse (zaghafte) Vorschläge gemacht xx); neben Wagemann traten Baade, Woitinsky und Tarnow mit einem beachtenswerten Krisenbekämpfungsobjekt hervor, von den unzähli - gen, zum Teil wissenschaftlich nicht recht ernst zu nehmen - den, aber gut gemeinten und meist auch in dierichtige Richtung weisenden Projekten aus anderen Kreisen ganz abgesehen. Aber kein Projekt hat unserer Erinnerung nach eine derartige "gezielte" und "vernichtende" Kritik hervorgelockt wie das Wagemann'sche: Wagemann ist damals mehr oder weniger "stellvertretend" für alle "Projektenmacher" abgeschlachtet worden.

---

x) U.E. sachlich zu unrecht. Vgl. zu der Stellung Wagemanns in der Frage der Therapie der Kreditkrise von 1931 und der Frage der Devalvation der Reichsmark im Herbst 1931 vor allem die in der beigefügten Bibliographie aufgeführten Aufsätze Wagemanns in dem "Wochenbericht" des IfK von 1931. Aus dem Kreis der Konjunkturforschung (aber nicht des IfK) hat damals nur Carl Krämer das "Anhängen" der RM an das abfewertete britische Pfund publizistisch befürwortet. Tak - tisch-politisch allerdings war viel für die Zurückhaltung Wagemanns anzuführen. Ein "Abwertungs-Projekt" war für die Öffentlichkeit damals n o c h weniger akzeptabel als es später die Kredeitexpansions-und Arbeitsbeschaffungspläne Wagemanns und anderer Bekämpfer der Krise gewesen sind.

xx) nächste Seite unten.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Über Einzelheiten des "Wagemann-"Planes vom Januar 1932 heute noch zu diskutieren, dürfte sowohl ebenso inaktuell wie unergiebig sein. Keine Situation wiederholt sich genau, und über vieles, was damals erst gedanklich erobert werden mußte, wissen wir heute einfach mehr. So mag auch ein gut Teil der an dem Wagemann-Plan geübten Einzelkritik zutreffend gewesen sein; das ist heute nicht mehr wesentlich, und war es auch damals nicht. Wesentlich ist, daß man damals - mit der Frontalkritik wie mit der Einzelkritik - das Projekt der Krisenbekämpfung selbst treffen wollte und leider nur zu gut in der Meinung der Öffentlichkeit "getroffen" und "erledigt" hat.

Maßgebend war die bewußt auf "Vernichtung" des Projektes ausgehende Kritik im "Deutschen Volkswirt" unter Gustav Stolper.

Eine Auswahl aus dieser Kritik zeigt, was damals im Angriff auf eine vielleicht in der Form und in Einzelheiten (in diesem Frühzustand der Konjunkturtherapie) krause, aber im Grundgedanken richtige und gerade Broschüre eines Fachmannes der empirischen Konjunkturforschung an formell glatten und "einleuchtenden", aber in der Sache zum großen Teil recht krausen kritischen Entgegnungen möglich war, und es lohnt sich - aus aktuellen Gründen - schon, diese Kritik auch etwas im einzelnen zu verfolgen und wieder ans Licht zu ziehen:

Im ersten Halbjahresband 1932 des "Deutschen Volkswirtes" finden sich u.a.folgende kritische Äußerungen zum "Wagemann-Plan";

Auf Seite 549 wird richtig geargwöhnt, daß doch dem "Wagemann-Plan" das Ziel einer Kreditausweitung großen Stils unterliege, und daß es doch besser gewesen wäre, Wagemann hätte das unmißverständlich gesagt. Seite 551 heißt es dann:

"Dabei ist offene Inflation immer noch besser als getarnte, besonders wenn die Tarnkappe nur für sehr schlechte Augen eine Unsichtbarkeit schafft. Wer etwas Fragwürdiges tut, muß wenigstens den Mut haben, sich dazu zu bekennen". Seite 552 wird

---

xx) (von Seite 1)

Vgl. dazu etwa: Wilhelm Röpke (der selbst Mitglied der Kommission war): Praktische Konjunkturpolitik. Die Arbeit der Brauns-Kommission. In: Weltwirtschaftliches Archiv. Oktober 1931.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

danndas Projekt direkt als "Inflationsprogramm" angesprochen und dazu gesagt:

"In Deutschland besteht nicht das geringste Bedürfnis nach einer Geldreform. Freilich empfinden weite Kreise ein Bedürfnis, die bestehende Geldverfassung außer Kraft zu setzen, nicht weil sie schlecht ist, sondern weil man sich von einer vorübergehenden Geldanarchie eine Lösung ihrer Kreditklemme verspricht. Diese Kräfte müssen mit der ganzen Autorität des Staates zurückgedrängt werden. Es ist ein unerhörter Vorgang, es ist ein Bruch der selbstverständlichen Disziplin aller Staatsorgane, daß der Präsident des Statistischen Reichsamtes im Gegensatz zur Politik der Regierung sich in den Dienst dieser Kräfte stellt, statt sie zu bekämpfen."

Auf Seite 568 wird Kritik an der "Kritiklosigkeit" der deutschen Presse geübt, die nicht sofort den Wagemannplan uni-sono verdonnert habe, aber mit einer Ausnahme innerhin reserviert gewesen sei:

"Den Mut zum Ja fand nur der "Berliner Börsen-Courier", dem das ungewollte Verdienst zukommt, durch vorzeitige Veröffentlichtung den Plan erledigt zu haben, zumal er ihn als Inflationsprojekt ('Antideflation' verteidige, eine Offenherzigkeit, die kaum im Sinne Wagemanns lag. (Offenbar)..... genügt es, daß jemand in der Fachsprache redet und dabei Leiter einer hohen Behörde ist, um die Menschen davon abzuhalten, einen Unsinna auch einen Unsinn zu nennen. Von der völligen Unkenntnis, ja von der Hilfslosigkeit Wagemanns in allem, was die entscheidenden Zusammenhänge betrifft, kann man sich erst eine Vorstellung machen, wenn man. . . ." den Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung liest.

Auf Seite 582 kommt wieder einmal ein Stückchen echter, konstruktiver Kritik: Da der Kern des Planes Kreditexpansion sei, läge das Hauptgewicht einer Kritik bei "Erwägungen, die insbesondere zu prüfen haben, wieweit eine möglicherweise als unumgänglich notwendig erkannte Kreditexpansion durch vorherige Devalvation intervalutarisch tragbar gemacht werden muß."

Zum Hauptschlag holte dann Stolper selber aus, wenn er (Seite 607/08) schrieb:

" Nun, wir meinen,es seien dieselben Pläne, die die Post

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

jeden Tag auch der Redaktion des "Deutschen Volkswirtes" einliefert: Anregende und wertvolle haben wir darunter noch nicht gefunden, und sie beweisen für die Reformbedürftigkeit des Geld-und Kreditwesens so wenig, wie der Andrang zu Wagemann's Volksversammlung. Sie beweisen nur, daß in den breiten Massen von jeher das Mißverständnis verbreitet ist, eine Wirtschaftskrise könne durch veränderte Geldtechnik überwunden werden. Sie beweisen allenfalls die erschreckende Ahnungslosigkeit, die in Deutschland auch unter 'Wirtschaftsführern' in allen geld-und kredit-theretischen Fragen besteht. Im übrigen hat bekanntlich Gottfried Feder noch mehr Zukauf als Ernst Wagemann."

"Aber schlimmer als dieser Appell an die Volksmeinung scheint uns, daß der Ausgangspunkt von Wagemanns Reformplan seine wissenschaftliche Exaktheit in ein zweifelhaftes Licht rückt. Wagemanns Krisentheorie ist in dem erstaunlichen Satz formuliert:

' Jegliche Überlegung über die Möglichkeit der Krisenbe - kämpfung wird gegenwärtig wohl von der Erkenntnis ausgehen, daß die Krise nicht auf einen Mangel an Produktion und Pro - duktionsmöglichkeiten beruht, sondern auf Organisationsfehlern, die in einem drohenden Defizit, einer dauernden Unterbilanz der öffentlichen wie der privaten Betriebe zutage treten'.

Wir waren gespannt auf die Ausführung dieser Krisentheorie; die Denkschrift bleibt sie uns einstweilen schuldig. Daß sie auf Organisationsfehlern beruhe, ist Wagemanns neue Ent - deckung. Daß sie absurd ist, bedarf kaum der Begründung."

"Wir werden Herrn Wagemann nicht die präzise Antwort auf die sehr präzise Frage ersparen: Will er eine Kreditausweitung oder will er sie nicht? Will er sie nicht, wie soll dann das künftige Bankensystem eher als das jetzige in der Lage sein, 'Kredite in genügendem Maße zur Verfügung zu stellen'? Will er sie, dann möge er sagen, wie er trotzdem die deutsche Währung vor dem Zusammenbruch bewahren will."

Und die eigene theoretische Konzeption, die die Kritik trägt, wird entwickelt, wenn Stolper schließlich (Seite 642) schreibt:

"Die deutsche Kreditkrise ist aus der deutschen Wirtschaftskrise, die deutsche Wirtschaftskrise aus der deutschen Kapitalnot erwachsen. Keine Geld-und Kreditreform kann diese aus

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

der Welt schaffen, oder auch nur wesentlich mildern. Wagemanns Reformplan aber wäre das sicherste Mittel, die Schutzwälle, die das deutsche Bank-und Währungswesen noch umgeben, es gegen den Ansturm inflationistischer Tendenzen schützen und ihm den letzten unentbehrlichen Rest von Vertrauen sichern, mit einem Schlage niederzureißen."

Und das gleiche ceterum censeo wird dem im Februar 1932 zum Beschluß erhobenen DGB-Krisenbekämpfungsplan entgegengeschleudert, wenn Stolper (Seite 671 und 674) schreibt:

"Für jeden, der die Diskussionen kennt, die in den letzten Wochen und Monaten um das Problem der Arbeitsbeschaffung geführt wurden, ist der Sinn dieses Beschlusses eindeutig: Er fordert Arbeitsbeschaffung, finanziert durch Kreditausweitung. Diese Kreditausweitung aber ist, so sehr auch ihre Anhänger dies zu bestreiten versuchen, nichts anderes als Inflation."

"Der Stand der Dinge in Deutschland ist glücklicherweise für solche Verzweiflungsaktionen noch nicht reif. Aber wird das nicht noch kommen ?"

"Für ein Land in der Lage Deutschlands gibt es keine nationale sondern nur eine internationale Möglichkeit der Krisenlösung."

Man war also, wie man sieht, mit dem Wort "Inflation" sehr freigebig und mit der Mahnung: " Alle Mann auf Vordermann hinter die Regierung" in einem für eine Demokratie doch etwas erstaunlichem Maß auf "Autorität" bedacht. Und das u.a.von Albert Hahn sehr richtig, aber auch - im Gegensatz zu Stolper - sehr sachlich und vorsichtig formulierte Problem des hohen Grades der Auslandsabhängigkeit Deutschlands [3] führte also für diese Kritiker nur zum Schluß: Da kann man halt nix machen !

---

3) das jedoch absolut kein unabdingbarer Hinderungsgrund für eine national-autonome Krisenbekämpfungspolitik darstellte, wenn es auch um die Wende 1931/32 noch immer nicht ganz klar war, wie groß der Spielraum für autonome Krisenbekämpfung ohne "Abschirmung" gegen das Ausland gewesen wäre, und welche Form der "Abschirmung" als die mildeste, die zweckmäßigste und politisch am ehesten tragbare anzusehen war. Im Ausland ergab sich eine entsprechende Abschirmung aus den zur Abwehr des weltwirtschaftlichen Deflationsdruckes im Herbst 1931 begonnenen Währungsabwertungen und der Lösung von der Goldparität (zum Teil verbunden mit Devisenzwangswirtschaft) dann automatisch. In Deutschland

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Wir wollen davon absehen, auch noch auf den Aufruf von 32 namhaften deutschen Nationalökonomen und Betriebswirtschaftslehrern deutscher Hochschulen einzugehen, die im März 1932 gemeinsam und öffentlich Wagemann verdammten [4]. Die Erwähnung dieser Episode rundet das Bild der Vorgänge im Frühjahr 1932 nur etwas ab. Auch wäre es nicht richtig, besondere Namen von zum großen Teil heute noch tätigen Mitgliedern dieser Kritikergruppe zu nennen. Gewiß waren auch sie alle überzeugt davon, nur ihr Bestes zu tun.

---

ergab sich ebenso automatisch die als Folge der Weigerung, die Pfundabwertung mitzumachen, unabweisbar gewordene weniger milde Form der Abschirmung lediglich durch die (schon in Ansätzen vorhandene) Zwangsdevisenwirtschaft ohne hoffene Devalvation. Hinter diesem starken, aber auch hochgradig "marktwirtschafts-n i c h t-komformen" Schirm entwickelte sich dann ab 1931 allmählich und ab 1933 rasch der durch Krisenbekämpfung mittels kreditfinanzierter Arbeitsbeschaffung ausgelöste autonome deutsche Aufschwung. -Bekanntlich besteht die Freiheit des Menschen nach einem treffenden Sprichwort in der Hauptsache darin, daß er das, was er tun muß, freiwillig und mit Einsicht tut.

4.) "Kölnische Zeitung" vom 9.Mai 1932.

079

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Seite 37-39:

. . . . . .

Aber die Komik der Situation, die die verheerenden Folgen niemals verdecken kann, kommt erst voll zum Ausdruck, wenn man in einer neueren Veröffentlichung aus der Feder von W. Röpke von dem dem "dritten Reich" gewiß nicht wohlgesinnten W.Lautenbach folgende Anekdote erzählt findet:[x)]

"Lautenbachs witzige Schlagfertigkeit, die auch vor Amt und Würden nicht zurückschreckte, war berühmt und von vielen gefürchtet. War ihm einmal blitzartig die schlagende Formulierung eingefallen, so schien er fast physisch unfähig, sie zurückzuhalten. So war es denn auch ein denkwürdiger Augenblick, als dieser feuerköpfige Mann mit der Schärfe des Verstandes und der Zunge, der jede fachliche Unterredung mit seinem Temperament und der Ausgereiftheit seiner Gedanken beherrschte, im Frühsommer 1933 zu Hitler geschickt wurde, um ihm die Nationalökonomie der Krisenbekämpfung durch Kreditexpansion im amtlichen Auftrag klarzumachen. Man hat erfahren, daß diese Unterredung zu den seltenen gehört hat, in denen nicht Hitler, sondern der andere das Wort führte. Als Hitler einwandte, daß eine solche Kreditexpansion doch Inflation sei, erwiderte ihm Lautenbach:"Herr Hitler, Sie sind jetzt der mächtigste Mann in Deutschland. Nur eines können Sie nicht: Sie können unter den gegenwärtigen Umständen keine Inflation machen, soviel Sie sich auch anstrengen mögen.' Als Hitler zu bemerken wagte, daß immerhin die von ihm befragten Bankiers anderer Meinung seien, erhielt er prompt die Antwort:'Herr Hitler, Bankiers sind wie Hefebazillen. Wie diese Alkohol fabrizieren, ohne davon zu wissen, so die Bankiers Kredit, ohne sich darüber klar zu sein.' Von jenen Tagen bis zu der Zeit, da Hitler das 1933 Unmögliche, nämlich die Inflation, schließlich doch erreicht hatte, war ein weiter Weg."

Also auch Hitler war von dem Glauben, daß Krisenbekämpfung Inflation sei, gewonnen gewesen, wurde aber von einem "liberalen" Nationalökonomen "erfolgreich" aufgeklärt. Ist es nicht mit Händen zu greifen, daß die Weimarer Republik daran zugrundeging, daß sie das fertige Werkzeug zur Krisenbekämpfung nicht mehr zu handhaben wußte, und ist es ein Wunder, daß der so aufgeklärte gelehrige Schüler im dritten Reich dann

x)siehe nächste Seite unten

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

umgekehrt schließlich nichts von den Grenzen der An - wendung dieses Zaubermittels wissen wollte, nachdem es am Anfang so vorzüglich geholfen hatte.

Aber das Tragikomischen entbehren durchaus die tat - sächliche Wirtschaftsentwicklung und deren soziale und politische Folgen. Die hemmungslose Kritik, die alle Krisenbekämpfungspläne "erledigte", hatte insofern vollen Erfolg, als auch im Jahre 1932 die Arbeitslosigkeit noch auf dem 6 Millionen-Niveau (Winter-Spitze) blieb -mit allen sozialen und politischen Folgen. Die Frage, wie das Schicksal Deutschlands, Europas und der Welt von 1932 bis heute sich hätte entwickeln können, wenn etwa schon im Jahre 1932 die Zahl der Arbeitslosen auf ein Winter - Niveau (Winter 1932/33 gegen Winter 1931/32) von bei - spielsweise 4 Millionen herabgedrückt worden wäre, ist insofern keiner der ganz nutzlosen "Wenn ich" und"Hätte ich"-Überlegungen, als diese Möglichkeit zweifellos tatsächlich bestand - und wir jeden Tag wieder an ähn - liche Kreuzwege gelangen können. Man möchte fast meinen, es war der letzte Zeitpunkt einer eigenen freien politi- schen Entscheidung der deutschen Politik - und zwar von der Wirtschaftspolitik her. Was nachher kam, war wie das Abrollen eines schlimmen, schon festliegenden Films.

Und trotzdem waren alle diese Bemühungen um die Krisen- bekämpfung auch schon 1932 nicht ohne einen gewissen Er- folg; nur waren die Spuren dieses Wirkens in der fakti - schen Wirtschaftsentwicklung so dünn, daß sie massen - psychologisch überhaupt nicht wirksam werden konnten. Hier galt also in der Tat die Klage: "too little and to late". Und Anfang 1933 brauchte das neue Regime nur etwas energischer fortzusetzen, was schon begonnen worden war, um den ganzen Erfolg für sich buchen zu können.

x) Wilhelm Lautenbach: Zins, Kredit und Produktion. Tübingen 1952. Herausgegeben von W.Stützel. Mit einem Vorwort von W.Röpke. Vgl.S.X.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Institut für Zeitgeschichte
ZS/A-36 / 02 - 160
Akz. 4139/68 Bestl. ~~ZS 248~~
Rep. / Bl. v. Mei.

F vorstehend vertretenen

Um eine Vorstellung zu geben über die Argumente, mit denen in den meisten Fällen von der offiziellen Wissenschaft die F Ideen einer Konjunkturbelebung durch Kreditausweitung in dem fraglichen Zeitabschnitt des Jahres 1932 bekämpft wurden, lassen wir Auszüge aus einer vom

Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung
(Institut für Konjunkturforschung) im Jahre 1944

herausgegebenen Schrift

Ernst Wagemann
Begründer der empirischen Konjunkturforschung in Deutschland von Albert Wissler, mit einem Geleitwort von Ferdinand Friedensburg
Verlag: Duncker & Humblot, Berlin
1954

folgen.

~~Den graphischen Darstellungen vorangestellt ist ein kurzer Auszug aus dieser Schrift.~~ Wiedergegeben ist nachfolgend u.a. ein Auszug aus einer Stellungnahme der damals maßgeblichen deutschen Zeitschrift der Nationalökonomen "Der Deutsche Volkswirt" unter Gustav Stolper gegen Projekte, die auf Krisenbekämpfung durch Kreditausweitung hinausliefen. Dieser Artikel war nicht etwa eine Einzelerscheinung, sondern er kann angeführt werden als Äußerung einer damals in den offiziellen Kreisen vorherrschenden Meinung. Der Schluß des erwähnten Zitats mit einem Hinweis, daß auch 32 namhafte deutsche Nationalökonomen und Betriebswirtschaftslehrer von deutschen Hochschulen in einem Aufruf eine ähnliche Meinung geäußert haben, möge als Beleg für diese Ansicht gelten. Es sei einer späteren Veröffentlichung (Material zur Frage der Krisenbekämpfung aus den dreißiger Jahren) vorbehalten, aus welchen Gründen man auch heute noch durchaus Verständnis aufbringen kann für diese damalige Haltung der offiziellen Stellen, ohne daß man deshalb der Ansicht sein müßte, diese Haltung sei richtig in Bezug auf die Beurteilung der damaligen durchaus abnormalen wirtschaftspolitischen Gesamtlage gewesen. Es ist an sich begreiflich, wenn Menschen mit verbissener Energie gegen alles kämpften, was irgendwie in dem Ruf stand, mit Geldentwertung etwas zu tun zu haben.

Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß 1932, wirtschaftspolitisch gesehen, doch Maßnahmen zu verantworten

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Anmerkung zum Namen Stolper:

Dieses Zitat soll keineswegs die Bedeutung mindern, die sich Stolper als einer der führenden deutschen National=ökonomen hat verschaffen können.

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

ZS/A-36 / 02 - 161

waren, die schließlich darauf hinausliefen, die seit 1928 gestiegene Kaufkraft des Geldes wieder auf den Stand herabzusenken, wie er 1928 gewesen war. Es war nicht notwendig, daß eine Kaufkraftsenkung des Geldes (Geldentwertung), die nur dazu diente, die Kaufkraft des Geldes wieder auf den Stand von 1928 zurückzuführen, als "Inflation" im volkstümlichen üblen Sinne zu verdächtigen. Die Stellungnahme im "Deutschen Volkswirt" aus dem ersten Halbjahresband des Jahres 1932 ist symptomatisch für die Gegeneinwände, welche 1932 gegen die Schrift "Arbeitsbeschaffung durch produktive Kreditschöpfung" geltend gemacht wurden. Siehe dazu die zitierten Ausführungen von Stolper Seite 671 und 674.
Als Extrakt aus dem ganzen Auszug sei das, was dort steht, hier für den eiligen Leser fettgedruckt wiedergegeben:

"Für jeden, der die Diskussion kennt, die in den letzten Wochen und Monaten um das Problem der Arbeitsbeschaffung geführt wurden, ist der Sinn dieses Beschlusses eindeutig: Er fordert Arbeitsbeschaffung, finanziert durch Kreditausweitung. Diese Kreditausweitung aber ist, so sehr auch ihre Anhänger dies zu bestreiten versuchen, nichts anderes als Inflation."

"Der Stand der Dinge in Deutschland ist glücklicherweise für solche Verzweiflungsaktionen noch nicht reif. Aber wird das nicht noch kommen ?"

"Für ein Land in der Lage Deutschlands gibt es keine nationale, sondern nur eine internationale Möglichkeit der Krisenlösung."

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-36 / 82 - 162

Widder, Erwin

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 163

Erwin Widder

Frankfurt/Main, am 8.12.1954.
Offenbacher-Landstr. 457/b. Hofsess.

Herrn

Generalmajor a.D.,
Hans-Henning von Holtzendorff,

(20 b) Empelde.
bei Hannover.

Betr.: Verhandlungen mit der NSDAP.

Hochverehrter Herr General!

Zur gefl. Kenntnisnahme darf ich zummeiner Legitimation erklären, daß ich an einer von Herrn Professor Dr. Wentzcke, Universität Frankfurt/Main, referierten Dissertation folgenden Themas arbeite:

Reich contra Preußen vom Regierungsantritt Dr. Brünings bis zum Reichsstatthaltergesetz Hitlers.

Hochverehrter Herr General, es ist Ihnen bekannt, daß auch heute noch die in den Monaten April, Mai und Juni 1932 geführten Verhandlungen mit der NSDAP. hinsichtlich Zeitpunkt, Gesprächsthemen und getroffenen Abmachungen umstritten sind, die aber dennoch nicht nur in nationalsozialistischem Schrifttum belegt sind, sondern auch weiter z.B. in Briefen des Vorstandes des damaligen Herrenklubs an Kabinettsmitglieder, verschiedenen Broschüren aus dem Jahre 1932 wie auch in Memoiren. Ich gehe wohl kaum fehl, wenn ich annehme, daß ich von Ihnen Aufklärungen erhalten kann. Mit geht es dabei um folgendes:

1. Der damalige Reichskanzler v.Papen hat immer wieder darauf hingewiesen, mit Vertretern der NSDAP. zum ersten mal am 9.oder 10.6.32 verhandelt zu haben. Hier bestehen Zweifel umsomehr, als Papen keinerlei Schlüsse aus Absprachen Dritter gezogen wissen will. Ich darf mir gestatten, meine Frage hierzu folgendermassen zu stellen:

   Sind noch vor dem Sturz Dr. Brünings oder der Reichstagsauflösung vom 4.6.32 Verhandlungen mit der NSDAP. geführt worden, von denen Papen Kenntnis hatte oder mit seiner ausdrücklichen Einwilligung oder mit seiner - wenn auch stillschweigenden - Duldung vorgenommen worden sind?

2. Besonders ein Komplex ist hart umstritten: Preußen!

   Welche Abmachungen wurden hinsichtlich Preußen getroffen?

Hochverehrter Herr General, ich ersuche höflichst um Verständnis für meine Anfrage, vor allem um Stellungnahme.

Für Ihre Bemühungen darf ich im voraus verbindlichst danken.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener
Widder.

45

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 164

Sehr geehrter Herr Widder! Hannover 16/12 54

Auf Ihre Anfrage wegen der Ereignisse 1932 möchte ich Ihnen empfehlen – falls nicht schon bekannt – das Heft über Brünings Sturz der „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte" (Herausgeber: Rothfels u. Eschenburg Verlag: Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart) zu lesen, das Mitte/Ende 53 herausgekommen ist. Der Verfasser hat meine Aufzeichnungen über diese Zeit verwendet und vielfach zitiert – Professor Conze-Münster.

Zu Ihren beiden speziellen Fragen folgendes, wobei ich bemerke, dass meine Kenntnis aus der Tätigkeit im Reichswehrministerium als enger Mitarbeiter des Generals von Schleicher stammt (1924–1932 und 1918/19 bei der alten Obersten Heeresleitung)

1) Meines Wissens haben vor dem Sturz Brünings keine Verhandlungen mit der NSDAP über Bildung und Unterstützung einer neuen Regierung stattgefunden.

Schleicher hat sie nicht führen können, weil er (trotz seiner Vertrauensstellung bei Hindenburg bis Sommer 32) ohne direkten Auftrag von Reichspräsidenten nie hätte tätig werden können, und der Reichspräsident hätte einen solchen Auftrag nicht gegeben, bevor er nicht offiziell von Brüning zurückgetreten hatte. Dies geschah dann ganz plötzlich auf Brünings Rücktrittsgesuch.

Über Papen und andere Dinge bin ich nicht unterrichtet, glaube aber auch nicht, dass er solche Verhandlungen vor Brünings Rücktritt geführt hat. Auch zwar aus dem einfachen Grunde, weil seine Kandidatur ganz plötzlich und überraschend auftauchte und bis zum letzten Moment fraglich war, wohl auch für ihn selbst. Den engsten Mitarbeitern Schleichers

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Kam sie auch völlig überraschend und wurde mit sehr ge-
mischten Gefühlen aufgenommen.

Dagegen ist mir bekannt, daß nach der Ernennung
Papens Schleicher mit Hitler über einen Weg verhandelt
hat, der die Unterstützung der neuen Regierung durch Hitlers
Partei möglich machte. Sie trafen sich in einem kleinen Ort
in der Mark.

2) Was Ihre 2. Frage anbetrifft Preußen, so kenne ich die Ab-
machungen im einzelnen nicht, da ja auch Schleicher selber mit
anderen Mitgliedern der neuen Regierung darüber mit der N.S.D.
A.P. verhandelt haben. Ich möchte annehmen, daß es sich
wohl um eine allgemeine Zusage gehandelt hatte, die Lage
in Preußen zu ändern, wo eine Minderheits-Regierung geschäftsführend
im Amte war, und eine Neubildung nicht zustande kam.

Bekannt ist mir nur, daß im Kabinett über die Art des
Vorgehens gegen Preußen – Reichsexekution nach Artikel 48
die Meinungen auseinander gingen. Papen und ein Teil der
Kabinettsmitglieder wollten alles mit dem Militärischen Ausnahmezustand
machen. Schleicher bestand auf Einsetzung einer Zivil-
regierung und setzte sich mit seiner Ansicht durch, daß der Mili-
tärische Ausnahmezustand nur für kurze Zeit und örtlich begrenzt
verhängt werden sollte, um den Regierungswechsel notfalls
zu erzwingen (Gen. v. Rundstedt, Befehlsh. Wehrkreis III [Berlin-Brandenburg]).

Von diesen Einzelheiten hat die N.S.D.A.P. weder nichts er-
fahren, denn das Vorhaben wurde besonders streng geheim gehalten
und kam für die Preußenregierung und alle nicht direkt be-
teiligten völlig überraschend, sodaß die zahlenmäßig weit
stärkere preußische Polizei (Reichswehr 100.000 Mann, preuß.
Polizei zwischen 100.000 u. 150.000 Mann) keinen Widerstand
leisten und nach Einsetzung der Staatskommissare Braun

ZS/A-36 / 02 - 165

der Mil. Ausnahmezustand rasch wieder aufgehoben werden konnte.

Schleicher hatte sich schon früher – als Seeckt von Ebert 1923/24 die vollziehende Gewalt im Rahmen des Art. 48 erhielt – für baldige Rückgabe des Auftrages eingesetzt, weil nach seiner Ansicht „das Instrument sich rasch abnütze", da die Wehrmacht für solche Daueraufgabe nicht geeignet sei.

Im Übrigen ist die Frage Preußen-Reich ein so umfangreiches Gebiet, daß man es mit ein paar Sätzen kaum andeutungsweise behandeln kann.

Zu einer eingehenden Behandlung reicht aber meine Zeit nicht, da ich beruflich voll eingespannt bin.

Ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit viel Erfolg. Es ist eine schöne Aufgabe der historischen Wahrheit zu dienen, wenn auch die Menschen leider aus der Geschichte nur selten etwas lernen.

Wir haben es in Deutschland besonders schwer, weil sich im Laufe einer Generation 3 mal die Tendenz gezeigt hat, alles was der Vorgänger im Regime gemacht hat, in Grund und Boden zu verdammen und dazu noch die Neigung vieler Persönlichkeiten kommt, Memoiren zu schreiben, um sich mehr oder minder „subjektiv" zu rechtfertigen.

Daraus die Wahrheit zu finden ist nicht leicht. Ich habe es jedenfalls erlebt, daß auch Historiker von Rang zu Beurteilungen von Persönlichkeiten gekommen sind, deren Handeln u. Charakter mir so genau bekannt waren, daß ich den Irrtum nachweisen konnte.

Z. B. Prof. Meinecke über Schleicher. Kein Wunder, denn er war nicht leicht zu beurteilen! Dazu kam, daß der Haß Hitlers 12 Jahre lang dafür sorgte, das Bild zu verzerren

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

er keine Memoiren mehr schreiben konnte, und seine Gegner wie z. B. Papen ungestraft vieles auf ihn schieben konnten, wogegen er sich nicht zu wehren vermochte.

Das lange Epistel trotz meiner beschränkten Zeit verdanken Sie der Tatsache, daß ich mich bemühe, allen zu helfen, die sich bemühen, diese schwierige Zeit aufzuhellen.

In diesem Sinne alles Gute

Mit freundlichen Grüße

Ihr

Jan Gotzmann

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 166

Erwin Widder

Frankfurt/Main, am 4. 1955
Offenbacher-Landstr. 457/b. Hofsess.

Herrn

Generalmajor a.D.
Hans-Henning von Holtzendorff,

(20b) E m p e l d e.
bei Hannover.

Betr.: Verhandlungen mit der NSDAP.

Bez. : Ihr Schreiben vom 18.12.1954.

Hochverehrter Herr General !

Gestatten Sie mir bitte, auf Ihr genanntes Schreiben, für das ich sehr verbindlich danke, einzugehen. Vielleicht ist es Ihnen trotz Ihrer arbeitsmäßigen Überlastung möglich, mich korrigierend aufzuklären.

Ohne weiteres stimme ich mit Ihnen darin überein, daß es nicht ganz einfach sein dürfte, General v.Schleicher direkte Verhandlungen mit der NSDAP. im April 1932 nachzuweisen. Das kann dahingestellt sein bleiben, denn entscheidend allein sind letzten Endes die Ergebnisse - und diese deuten einwandfrei auf derartige Verhandlungen hin. Hat sie v.Schleicher nicht selbst geführt, dann sind sie von Beauftragten geführt worden. (In Frage dürfte vielleicht Freiherr v.Alvensleben kommen!) Außerdem ist das Ergebnis solcher Verhandlungen nicht nur/v.Papens Memoiren bestätigt wie ~~xbexxxxxpx~~ deren Tatsache überhaupt. Sie sind z.B. bestätigt von General a.D. Ott, der genauso wie der spätere General Marcks, Mitarbeiter Schleichers war~~xx~~. Sie wollen sich nur die damaligen Daten in Erinnerung rufen: Papens Ernennung und die Reichstagsauflösung v. 4.6.1932, die bereits ein Zugeständnis an die NSDAP. war. Bereits am 1.6.32 stellte der Oberreichsanwalt ein Hochverratsverfahren gegen die NSDAP. ein, auch das war ein indirektes Zugeständnis an diese. Auf die durchaus zweideutige Rolle v.Schleichers beim Zustandekommen des SA.-VErbotes will ich nicht weiter eingehen, war er es doch, der besonders auf ein Verbot drang u n d noch am selben Tage der NSDAP. zu wissen gab, daß das ganz und gar nicht in der von ihm verfolgten Politik liege.

Gleichfalls sind auch Ihre Erklärungen nicht befriedigend, die auf v.Schleichers Wollen hinsichtlich ~~xuf~~ des "Art. 48 WRV." Bezug nehmen. Gewiß hat sich v.Schleicher s.Zt. für Wiederherstellung normaler Verfassungszustände ausgesprochen, wichtiger ist doch wohl jener Satz (für den Dienstgebrauch): "Die reale/des Reiches besteht zur Zeit in der Reichswehr, die formale im Artikel 48 der Verfassung. ... Im Übrigen ist die Erreichung dieses Zieles, wie alles im staatlichen Leben, eine Frage des Willens und der Macht. Letztere ist vorhanden; erstere aufzubringen, wird Sache einer starken Reichsregierung sein." Und diese Sätze werden umso schwerwiegender, wenn Sie bedenken, daß sie als Erwiderung auf Denkschrift der bayrischen Staatsregierung gedacht waren. Auf die Paralellen brauche ich im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1932 nicht weiter einzugehen, sie waren einfach vorhanden, nur daß sich v.Schleicher ernstlich verschätzt hat. Severing leistete keinen Widerstand, nicht - wie Sie, hochverehrter Herr General, mir mitteilten -, aus Unkenntnis der Aktion, denn dieses war trotz der Geheimhaltung einige Tage vorher Severing bekannt geworden, sondern aus jenem unerklärlichen, passiven Rechtsgefühl heraus (oder wie man es immer nennen will), das selbst rechtsgültig noch rechtsmißachtende Unternehmungen nachträglich hofft, ungeschehen machen zu können.-- Darf ich, wieder zurückblendend, an v.Seeckts Sturz erinnern, der allerdings einigermaßen getarnt war. In Wirklichkeit wurde er doch"gegangen", weil sich v.Seeckt in ungenügendem Maße gewisser Reformbestrebungen verschlossen hatte. v.Schleichers Anteil ist ein beachtlicher! Doch was nützt es,auf weitere Beispiele einzugehen. Ich glaube kaum,

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 167

mich in meiner bisherigen Beurteilung geirrt zu haben: und die dürfte zwar für die Fähigkeiten v.Schleichers ausfallen, die uns aber einen argen Lastenberg eingebracht haben. Dennoch wird seine Gestalt immer unklar bleiben, wenn Sie so wollen in dem Sinne, wie ihn MEINICKE durchaus gültig aus- und angesprochen hat u.a..

Ihre Mitarbeitertätigkeit war mir bekannt, deshalb habe ich heute schärfer formuliert, als vielleicht notwendig gewesen wäre. Für jede Aufklärung bin ich dankbar.

Hochverehrter Herr General, für die Literatur-Hinweise darf ich danken, die mir bekannt waren, aber leider beachtliche Lücken aufweisen, über die wir heute bereits klarer sehen.

Für Ihr Bemühen darf ich wiederum verbindlichst danken.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener Wilder.

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ZS/A-36 / 02 - 168

Hannover 8/1.

Sehr geehrter Herr Wieder!

Aus Ihrem Schreiben ersehe ich, daß Sie sich aus Quellen und Memoiren-Stücken eine bestimmte Meinung gebildet haben, in die meine Aussagen nun nicht recht passt.

Das ist kein Wunder, denn Memoiren werden meist mit der Absicht geschrieben, die eigene Tätigkeit zu rechtfertigen. Schleicher hat keine verfaßt.

Wenn man aber jahrelang mit Menschen zusammengearbeitet hat, sieht das Bild aber meist anders aus, als beim Lesen vieler Memoiren. (Papen)

Deshalb habe ich meine Material auch nicht veröffentlicht, sondern als Unterlage verschiedenen Historikern zur Verfügung gestellt. Wie man es bewertet u. auswertet, ist dann Ihre Sache.

Sie werden aber auch nicht annehmen, daß ich meine erlebten Erkenntnisse auf Grund später Memoiren ändere.

Deshalb glaube ich nicht, daß ein Schriftwechsel, selbst wenn ich darin Recht hätte, etwas herausspringt. Wenn Sie Ihr Weg nach Hannover führt, bin ich gern bereit, mich mit Ihnen eingehend zu unterhalten.

3 Punkte zum Abschluß. Schleicher hat damals die Wehrmachtführung zu allen Maßnahmen außer den Kommunisten gehabt. Das ist aber ein Unterschied gegenüber „Verhandlungen" z. B. über Regierungsübernahme, oder Reichswehrminister.

Schleichers Rolle beim SA-Verbot ist mir sehr klar. Er war keineswegs der V.S.D.A.P. gegenüber zaghaft, wenn es nötig und richtig war. - z. B. Weigerung der Brüningschen Regierung, das Uniformverbot durchzuführen. Auch da war der Rücktritt das letzte Mittel. Aber 1932 hielt er es für politisch falsch, weil es der Partei neuen Auftrieb geben und Groener verhängnisvoll werden würde.

Ich habe mit ihm selbst kurz nach einem Vortrag bei Groener eingehend darüber gesprochen, wo er mir sagte mit welchen Argumenten er Groener zum 2. Male von dem Verbot abgebracht habe.

Verbot und Reichstagswahl haben dann genau die Wirkung gehabt, vor der Schleicher

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Schleicher wurde.

Man vergißt heute zu leicht, daß z. B. Stauffenberg und Beck damals sehr positiv zur N. S. D. A. P. standen. Das ist aber der Hintergrund der damaligen Vorgänge, nicht was wir heute wissen, oder 1944 wußten.

Auch über Seeckts Abgang habe ich s. Zt. mit Schleicher korrespondiert. Damals war ich Landwirt und war über seinen Sturz empört.

Er hat mir damals nachgewiesen, daß er sich selbst gestürzt hätte. Entgegen seinen eigenen scharfen Befehlen, daß wegen der Versailler Bedingungen keine „Zeitfreiwilligen" eingestellt werden dürften und entgegen dem Rat des Regimentskommandeurs hatte er der Kronprinzessin zugesagt, daß einer ihrer Söhne in Uniform ein Manöver mitmachen dürfe. Das mußte notwendig bekannt werden und dann schwere inner- u. außenpolitische Komplikation geben.

Der Reichswehrminister Geßler war nicht bereit, die Folgen dieses Leichtsinns zu decken. Seeckt trat zurück, glaubte aber, daß man ihn nicht gehen lassen würde. Es war aber unvermeidlich.

Damit möchte ich schließen. Es sollten 2 Illustrationen dazu sein, wie man Dinge auf Grund von Tatsachen berichten anders sehen kann.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr ergebener

[illegible]

1 +

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 169

GStA b. OLG München

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

ZS/A-36 / 02 - 178

Abschrift

Hans-Henning von Holtzendorff
Generalmajor a. D.

Hannover, den 16.4.1957
Bismarckstr. 73

An den
Herrn Generalstaatsanwalt
beim Oberlandesgericht München

München 35
Justizgebäude
am Lenbachplatz

Betr.: Mordaktion vom 30.6.1934 /Az.: VIII 3324/55.

Die von Ihnen angeforderte Darstellung meines Sachwissens über den Ablauf der Vorgänge Ende Juni 1934 lege ich in der Anlage in Form einer Abschrift eines von mir 1954 verfaßten Exposés vor.

Aus dem ebenfalls in Abschrift beigefügten Schreiben an den Historiker der "Frankfurter Zeitung", Herrn Paul Sethe, ersehen Sie, daß ich die Niederschrift als Beitrag zur historischen Klärung des Röhm-Putsches gemacht und verwendet habe. Das ist vielleicht für die Wertung von Interesse.

Ich halte sie heute nach genauer Überprüfung im Wortlaut aufrecht.

Zur genauen Beurteilung meiner Informationsmöglichkeiten noch folgende Ergänzung:

Ich war 1929 von meinen unmittelbaren Vorgesetzten in der alten Obersten Heeresleitung, Reichswehrminister Gröner und Generalmajor v. Schleicher, als Zivilreferent in das Reichswehrministerium geholt worden. Bis zum Rücktritt des Generals v. Schleicher, Januar 1933, war ich über alle wichtigen Fragen durch täglichen Vortrag informiert. Nach dem Wechsel in der Leitung im Reichswehrministerium fiel der persönliche Vortrag beim Minister fort und auch beim Amtschef war er selten. Mitte Juni wurde ich mit Dienstantritt zum 15. Juli reaktiviert und nahm vorher noch zwei Wochen Urlaub. Infolgedessen war ich am 30. Juni selbst nicht in Berlin, sondern kehrte erst am 1.7. früh auf die Radio-Nachricht von den Vorgängen nach Berlin zurück. Ab 15. Juli war ich in Döberitz-Elsgrund zu einem mehrmonatlichen Kompanie-Chef-Lehrgang kommandiert.

62

Institut für Zeitgeschichte – Archiv

Zu Ihren besonderen Fragen nehme ich wie folgt Stellung:

Zu 1. Nach anfänglich gutem Verhältnis zwischen Reichswehr und SA 1933 gab es durch das Bestreben der SA-Führung, die Wehrmachtführung zu verdrängen, ab Winter 1933/34 Reibung. Mit dem NSKK unter Hühnlein war das Verhältnis gut.

Obwohl das Reichswehrministerium der SA besondere Aufgaben bei Ausbildung und Mobilmachung einräumte, wurde die Spannung zwischen den oberen Stellen stärker.

Außer aus eigenen Wahrnehmungen bei der Berliner SA entnahm ich das aus Meinungsaustausch mit den beiden Verbindungsoffizieren zum Chef des Ausbildungswesens, Major i. Gen. v. Bernuth und später Oberstleutnant i. Gen. Model (beide +).

Frühjahr 1934 wurde z.B. verboten, daß, wie noch im Winter, Ausbilder der Wehrmacht zu Unterrichtszwecken Waffen an die SA ausleihen durften.

Zu 2. Weder das Abkommen war mir bekannt, noch war ich bei der Rede Hitlers am 28.2.1934 oder der "Feier" im Stabsquartier der SA zugegen.

Zu 3. Darüber ist mir nichts bekannt; m.E. kann das nur ganz kurzfristig geschehen sein, sonst hätte ich am 29.6. nicht Genehmigung zum Antritt meines Urlaubs bekommen.

Zu 4. Von dem Vorhandensein einer "Abschußliste" von SA-Führern ist mir nichts bekannt.

Dagegen erfuhr ich damals von zwei Seiten, daß die SA-Führung "Abschußlisten" von mißliebigen höheren Offizieren, Beamten und Parteileuten aufgestellt habe - von General Kuntzen und einem Regimentskameraden meines Friedenstruppenteils vor 1914, Horst v. Petersdorff. Dieser stand als erbitterter Gegner Röhms auch auf dieser Liste, obwohl er lange Zeit in der SA einen hohen Rang bekleidet hatte.

Zu 5. Sepp Dietrich war mir damals unbekannt; ich lernte ihn erst Winter 1938/39 auf einem Lehrgang auf der Panzertruppen-Schule Wunsdorf bei Zossen kennen.

Zu 6. Einzelheiten darüber, insbesondere wer den Befehl zu den Vorbereitungen gegeben hat, sind mir nicht bekannt. Im Reichswehrministerium stellte ich lediglich fest, daß die Wachen verstärkt wurden und die Posten mit Handgranaten aufzogen. Die Offiziere hatten Pistolen im Schreibtisch griffbereit zu lagern.

~~63~~

Institut für Zeitgeschichte — Archiv

Über den Stand der Alarmbereitschaft im Lande sind mir keine Einzelheiten bekannt.

Zu 7. Über die Ausrüstung des SS-Wachbataillons mit Waffen ist mir nichts bekannt.

Zu 8. Über Gegenvorstellungen des Generals v. Kleist ist mir nichts bekannt.

Zu 9. Über einen Befehl an die Fahrabteilung in Ludwigsburg habe ich nichts gehört.

Zu 10. Die Stellungnahme des Reichswehrministeriums nach dem Putsch ist aus meiner Darstellung von 1954 ersichtlich.

Man war zwar über die Beseitigung von Schleicher und anderen politischen Persönlichkeiten entrüstet, sah aber andererseits in der Ausschaltung von Röhm und seiner Clique eine Maßnahme, die eine Bartholomäusnacht verhindert hatte.

Eine Möglichkeit zur Aufklärung der Morde war nicht vorhanden, da das "Gesetz über Straffreiheit für Übergriffe bei Abwehr des Röhmputsches" jede Untersuchung verhinderte. Sie wurden meist als Übergriffe von rabiaten Rollkommandos angesehen. Hitler traute damals niemand solche Maßnahmen zu.

Nach den Mitteilungen der Obersten Parteileitung war der Standartenführer Uhl zur Erledigung von Hitler angesetzt worden. Dies schien nicht unwahrscheinlich, denn Uhl hatte kurz nach der Machtergreifung die Beseitigung des mit Röhm tödlich verfeindeten früheren SA-Obergruppenführers von Flotow aus Mecklenburg durchgeführt. Die Einzelheiten waren mir bekannt, da es sich um einen Verwandten meiner Frau handelte.

Zu 11. Mir ist nicht bekannt, daß und wieviel aktive Angehörige der Wehrmacht am 30.6.1934 ums Leben gekommen sind.

- Anlagen -

Institut für Zeitgeschichte – Archiv